

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 363 · 32. JAHRGANG · AUSGABE FRÜHJAHR/2026 VOM 6. MÄRZ 2026 · 3 EURO

17 | »Hände weg vom
Biosphärenreservat!«
Bürgerinitiative gegründet

25 | Schulkrankenschwestern
zusätzliche Schulsozialarbeit
Forderungen im Kreistag Barnim

38 | Eine kapitalistische Energie-
Wende ist unmöglich
Nach der Klimakonferenz in Belém

Ein Wunderlich-Haus mit Symbolkraft



FOTO: JÜRGEN GRAMZOW

Schon die Adresse versprüht Symbolik. Die Residenz des Landrates ist die Nummer 1 Am Markt. Das städtische Rathaus gegenüber ist Nummer 42, mit einer »breiten Straße« dazwischen.

Das kurze Stück Straße am Markt war eigens umbenannt worden. »An der Friedensbrücke«, so einst der Name, sollte nicht auf den Briefbögen des damaligen Landrats stehen. Der hatte, als die Bundeswehr in ihren völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien zog, dafür gesorgt, den Kreistagsbeschluss von 1990 zum »militärfreien Kreis« zu revidieren.

Der Architekt des neuen Landratspalastes hatte sich Mühe gegeben. Statt das Areal wie üblich mit einem kompakten Baukörper vollzubetonieren, gliederte er das neue Kreishaus in vier Einzelhäuser mit einem offenen Platz in der Mitte – also dort, wo früher der Pavillon stand, der dem vorherigen Platz den Namen gab, seit die Trümmer der Kriegszerstörungen weggeräumt waren.

Aber der Landrat wollte jederzeit geschützt vor Wetter und Öffentlichkeit zu seinen Verwaltungsmitarbeitern in den vier Häusern gelangen. So verwandelten wehrgangähnliche Torhäuser das offene Ensemble in eine Art Trutzburg.

Dank ausgeklügelter Haustechnik rollen die knallbunten Sonnenjalousien wie von Geisterhand hoch und runter. Ein Plenarsaal für den Kreistag ist als Kuppelbau, einem Mini-Reichstag ähnelnd, im Landratspalast integriert. Die vielen Glaswände suggerieren Transparenz. Doch sieht man neben der diffus gespiegelten Umgebung beim Blick hindurch kaum Menschen, wohl aber viele seltsame Bilder und Skulpturen. Neo-Surrealismus.

Der dies schuf, hieß Wunderlich. Er gab dem Kreishaus zugleich seinen Namen. Ein Wunderlich-Haus, dessen schiefe Treppen anfangs für so manchen Arbeitsunfall sorgten.

Inzwischen sind die gebrochenen Beine geheilt und die Mitarbeiter haben sich an die Treppen gewöhnt. Auch der einstige Langzeit-Landrat, der zuletzt per Losentscheid auf seinem Stuhl blieb, ist längst Geschichte. In diesem Jahr können die Barnimerinnen und Barnimer wieder darüber bestimmen, wer in den nächsten acht Jahren in dem schicken Landratspalast residieren darf.

Am 19. April 2026 sind mal wieder Landratswahlen.

ANNA FRÖHLICH
(Seiten 2, 4 - 7, 21 - 24, 28)

Drei bürgerliche Landräte

Es geht mal wieder das Gerede vom »bürgerlichen Landrat« durch die Barnimer Landschaft, wie damals, zum Jahreswechsel 2009/2010, als erstmals der Posten des Landrates – auch im Landkreis Barnim – zur Direktwahl ausgeschrieben war. Die hiesige CDU warb damals mit dem eindrucksvollen Satz »Dem Barnim tut es gut, wenn auch in den nächsten acht Jahren ein bürgerlicher Landrat an seiner Spitze steht« in diversen Unterstützeranzeigen der Barnimer CDU für den SPD-Landratskandidaten Bodo Ihrke. Wir hatten damals auf einige Eigentümlichkeiten dieser Wortfolge aufmerksam gemacht (BBP 2/2010).

2010 sollte die Betonung auf »bürgerlich«, das hatten wir herausgefunden, die Abgrenzung zur »nichtbürgerlichen« Landtagskandidatin der Linkspartei Margitta Mächtig hervorheben.

Nunmehr hören wir ähnliche Worte. Wieder von der CDU, die diesmal mit einem eigenen Kandidaten dem Ihrke-Nachfolger den Landratsstuhl streitig machen will. Ihrkes Nachfolger machte da weiter, wo Ihrke aufgehört hatte, dürfte also kaum etwas von der Charakterisierung »bürgerlich« verloren haben.

Daher spricht die CDU diesmal auch nicht nur vom »bürgerlichen Landrat«, sondern von der »bürgerlichen Mitte«. Unterstützung finden die Barnimer Christdemokraten wenig überraschend von der hiesigen FDP. Weniger zu erwarten war, daß sich auch die Brandenburger Vereinigten Bürgerbewegungen/Freie Wähler unter der CDU-Fahne eingefunden haben. Und es blieb nicht bei bloßer verbaler Unterstützung, nein, die drei Gruppierungen nominierten den CDU-Vertreter sogar als ihren gemeinsamen Landratskandidaten. Gemeinsam deklarieren sie für sich, die »bürgerliche Mitte« zu sein.

Dabei hat diese ideologische Spezifizierung einen realen Hintergrund. Das Spektrum der Kandidaten bleibt insgesamt auf Interessenvertreter der bürgerlichen Klasse beschränkt. Andere Klassen und Schichten der Bevölkerung sind marginalisiert und verfügen über keine nennenswerte politische Interessenvertretung.

So haben wir nun neben dem Kandidaten der gesammelten »bürgerlichen Mitte«, den Amtsinhaber als Vertreter der »bürgerlichen Linken«, der ebenfalls von einer bürgerlichen Sammlungsbewegung unterstützt wird, und schließlich den Kandidaten der »bürgerlichen Rechten« von der AfD.

Zunächst nicht zu erwarten war, daß sich zu diesen drei »bürgerlichen Landräten« inzwischen ein parteiunabhängiger Einzelbewerber gesellte. Freilich stammt auch dieser aus einem der drei bürgerlichen Lager, nämlich dem linksbürgerlichen. Bis vor kurzem gehörte er sogar selber der SPD an, der er zunehmende Bürgerferne vorwirft – was kein Alleinstellungsmerkmal der SPD sei, wie Andreas Bergener bemerkte.

GERD MARKMANN

Editorial:

Landratswahl und Krieg & Frieden

Ein Editorial muß noch her. Auf so etwas konnten wir bislang verzichten. Doch nun, mit 48 Seiten Umfang, reichen die drei Inhaltsschnipsel auf der ersten Seite nicht mehr aus, um wenigstens halbwegs auf wichtige Inhalte der aktuellen Ausgabe hinzuweisen. Ein Editorial muß also her.

Wir haben keine Ahnung, wie sowas geht. Im Dezember ließen wir's daher am Ende sein, obwohl so ein Editorial schon damals im Plan stand. Nun fangen wir also an. Zwei Drittel des Textes sind ja immerhin schon geschafft.

Das Leitthema dieser Frühjahrsausgabe wird zweifellos von der bevorstehenden Landratswahl bestimmt. Wir haben versucht, uns langsam diesem Thema zu nähern und erstmal darüber nachzudenken, welche Aufgaben so ein Landrat überhaupt hat und welche Stellung diese Institution im aktuellen Staatsgefüge hat. Die Selbstdarstellungen eines Bewerbers als Bürgerlandrat der bürgerlichen Mitte ließen weitere Gedanken fließen. Schließlich kommen auch noch einige Bewerber, die das wollten, selbst zu Wort.

Die kommunalen Themen aus den Städten und Gemeinden nehmen dann wie gewohnt breiten Raum ein. Und natürlich kommen die verschiedenen Bürgerinitiativen (BI) in unserer Leserzeitung zu Wort. Für den Erhalt des

Biosphärenreservates gründete sich gerade eine neue. Zur B167neu gibt es sogar zwei und auch zum HoKaWe entsteht gerade eine BI.

Eine ganze Reihe Wortmeldungen gibt es zum Thema Frieden und zum Umgang der Bundesregierung damit. Damit ist noch lange nicht alles darüber gesagt, was Sie in diesen 48 Seiten lesen können – aber der Platz für das Editorial ist nun aufgebraucht.

GERD MARKMANN

Biosphäre erhalten

Rund 200 Gäste waren am 20. Februar bei der Veranstaltung der Initiative wir-sind-biosphaere.de im Joachimsthaler Heidekrug dabei. Viele Mitstreiter zum Erhalt der Kernzonen wie auch der gesamten Biosphäre aber auch Verwaltung und Gegner.

In einer offenen Diskussionsrunde wurden viele Fragen und Themen aufgeworfen. Mit einer Petition und der Gründung einer Bürgerinitiative soll die Begleitung der Novellierung des Biosphären Gesetz in Brandenburg gesichert werden um die Interessen zum Erhalt und Sicherung des jetzigen Biosphärenreservats zu gewährleisten. Allerdings soll es auch themenbezogene Kompromisse ermöglichen.

Sven Matt (Seite 17)

Anzeige

Mütter und Väter
Gegen die deutsche Kriegspolitik
„Raus auf die Straße“

Die Eberswalder Friedensaktivisten rufen auf:
Macht mit - zeigt Haltung

Jeden 2. Samstag um 10 Uhr an der Friedensbrücke in Eberswalde. Das nächste Mal am 14. März 2026 (danach 28. März, usw.).

Nein zu Wehrpflicht und Kriegsvorbereitung!

Unsere Strategie- und Aktionsberatung am 1. Februar war ein sehr lebendiger, konstruktiver, solidarischer Austausch darüber, wie wir die Friedensbewegung gemeinsam stärken können. Bekräftigt wurde, daß wir die Menschen in ihrer direkten Betroffenheit erreichen müssen: Denn der Krieg wird hier stattfinden, hier wird das Schlachtfeld sein, ob nuklear oder konventionell, wenn sich die Regierenden mit ihren Plänen zur Kriegserweiterung weiter durchsetzen.

Die Militarisierung und die Hochrüstung führen unweigerlich zu einem drastischen Sozialabbau und einem Abbau demokratischer Rechte. Das ist ein wichtiger Ansatzpunkt, um unseren Widerstand breiter zu verankern. Die Militarisierung im Inneren, vor allem die geplante Reaktivierung der Wehrpflicht, führen schon jetzt zu einem erheblichen Widerspruch, wie sich zuletzt auch beim Schulstreik im Dezember zeigte. Einig waren sich alle Beteiligten zudem darin, daß wir mit hoher Pri-

orität der Bedrohungslüge durch Rußland widersprechen müssen.

Am **5. März** (nach Redaktionsschluß, vor dem Erscheinen dieser BBP-Ausgabe - bbp) findet der **zweite bundesweite Schulstreik gegen die Wehrpflicht** statt. Denn die Schülerinnen und Schüler sind wütend:

Der sogenannte »neue Wehrdienst« wurde am 5. Dezember, am Tag des letzten Streiks, beschlossen. Seit Januar werden nun Fragebögen der Bundeswehr an 18-jährige verschickt, nächstes Jahr sollen verpflichtende Musterungen folgen. Und früher oder später soll die Wehrpflicht kommen. Die mehr als 250 Jugendlichen aus mehr als 70 Städten, die sich Mitte Februar in Göttingen zur ersten bundesweiten Schulstreikkonferenz von SCHULSTREIK GEGEN WEHRPFLICHT trafen, waren sich einig darüber, daß der 5. Dezember zum Beginn einer großen antimilitaristischen Jugendbewegung werden muß ...

Initiative »Nie wieder Krieg!«

Aus für Eberswalder Würstchen

Tönnies setzt für Marktbereinigung 500 Menschen auf die Straße

Die Geschäftsleitung der zu Tönnies gehörenden Eberswalder Wurstwerke hat bekannt gegeben, daß der ostdeutsche Traditionsbetrieb zum 28. Februar 2026 geschlossen wird. Über 500 Menschen verlieren ihren Job. Die Gewerkschaft NGG kritisiert die rücksichtslose Rendite- und Marktbereinigungspolitik des Fleisch-Milliardärs auf dem Rücken der Beschäftigten und das rechtliche Schlupfloch bei Betriebsschließungen.

Aus ostdeutschen Kühlschränken sind die »Eberswalder Würstchen« seit Jahrzehnten nicht wegzudenken, stolz prangt das »Eberswalder«-Logo über der Punktetafel beim 1. FC Union Berlin in der Alten Försterei. Über 550 Menschen in der Region verdienen ihren Lebensunterhalt mit der Herstellung der Traditionsprodukte. Mit all dem soll nun Schluß sein: Die Zur Mühlen Gruppe – Teil des Fleisch-Giganten Tönnies – hat angekündigt, den Betrieb stillzulegen. Das Unternehmen hatte den Betrieb erst 2023 übernommen.

So empörend das ist, so wenig konnte es überraschen. Diese rücksichtslose Politik des Aufkaufens und Dichtmachens paßt in das Bild, das die Tönnies-Gruppe abgibt: Den Menschen wurde beim Kauf vollmundig eine Zukunft des Werkes versprochen. Das Gegen-

teil ist der Fall, Tönnies entpuppt sich als Totengräber der Tradition.

Von den versprochenen Investitionen war weit und breit nichts zu sehen. Es wurde zweieinhalb Jahre auf Verschleiß gefahren und nun werden die Leute auf die Straße gesetzt. Das ist nichts anderes als Marktbereinigung. Tönnies sichert sich so Marktanteile und seine dominante Stellung in der deutschen Fleischbranche – auf dem Rücken der Beschäftigten.

Der Betriebsrat hat in Verhandlungen mit dem Arbeitgeber über einen Sozialplan eine gewisse Abfederung für die Beschäftigten geschaffen. Doch diese ist unzureichend. Durch die schamlose Ausnutzung eines rechtlichen Schlupflochs bei der Übernahme 2023 hat die Zur Mühlen Gruppe den Betriebsrat in den Verhandlungen nun unter Druck setzen können, indem sie argumentierte, daß sie zum Abschluß eines Sozialplans gar nicht verpflichtet ist. Der Betriebsrat wurde schlicht erpreßt.

Das Aus für das Eberswalder-Wurstwerk ist deshalb auch ein Signal an die Politik: Der Betriebsrat hat hier versucht zu retten, was zu retten war. Doch wie oft müssen wir mit ansehen, wie Großkonzerne Konkurrenz-Betriebe



Foto: Gerd Marmann

kaufen und dann kurz darauf die Menschen ohne ordentliche Abfindung auf die Straße setzen? Wenn das, was hier passiert ist, erlaubt ist, gehört es verboten!

Wer Industrie-Arbeitsplätze erhalten will, muß solchen Mißbräuchen einen Riegel vorschieben.

UWE LEDWIG,

Vorsitzender des NGG-Landesbezirks Ost

(Seiten 18 - 20)

Seit 2023 gehört das Fleischwerk in Britz der »Zur Mühlen Gruppe«, der Wurstwarensparte des Fleisch-Giganten Tönnies. Hier stellen über 500 Beschäftigte unter anderem Wurst der ostdeutschen Traditionsmarke »Eberswalder« her. Das Werk blickt auf eine lange Geschichte zurück, es war zu DDR-Zeiten eines der größten Fleischwerke Europas mit über 3.000 Beschäftigten.

Zum rechtlichen Schlupfloch bei Betriebsübernahme: Nach § 112a Betriebsverfassungsgesetz sind »Betriebe eines Unternehmens in den ersten vier Jahren nach seiner Gründung« von der Anwendung eines Sozialplans ausgenommen. Die Übernahme von Eberswalder durch Tönnies erfolgte im Jahr 2023, das Unternehmen am Standort existiert aber schon Jahrzehnte.

Die Vorschrift im Paragraph 112a BetrVG wurde im Juli 2001 durch die Bundesregierung von SPD und Grünen in das Betriebsverfassungsgesetz eingefügt und führte zu erheblichen Verschlechterungen zu Lasten des Betriebsrates im Falle einer Betriebsänderung.



Foto: RH HOME STYLE GmbH

Eberswalde verliert einen alteingesessenen Fachmarkt, der weit über die Stadtgrenzen als Fachmarkt für Heimtextilien, Bodenbelägen und Raumausstattung bekannt ist. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind traurig: »Wir bedauern sehr, daß wir nicht mehr für unsere Stammkunden da sein können. Die persönliche Beratung und der Service vor Ort ist ein großer Vertrauensfaktor für viele Eberswalder gewesen.«

Aus für Teppich Frick

Weg frei für Schnäppchen, Discount und höhere Mieten

Eberswalde (bbp). »Unsere Filiale Frick für Wand & Boden in der Eberswalder Straße 20, vormals Teppich Frick, muß zum 31. März 2026 endgültig schließen«. Das teilte die RH HOME STYLE GmbH in Bitterfeld mit. Fast dreißig Jahre lang bot Teppich Frick in Eberswalde Bodenbeläge, Heimtextilien und Tapeten an.

Geschäftsführer Rainer Hunsicker erklärt dazu: »In den städtischen Planungsvorgaben war der Standort Eberswalder Str. 20 auf ein nicht innenstadtrelevantes Sortiment begrenzt. Damit sollten die kleineren Geschäfte in der Innenstadt vor den Discount- und Schnäppchenmärkten geschützt werden. Das hat die Stadt mit neuen Planungsvorgaben geändert. Nun kann sich in der Eberswalder Straße 20 ein Anbieter mit ausschließlich innenstadtrelevanten Produkten wie z.B. Bekleidung, Drogerie- und Parfümeriewaren, Geschenkartikel und Lebens-

mittel usw. ansiedeln. Diese neuen Planungsvorgaben haben die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für uns grundlegend verändert.

Dem Eigentümer ist dadurch eine neue Vermietungsperspektive eröffnet worden, die mit einer deutlich höheren Miete verbunden ist. Als inhabergeführtes Fachhandelsunternehmen können wir uns keine Mietkonditionen, wie sie für großflächige Discount- oder Schnäppchenmärkte wirtschaftlich möglich sind, leisten.«

Die Entscheidung hat aus Sicht des Unternehmens weitreichende Auswirkungen. Innenstadtrelevante Sortimente außerhalb der Innenstadt anzusiedeln, bedeutet zwangsläufig eine Verlagerung der Kaufkraft von der Stadt in die Gewerbegebiete. Das schwächt die bestehende Einzelhandelsstruktur in der Innenstadt und erschwert zusätzlich deren ohnehin schwierige, wirtschaftliche Situation.

Welche Aufgaben hat ein Landrat?

Als oberste Wahlbeamte ihrer Landkreise sind Landrätinnen und Landräte Teil der staatlichen Verwaltungsstruktur. Im Land Brandenburg wird diese Funktion im Teil 2 der Kommunalverfassung (§§ 123 bis 132) geregelt. Zugleich gibt ihnen die seit 2010 geltende Direktwahl den Status von Volksvertretern.

1. Kommunale Selbstverwaltung

In der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg heißt es zum Wesen und den Aufgaben des Landkreises (§ 123): *»Der Landkreis ist Gemeindeverband und Gebietskörperschaft«* – also zunächst erstmal nichts weiter, als der Zusammenschluß der Gemeinden mit eigener juristischer Rechtspersönlichkeit. Als solcher erfüllt der Landkreis *»in eigener Verantwortung alle die Leistungsfähigkeit der kreisangehörigen Gemeinden und Ämter übersteigenden öffentlichen Aufgaben«*, soweit nicht durch Gesetze anderes gilt *»und die Aufgaben nicht durch kommunale Zusammenarbeit erfüllt werden«*. Der Landkreis *»ergänzt«* die Selbstverwaltung der Gemeinden, *»trägt«* zu einem gerechten Ausgleich *»bei«* und *»fördert«* die wirtschaftliche, ökologische, soziale und kulturelle Entwicklung *»zum Wohle der Einwohner«*. Im weiteren schreibt dieser Paragraph das Subsidiaritätsprinzip fest, was bedeutet, daß der Landkreis nur dann Aufgaben den

Die »bürgerliche« Sozialgruppe, auch Bürgertum genannt, umfaßt laut Wikipedia »weitgehend in sich heterogene Sozialgruppen, die sich, sei es durch ihre wirtschaftliche Selbstständigkeit (Besitz), sei es durch spezielle Berufsvorbereitung (Bildung) auszeichnen und dadurch als Sozialgruppe bestimmte Vorrechte bezüglich Selbstverwaltung sowie Chancen zur Kontrolle sozialer Machtmittel zu erlangen vermögen«. Die *»Kontrolle sozialer Machtmittel«* durch eine soziale Gruppe, die ohnehin durch Besitz und Bildung bevorzugt ist, schließt automatisch die anderen Gruppen von dieser Kontrolle aus.

aus: Was ist ein »bürgerlicher Landrat«? (BBP 2/2010)

Gemeinden abnehmen darf, wenn dies *»notwendig ist«*, um Bedürfnissen der Kreiseinwohner *»in einer dem öffentlichen Wohl entsprechenden Weise zu genügen«*.

Das Dasein des Landkreises als Gemeindeverband kommt auch darin zum Ausdruck, daß für die innere Organisation, einschließlich des Kreistages, weitgehend auf die Vorschriften für die Gemeinden (Kommunalverfassung, Teil 1) verwiesen wird (§ 131). Beson-

dere Regelungen, die ebenfalls die Bedeutung der Gemeinden herausstellen, gelten zum Kreishaushalt (§ 129). So soll der Haushaltsentwurf mit den Gemeinden und Ämtern *»frühzeitig erörtert«* werden und ist öffentlich auszulegen. Die Gemeinden können innerhalb eines Monats ihre Einwendungen geltend machen, über welche dann der Kreistag in öffentlicher Sitzung beschließt. Für die Finanzierung seiner Aufgaben hat der Landkreis gemäß § 130 zunächst seine *»sonstigen Finanzmittel«* zu nutzen. Reichen diese nicht aus, *»ist eine Umlage«* von den Gemeinden zu erheben (Kreisumlage), die in jedem Haushaltsjahr neu festzusetzen ist. Trotz der Einschränkungen des ersten Absatzes verfügt der Landkreis allerdings mit der Kreisumlage über ein Mittel, mit dem die finanzielle Selbstständigkeit der Gemeinden faktisch ausgehebelt werden kann. (Ergänzung 2026: Inzwischen enthält der § 130 einen Passus, wonach der Landkreis vor der Festsetzung des Hebesatzes der Kreisumlage den Finanzbedarf der Gemeinden zu ermitteln und gleichrangig mit dem eigenen zu berücksichtigen hat.)

Damit ist im Prinzip bereits die wichtigste Erwartung formuliert, die an einen im Sinne der Einwohnerinnen und Einwohner handelnden Landrat gestellt werden. Im Mittelpunkt steht das Wohl der Menschen und deren kommunale Selbstverwaltung in den Gemeinden. Hier ist der Landkreis vor allem Dienstleistungsbehörde – Diener der Gemeinden und der Bürgerinnen und Bürger. Die Aufgabe des Landrats besteht darin, im Einvernehmen mit den Vertretern der Kommunen die zwischengemeindliche Kommunikation zu organisieren. Hier sind Führungsfähigkeiten gefragt. Hier muß ein Landrat Visionär sein und andere als Mitstreiter begeistern können. Gutsherren hingegen sind da fehl am Platze.

2. Untere Landesbehörde

Erst im letzten Paragraphen des Landkreis-Teils der Kommunalverfassung wird ein zweites Wesen und eine zweite Aufgabe formuliert: Die *»allgemeine untere Landesbehörde«*. Diese Aufgabe kommt allerdings nicht dem Landkreis an sich zu, der *»Selbstverwaltungskörperschaft«* ist, sondern ausdrücklich nur dessen oberen Vertreter, der Landrätin oder dem Landrat (§ 132).

Als untere Landesbehörde hat der Landrat *»die im Landkreis tätigen Landesbehörden in einer dem Gemeinwohl dienlichen Weise«* zu koordinieren. Die Institution Landrat *»führt die Rechts- Sonder- und Fachaufsicht«* über die



Foto: JÜRGEN GIANZOW

Gemeinden und Ämter, einschließlich deren Zweckverbände, sowie über Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist und soweit der Landkreis als Selbstverwaltungskörperschaft nicht selber involviert ist.

Als untere Landesbehörde ist der Landrat direkter Befehlsempfänger der Landesregierung. Er hat deren Entscheidungen zu beachten und muß ihr über alle Vorgänge berichten, *»die für die Landesregierung von Bedeutung sind«*. Er untersteht *»soweit Aufgaben der allgemeinen unteren Landesbehörde betroffen sind«* der Dienstaufsicht des Innenministeriums. In allen diesen Angelegenheiten ist der Landrat *»ausschließlich den ihm übergeordneten staatlichen Behörden verantwortlich«*. Obwohl faktisch Teil der Landesregierung, sind *»die für die Erfüllung der Aufgaben der allgemeinen unteren Landesbehörde erforderlichen Dienstkräfte und die erforderliche Sachausstattung von den Landkreisen zur Verfügung zu stellen«*.

In diesem Bereich ist der Landrat Obrigkeit und Zwangsorgan. Er hat auf die Einhaltung von Gesetzen zu achten – und zuallererst sich selbst daran zu halten. Es kommt auf klare Regeln an, die auch alle, die sich daran halten sollen, kennen müssen. Es gelten Recht, Gesetz und Ordnung – da darf kein Spielraum für Willkür sein.

3. Betriebsleiter

Neben dieser gesetzlich vorgegebenen Zweiterfunktion als Bestandteil kommunaler Selbstverwaltung und gleichzeitigem obersten kommunalen Exekutivorgan obliegen den Landräten weitere Aufgaben, die sich teilweise aus den bereits erwähnten Vorschriften des Teil 1 der Kommunalverfassung ergeben.

Sehr wichtig ist die Funktion des Leiters der Kreisverwaltung und des direkten oder indirekten Chefs der kreiseigenen Unternehmen. Hier muß der Landrat vor allem betriebswirtschaftliche Kenntnisse und Fähigkeiten umsetzen können, ohne dabei volkswirtschaftliche Zusammenhänge und vor allem das Wohl der Menschen aus dem Auge zu verlieren.

Auch hier müssen klare Regeln gelten, in deren Rahmen die Mitarbeiter der Kreisverwaltung mit möglichst hoher Eigenverantwortlichkeit an die Umsetzung ihrer Aufgaben gehen können. Bei der Stellenvergabe und der Bewertung der Mitarbeiter muß deren Leistung im Mittelpunkt stehen. Klientel-Beziehungen hingegen haben in einer modernen Verwaltung nichts zu suchen.

4. Repräsentant

Eine weitere wichtige Aufgabe erfüllt der Landrat als Repräsentant des Landkreises (§ 53). Zu den Aufgaben gehören die Vorbereitung der Sitzungen des Kreistages, dessen Mitglied Landräte amtsalber sind. Und ein Landrat vertritt die Selbstverwaltungskörperschaft Landkreis nach außen und nach innen. Diese Funktionen sind nicht zu verwechseln mit der äußerlich durchaus ähnlichen Funktion als Büttel des Obrighkeitsstaats, als welcher uns der Landrat als untere Landesbehörde gegenübertritt. Hier zählt nicht Autorität per Gesetz – die nur Zwangsautorität sein kann.

»Deal-Politik« der Barnimer CDU

Der Barnimer Landtagsabgeordnete, Brandenburger SPD-Generalsekretär und Vorsitzende der SPD Barnim, Kurt Fischer, übte deutliche Kritik an den Plänen der Barnimer CDU zur Bildung eines sogenannten »bürgerlichen Bündnisses« für die Landratswahl:

Was hier als vermeintlich schlagkräftige Allianz dargestellt wird, wirkt bei genauerem Hinsehen ganz deutlich wie ein billiger politischer Kuhhandel. Den Freien Wählern im Barnim wird nämlich bereits jetzt für ihre Unterstützung bei der Landratswahl ein freies Feld im Bernauer Landtagswahlkreis 2029 zugesichert. Das ist keine inhaltliche Zusammenarbeit, sondern eine bemerkenswerte Selbstaufgabe der CDU vor Ort...

Im Barnim steht 2026 erneut die Wahl des Landrats an. Der amtierende SPD-Landrat Daniel Kurth tritt wieder an und wird dabei von den Linken unterstützt. Deren Unterstützung für unseren Landrat Daniel Kurth basiert auf einem transparenten Mitgliederbeschluss und inhaltlichen Überzeugungen – nicht auf ir-

Die Autorität als Repräsentant des Landkreises und seiner Einwohnerinnen und Einwohner muß in der Persönlichkeit des Amtsinhabers begründet sein. Nur dann wird sie von den Menschen anerkannt. Ein Landrat mit wirklicher Autorität versteckt sich nicht hinter bürokratischen Windungen, die Verantwortung immer anderen hinschiebend. Ein Landrat

Fraglich ist, wie jemand, fixiert auf die Interessenvertretung einer kleinen Gruppe, die nur einen Bruchteil der Bevölkerung ausmacht, die laut Kommunalverfassung anstehenden Aufgaben eines Landrats erfüllen kann, nämlich das Gemeinwohl, das Wohl der Einwohner, und zwar aller, in den Mittelpunkt zu stellen.

aus: Was ist ein »bürgerlicher Landrat«? (BBP 2/2010)

mit wirklicher Autorität verwechselt den Begriff Moderation nicht mit dem Aufeinanderlossetzen von Streithähnen, um sich anschließend als Richter aufzuspielen. Ein Landrat mit wirklicher Autorität geht offen auf die Menschen zu und ist nicht nur zu Wahlzeiten in der Öffentlichkeit präsent.

Kurzum, für die Erfüllung dieser Aufgabe bedarf es einer ideell führenden Persönlichkeit mit Visionen, die für die Bündelung der Kräfte, gegenseitige Hilfe und Information steht.

GERD MARKMANN

(Die Erstveröffentlichung dieses Artikels erfolgte in der Barnimer Bürgerpost 1/2010 vom 31. Dezember 2009. Der Artikel enthält geringfügige Anpassungen aufgrund der seit 2009 erfolgten Änderungen der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg)

gendwelchen Nebenabsprachen zu Posten und Positionen. Auf derselben Grundlage führen wir auch konstruktive Gespräche mit den Barnimer Grünen.

Ein Bündnis, das auf vorgezogenen Wahlkreiszusagen und taktischen Absprachen beruht, ist kein tragfähiges Fundament für verantwortungsvolle Politik. Verlässliche Zusammenarbeit entsteht nicht durch Geschacher, sondern durch gemeinsame Überzeugungen und klare Ziele. Das entsprechende Vorgehen des CDU-Landratskandidaten ist hier ein echter Offenbarungseid.

Wer Vertrauen gewinnen will, muß offen sagen, wofür er steht. Politik braucht Klarheit, nicht Deals hinter verschlossenen Türen.

KURT FISCHER

Social-Media-Kampagne:

Klare Botschaft

Am 19. Februar startete der unabhängige Landratskandidat **Andreas Bergener** mit einer Plakatreihe in den Landratswahlkampf – ausschließlich in den sozialen Medien.

Mit der Botschaft »Ein Landrat vertritt nicht den Bundeskanzler. Er vertritt die Menschen im Barnim« setzt Bergener bewußt ein Zeichen für eine klare Trennung zwischen Bundespolitik und kommunaler Verantwortung.

»Ich erlebe in vielen Gesprächen, daß die Menschen genug vom parteipolitischen Streit haben«, so Bergener. »Eine Landratswahl ist keine Bundestagswahl. Es geht nicht um ideologische Debatten, sondern um funktionierende Verwaltung, solide Entscheidungen und konkrete Verbesserungen für unseren Landkreis.«

Die Veröffentlichung erfolgt bewußt ausschließlich digital und ist nicht Teil einer klassischen Plakatierung im öffentlichen Raum. Bergener betont: »Ich kandidiere als unabhängig, mit beruflicher Erfahrung außerhalb der Parteipolitik. Mein Maßstab ist nicht die Parteifarbe, sondern der Nutzen für die Menschen im Barnim. Gute Vorschläge werde ich unterstützen – egal von wem sie kommen. Und was dem Landkreis schadet, lehne ich ab. Deshalb: Verantwortung statt Ideologie.«

TEAM BERGENER

»Gebot der Vernunft«

Am 19. Dezember hatte die FDP Barnim zu einem Pressegespräch eingeladen. Es ging um die »Unterstützung des CDU-Landratskandidaten Daniel Sauer durch die FDP Barnim«. Dabei waren u.a. Daniel Sauer (CDU), Martin Hoeck (FDP) und Péter Vida (BVB/Freie Wähler).

Die Barnimer FDP, so Hoeck, will »eine sichtbare Kraft« im anstehenden Wahlkampf um das Landratsamt sein, auch ohne eigenen Kandidaten. Es gebe inhaltlich große Schnittmengen mit dem CDU-Kandidaten. Im November beschloß ein Kreisparteitag das Wahlbündnis. Mit BVB/Freie Wähler kam ein weiterer Partner hinzu. Péter Vida erklärte, daß die »Freien Wähler« im Kreistag bereits gut mit der CDU zusammengearbeitet haben. Bereits zur Landtagswahl 2024 hatte Vida die »bürgerliche Mitte« beschworen. Er verfehlte daraufhin den Einzug in den Landtag.

CDU und BVB/FW hatten im Bernauer Wahlkreis zusammen die meisten Erststimmen erzielt, mehr als der siegreiche AfD-Kandidat. Zur nächsten Landtagswahl will die CDU in Bernau auf einen eigenen Kandidaten verzichten und Péter Vida unterstützen. Dieser räumte ein, daß es in der Vergangenheit durchaus erhebliche Differenzen gegeben habe. Doch das »Gebot der Vernunft steht über der Historie«.

Kurzvita Andreas Bergener



Foto: Team Bergener

ANDREAS BERGENER ist seit vielen Jahren kommunalpolitisch aktiv und in der Personalratsarbeit engagiert. Er kandidiert als parteiloser Bewerber für das Amt des Landrates im Landkreis Barnim. Er wurde am 3. November 1967 in Berlin-Weißensee geboren. Nach dem Abschluß der Polytechnischen Oberschule absolvierte er eine Ausbildung zum Tischler im VEB Holzhandel.

Nach seiner Armeezeit wurde Bergener in der Wendezeit von der Bundeswehr übernommen. Dort leitete er unter anderem eine Tischlerei, die mit der Instandsetzung von Möbeln und Bauelementen befaßt war.

Seit 1992 ist Bergener ununterbrochen in der Personalratsarbeit tätig, seit vielen Jahren als Vorsitzender. Seine Arbeit ist geprägt vom Ausgleich unterschiedlicher Interessen, von rechtssicheren Verfahren und von der Suche nach tragfähigen Lösungen innerhalb komplexer Organisationen. Als Mitglied des Hauptpersonalrats auf Bundesebene wirkt er seit Jahren an übergeordneten Abstimmungs- und Entscheidungsprozessen mit und ist in Abstimmungen auf ministerieller Ebene eingebunden.

Sein Ansatz – weniger Konfrontation, mehr Zusammenarbeit – prägt auch sein politisches Selbstverständnis.

Seit rund zehn Jahren ist Bergener Mitglied der Gemeindevertretung Melchow sowie des Amtsausschusses des Amtes Biesenthal-Barnim. Dadurch kennt er die Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Kreisverwaltung und Landrat aus praktischer Perspektive.

Sein Anspruch ist es, den Landkreis sachlich, rechtssicher und kooperativ zu führen. Entscheidungen sollen sich am Nutzen für die Menschen im Barnim orientieren – nicht an parteipolitischen Vorgaben.

Landratswahl am 19. April:

Vier Kandidaten sind zugelassen

Andreas Bergener aus Melchow tritt als unabhängiger Landratskandidat an

Eberswalde (bbp). Am 16. Februar tagte der Barnimer Kreiswahlausschuß. Neben den drei Parteikandidaten Daniel Kurth (SPD, Grüne und Linkspartei), Daniel Sauer (CDU, FDP und BVB/Free Wähler) und Matthäus Mikolaszek (AfD) wurde auch der Einzelschlag von Andreas Bergener für die Landratswahl am 19. April 2026 zugelassen.

Bergener tritt als unabhängiger Kandidat an, heißt es in einer von ihm verbreiteten Mitteilung. Sein politischer Ansatz ist bewußt sachorientiert und an den tatsächlichen Aufgaben eines Landrats ausgerichtet. Unter dem Leitgedanken »Verantwortung statt Ideologie« steht für ihn die Frage im Mittelpunkt, welche Lösungen dem Landkreis konkret helfen – unabhängig von parteipolitischen Interessen.

»Der Landrat ist kein Kommentator, sondern Verantwortlicher«, so Bergener. »Es geht darum, Entscheidungen vorzubereiten, abzuwägen und umzusetzen – nicht darum, politische Grabenkämpfe auf kommunaler Ebene fortzuführen.« Bergener will den Landkreis Barnim »pragmatisch, verläßlich und lösungsorientiert« führen. Dazu zählen eine funktionierende Verwaltung, klare Entscheidungsstrukturen und eine Zusammenarbeit über politische Grenzen hinweg – stets im Rahmen von Recht und Gesetz.

In den kommenden Wochen will Bergener sein inhaltliches Programm öffentlich vorstellen und den direkten Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern im gesamten Landkreis suchen.

Inhaltliche Klarheit statt taktischer Absprachen

Grüne/B90 unterstützen Daniel Kurth

Auf ihrer Kreismitgliederversammlung am 13. Januar im Kulturbahnhof Biesenthal sprachen sich die Mitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN BARNIM einstimmig dafür aus, Daniel Kurth (SPD) bei der bevorstehenden Landratswahl zu unterstützen. Ausschlaggebend für die Entscheidung war ein intensiver inhaltlicher Austausch auf Grundlage frühzeitig erarbeiteter und gemeinsam verabschiedeter Wahlprüfsteine der Grünen.

Bereits im November 2025 formulierten die Barnimer Grünen ihre zentralen Erwartungen an einen künftigen Landrat. Die Wahlprüfsteine setzen klare Schwerpunkte bei Energie- und Klimaschutz, Bildung, Natur- und Landschaftsschutz, Integration sowie bei der Entwicklung des Landkreises zu einer Gemeinwohlregion. Ziel war es, grüne Inhalte frühzeitig in den Wahlkampf einzubringen und zur verbindlichen Grundlage politischer Entscheidungen zu machen.

Daniel Kurth nahm an der Kreismitgliederversammlung teil, um sich den Fragen der grünen Basismitglieder zu stellen und darzulegen, wie er diese Themen in den kommenden acht Jahren als Landrat angehen will. In dem offenen und sachlichen Gespräch ging es dabei nicht nur um Einzelprojekte, sondern um strategische Leitlinien für eine nachhaltige, soziale und zukunftsorientierte Entwicklung des Landkreises.

Unsere Unterstützung ist kein Automatismus und kein Ergebnis von Hinterzimmerabsprachen, sondern das Resultat eines transparenten, inhaltlichen Prozesses. Wir haben klare Erwartungen formuliert – etwa beim Klimaschutz, bei Bildungsgerechtigkeit und beim Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Entscheidend für uns war, daß Daniel Kurth bereit ist, diese Themen ernsthaft aufzugreifen und voran zu bringen.

Der Barnim steht vor großen Herausforderungen – von der Energiewende über den Aus-

bau des ÖPNV bis hin zu Bildung, Integration und Naturschutz. Wir erwarten vom nächsten Landrat, daß er diese Aufgaben aktiv gestaltet und nicht nur verwaltet. Unsere Unterstützung ist an die klare Erwartung geknüpft, daß die wichtigen Zukunftsthemen im Landkreis konsequent verfolgt werden.

Daniel Kurth äußerte nach der Abstimmung: »Mich freut die Unterstützung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehr, weil sie auf klaren inhaltlichen Gemeinsamkeiten beruht. In den Gesprächen ging es nicht um taktische Fragen, sondern um konkrete Ziele für den Barnim – vom Klima- und Naturschutz über Bildung bis hin zu sozialer Gerechtigkeit. Diese gemeinsame inhaltliche Grundlage ist für mich entscheidend und ein starkes Signal für eine verantwortungsvolle, zukunftsorientierte Politik im Landkreis.«

Grüne/B90 werden den weiteren Wahlkampf inhaltlich begleiten und sich dafür einsetzen, daß ihre Wahlprüfsteine nicht nur Wahlversprechen bleiben, sondern Grundlage konkreter politischer Entscheidungen im Landkreis werden.

BARBARA BRECHT-HADRASCHEK
& YANNES JANERT



Foto: (3) Jürgen Granzow

Das Motto ist: »Kurth hält Kurs!«

Eberswalde (bbp). Daniel Kurth will auch in den nächsten acht Jahren Barnimer Landrat sein. Am 20. Februar stellte er seine Kampagne für die Landratswahl vor. Zwei Tage später hingen die ersten Wahlplakate. Die Schwerpunkte seiner Kampagne könne man »entlang der sechs zentralen Wahlkampfbotschaften sehen«, so Kurth.

Alle seien auf den Plakaten dargestellt. Die jeweiligen Plakatbotschaften beginnen mit dem Wort »Barnim« und enden mit einem Ausrufezeichen. Dazu die Parolen »baut Schulen«, »sportlich & gesund«, »natürlich nachhaltig«, »schafft Werte«, »garantiert Sicherheit« und »bewahrt das Miteinander«.

Im einzelnen will Kurth »die umfassende Schulbauoffensive des Landkreises in den nächsten acht Jahren vollenden. Die Schulen werden dann noch moderner und viel näher bei



den Schülerinnen und Schülern sein. Die größte Investitionsoffensive will ich maßgeblich als Landrat voranbringen.« Auch für »die Gesundheitsregion Barnim« will sich Daniel Kurth stark machen. »Nicht nur ist die Gesundheitswirtschaft der größte Wirtschaftsfaktor und größte Arbeitgeberin in der Region, sondern auch grundlegend für die Versorgung der Menschen aller Altersklassen mit medizinischer Versorgung. Mit unserem Klinikkonzern GLG kann der Landrat Einfluss auf die medizinische Versorgung in der Region nehmen. Mit den Erfahrungen der letzten acht Jahre bringe ich mich für unsere Krankenhäuser in der anstehenden Krankenhausreform ein.« Weil Vorsorge die beste Medizin ist, werde er auch den Sport und die vielen Vereine, die sich für das leibliche und seelische Wohlergehen der Bevölkerung einsetzen, weiterhin bestmöglich unterstützen.

Ein großer Teil seiner Motivation, erneut als Landrat zu kandidieren, begründet sich darin, den Landkreis »als einen besonders lebenswerten Landkreis zu gestalten. Für uns und unsere Kinder soll der Landkreis möglichst nachhaltig entwickelt werden. Damit auch künftige Generationen eine gesunde und natürliche Lebensgrundlage haben.« Die Nullemissionsstrategie des Landkreises soll zu einem Klimaplan weiterentwickelt werden. »Was früher Abfall war, wird heute als Wertstoff für neue Produkte gesehen. Was früher einfach nur 'Wasser' war, ist heute die wichtigste natürliche Ressource und ein knappes Gut in Brandenburg. Der Barnim soll sich weiter wirtschaftlich entwickeln können, aber dies in Einklang mit den Menschen und der Umwelt.«

Nicht zuletzt verspricht der Sozialdemokrat einen »kurzen Draht« zu den gewerblichen Unternehmen in der Region. »Mit einer klugen Wirtschafts- und Ansiedlungspolitik werde ich mit den Städten und Gemeinden vor Ort für neue Ansiedlungen und bestenfalls neue Nutzungen bestehender Gewerbeflächen sorgen.«. Wobei letztere meist im Zugriff der Kommunen sind.

Zum Stichwort Sicherheit betont Kurth insbesondere den Katastrophenschutz. Als einstiger THWler gehört das bekanntermaßen schon bisher zu seinen Schwerpunkten, wobei dies zugleich zu den Pflichtaufgaben der Landkreise gehört.

»In den letzten Jahren hat man den Eindruck gewinnen können«, stellt Kurth schließlich fest, »daß etwas ins Rutschen geraten ist in unserer Gesellschaft. Überbordende Unzufriedenheit, Untergangsstimmung, manchmal sogar Haß greifen um sich. Dagegen will ich das Miteinander setzen.« Im Barnim gebe es eine enorme Vielfalt an Vereinen, Engagierten, Macherinnen und Machern, Problemlöserinnen und Problemlösern, deren Partner er sein will. Er werde sich »mit aller Kraft gegen antidemokratische Tendenzen, gegen Rassismus, gegen Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung einsetzen. Ein funktionierendes gesellschaftliches Miteinander möchte ich positiv begleiten und ermöglichen.«

Unterstützt wird Daniel Kurth als Kandidat der SPD nach seiner Aussage von einer Vielzahl von Unterstützerinnen und Unterstützern innerhalb und außerhalb der Barnimer SPD sowie einer enormen Anzahl von Einzelpersonen. Kurth hebt darüber hinaus die tatkräftige Unterstützung der Barnimer Partei Die Linke sowie des Kreisverbandes von Bündnis 90/Die Grünen hervor.



BSW unterstützt keinen

Bernau (bbp). Der BSW-Kreivorstand hat entschieden, »daß wir weder bei der Bürgermeisterwahl in Panketal noch bei der Landratswahl einen Kandidaten unterstützen werden«. Dies teilte Kreisvorstandsmitglied Carola Kaltschmidt am 19. Februar auf Nachfrage mit.

Kurzvita Daniel Kurth



Foto: Stefan Escher

Geboren am 27. Oktober 1973 in Eberswalde-Finow, verheiratet, 2 Kinder

Ausbildung:

1980–90 POS in Eberswalde-Finow, 1990–92 EOS »Alexander-von-Humboldt« in Eberswalde, berufsbegleitende Studien: 2004–07 Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie in Eberswalde (Diplom-Verwaltungsbetriebswirt), 2013–2015 Brandenburgische Kommunalakademie (Verwaltungsfachwirt), 2016–19 Masterstudium Kommunalwirtschaft an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde

Beruflicher Werdegang:

- 1992–1993 Zivildienstleistender in der Verwaltung des Biosphärenreservates »Schorfheide-Chorin« (Naturwacht, Gewässerökologie, Öffentlichkeitsarbeit/Umweltbildung)
- 1994–1997 Jugendarbeiter in ABM in Jugendeinrichtungen der Stadt Eberswalde
- 2002–2009 Sachbearbeiter im Sachgebiet Bevölkerungsschutz des Ordnungsamtes der Kreisverwaltung Barnim
- 2009–2014 Persönlicher Mitarbeiter im Bereich Landrat; Kreisverwaltung Barnim

Politischer Werdegang:

- 1989 Mitbegründer der Grünen Partei der DDR; Mitwirkung im Neuen Forum sowie in der Grünen Liga
- seit 1996 Mitglied der SPD; Mitbegründer der Jusos Barnim
- 2006–15 Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Eberswalde, 2010–18 Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Barnim
- 2014–18 Stadtverordneter der Stadt Eberswalde, 1. Stellvertreter des StVV-Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung
- 2014–18 Mitglied des Landtages Brandenburg, Stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD-Landtagsfraktion
- 2014–17 stellvertretender Landesvorsitzender der SPD Brandenburg
- 2017–23 Beisitzer im SPD-Landesvorstand
- ab 2018 Landrat des Landkreises Barnim

Rückblick – Vorausblick

Wir waren am 14. Februar Zeuge einer bewegenden Trauerfeier, mit der die Beschäftigten und ihre Gewerkschaft NGG, Ehemalige und viele Menschen aus der Region Abschied nahmen von einem Traditionsbetrieb, dessen Marke »Eberswalder« nicht zuletzt auch unsere Stadt repräsentierte und deutschlandweit und darüber hinaus bekannt machte.

Der Milliardär Tönnies hatte den Betrieb aufgekauft mit dem klaren Ziel, sich die Marke anzueignen, aber den Betrieb zu verschrotten. »Marktbereinigung« durch Ausnutzung der eigenen Marktdominanz. »Soziale Marktwirtschaft« wie sie lebt und lebt. Oligopole wie Tönnies erweisen sich als Totengräber für die einst bedeutsame Lebensmittelindustrie in der Region. Die mit der Übernahme versprochenen Investitionen blieben aus. Das Werk wurde zweieinhalb Jahre auf Verschleiß gefahren. Für die auf die Straße geworfenen Beschäftigten, die jahrzehntelang mit Lohnverzicht und Mehrarbeit ihren Betrieb zum Überleben verholten hatten, bleibt nichts übrig. Die zerstörerischen Wirtschaftsverhältnisse erscheinen als naturgegeben, doch sie sind menschengemacht. Die Auswirkungen der Werksschließung in Britz für unsere Stadt und die ganze Region, wie beispielsweise auf die Abwasserentsorgung, sind noch nicht überschaubar.

Anfang des Jahres verständigte sich die Fraktion Die PARTEI Alternative für Umwelt und Natur auf ihren Arbeitsplan für das Jahr 2026. Ein wichtiges Anliegen bleibt für uns die Wiederherstellung einer Ortsteilvertretung für das Brandenburgische Viertel. Künftig in Form eines Ortsbeirates.

Die derzeitige Form der Ärzteförderung ist gut gemeint, hat aber viele Schwächen. Es sind Tropfen auf den heißen Stein, die mitgenommen werden, aber keine Ärzteansiedlung begründen. Wir favorisieren MVZs.

Im Rahmen der Aufgabenkritik wollen wir eine Analyse der freiwilligen und Pflichtaufgaben sowie der Praxis der Ermächtigungsübertragungen, die regelmäßig einen großen Teil der Haushaltsmittel binden. Die mit dem Haushalt 2026/27 geplanten Defizite in Millio-nenhöhe machen deutlich, wie nötig ein sparsamer Umgang mit Haushaltsmitteln ist. Ohne eine gründliche Aufgabenkritik unter Einbeziehung des Stellen- und des Investitionsplans wird das nicht möglich sein. Zugleich sind die stillen Reserven transparent zu machen, um falsche Schlüsse zu verhindern.

Die klaren Aussagen des Bürgermeisters zu Versuchen geschichtsrevisionistischer Propaganda bezüglich des Karl-Marx-Platzes und seine Wertung des »Volkstrauertages« als »Mahnmal für den Frieden« finden unseren Respekt und unsere Zustimmung.

MIRKO WOLFGRAHM

Fragestunde im Eberswalder Stadtparlament:

Fairplay an der Kommunalfront

In der diesjährigen ersten Sitzung der StVV im Februar kam viel Interessantes zur Sprache.

Zum Beispiel, daß die Ärzteansiedlung eine hochkomplexe Sache sei, so der Bürgermeister. Ärzte seien quasi Unternehmer, die Praxis muß sich rechnen, und sie gehen mit Vorliebe in wohlhabende Viertel mit vielen Privatpatienten. Nicht zuletzt denken sie mittlerweile auch an die *Work-Life-Balance* und wollen nicht von Patienten überrannt werden.

Um das zu ändern, bräuchten wir eine andere Gesellschaftsordnung, wo Ärzte alle angestellt sind und zentral von der Universität aufs Land geschickt werden. Nun, das sagte Bürgermeister GÖTZ HERRMANN nicht, aber er meinte, in Eberswalde sei die Situation noch vergleichsweise gut, während es woanders (Zitat) »noch beschissener« sei.

IRENE KERSTEN (Linke) vermißte vom Bürgermeister mehr Engagement in Bezug auf das Britzer Fleischwerk. Dem widersprach der Rathauschef und auch RICCARDO SANDOW (Bürger für Eberswalde) sprang ihm zur Seite, daß alles Erdenkliche getan werde, um den Betroffenen zu helfen. Die Linken wollten erst einen Antrag stellen, daß die IHK auf der Marke »Eberswalder« bestehen sollte, zog ihn aber zurück.

Aber mal ehrlich, was will der Landkreis mit der bloßen Marke, ohne die beliebten Würst-

chen produzieren zu können? Dann zur Not lieber weiterhin »Eberswalder Würstchen« meinetwegen aus Halberstadt – wer guckt schon hinten auf die Verpackung? Kostenlose Werbung für die Waldstadt!

SEBASTIAN WALTER von den Linken versuchte dem Bürgermeister unterschwellig Menschenverachtung vorzuwerfen. Es ging um dessen Aussage im rbb, mit dem Objekt Brautstraße (15 Euro kalt) versuche man, mehr »Qualität« nach Eberswalde zu locken. Auf die Preisdiskussion ließ sich Götz Herrmann gar nicht ein, denn es gebe genug Beispiele, wo die WHG bezahlbar ganze Wohnblöcke saniere, zum Beispiel im Brandenburgischen Viertel. Daß sich der rbb gerade die Sahneobjekte raussuche, das bedaure er.

Zum Schluß der Anfragen wies DANKO JUR (CDU) darauf hin, daß der Termin des Bürgermeisterempfangs am 18. April sei, einen Tag vor der Landratswahl. Er wünsche sich hierbei doch ein bißchen mehr Fairplay vom Bürgermeister. Was an dem Termin zu beanstanden sei, erschließt sich wohl nur der CDU, aber vielleicht läßt ja Götz Herrmann alle vier Landratskandidaten auf die Kranbau-Bühne ein ...

... zum Händchenhalten.

J.G.

Kleingärtner contra Bezirksvorstand

Eberswalde (bbp). Es sei höchste Zeit, daß die seit Jahren schwelenden Konflikte im Eberswalder Bezirksverband der Kleingärtner endlich die Öffentlichkeit erreichten, meint der Stadtverordnete CARSTEN ZINN. Der mehr als »krenzwertige« Bezirksvereinsvorsitzende habe die Flucht nach vorn angetreten, so Zinn, indem er die Vorsitzenden der Stadtfraktionen in die Geschäftsstelle des Bezirksverbandes in Nordend eingeladen hat. Über Inhalte und Ergebnis der Beratung gab es keine öffentliche Informationen.

Zinn fordert vom Bürgermeister, endlich aufzuwachen. Insbesondere soll er »der Leiterin des Eberswalder Liegenschaftsamtes und dem Leiter des städtischen Rechtsamts die dringend notwendigen Initiativen und Aktivitäten« überlassen. Welche Aufgaben diese in dem internen Konflikt des Bezirksverbandes spielen soll, verrät der Stadtverordnete nicht. Den von ihm geforderten »zeitnah notwendigen inhaltlichen, organisatorischen und personellen Neuanfang innerhalb der Führungsspitze des Eberswalder Bezirksverbandes der Kleingärtner«, für den »es dringend notwendig« sei, »daß der geschäftsführende Bezirksvorstand komplett zurücktritt«, kann die Stadtverwaltung nicht veranlassen. Das können die Kleingärtnerinnen und Kleingärtner nur selbst tun.

»Ich glaube nicht«, so Zinn weiter, »daß ein Mediationsverfahren noch von Erfolg gekrönt sein wird. Dazu sind die Fronten viel zu sehr verhärtet.« Sein Ruf in Richtung Bundes- und Landespolitik läuft hingegen ins Leere. Für die

Probleme im Bezirksverband, die zunehmend kulminieren seit ROLAND KRENZ im Jahr 2019 das Amt des Vorsitzenden übernahm, sind Bund, Land und die Stadt Eberswalde, in deren Eigentum sich die meisten Kleingartenflächen befinden, nicht verantwortlich.

Die Mitglieder der Kleingartenvereine wollen die Natur genießen und streßfreie Erholung auf ihrer Scholle. Mit den formalen Dingen, die funktionierende Vereine erfordern, haben die meisten wenig am Hut. Daher sind die ehrenamtlichen Vorstandsposten in den Vereinen wenig attraktiv.

Diese innere Struktur der Kleingartenvereine und des Bezirksverbandes führte zur heutigen Situation, die schlimm und zugespitzt. Zeichen dafür ist, daß die Beratung des Bezirksvorstandes mit den Stadtfraktionsvorsitzenden am 19. Februar den Anlaß gab, daß sich 60 Kleingärtnerinnen und Kleingärtner zu einer Protestdemonstration vor dem Sitz des Bezirksvorstandes versammelten.

Bürgerinitiative Radwege in Eberswalde:

Alternative Radweg-Trassen denken

In der Winterausgabe vom Dezember 2025 berichtete die »Barnimer Bürgerpost« darüber, daß die 2018 eigentlich beendeten Sanierungsarbeiten auf einem Teilgelände der ehemaligen Dachpappenfabrik erneut in Angriff genommen werden müssen, weil weiterhin Schadstoffe ins Grundwasser gelangen.

Die Bürgerinitiative Radwege in Eberswalde hatte bereits damals darauf hingewiesen, daß die Totalsperrung der Wegebeziehung zwischen Luisenplatz und dem Bahnhof für uns nicht nachvollziehbar war (vgl. BBP 12/2018). Der Nutzung der Altlastfläche für Kfz-Stellplätze, wie es auf dem Gelände der Chemischen Fabrik möglich war und ist, mögen auf dem Gelände der ehemaligen Dachpappenfabrik tatsächlich triftige Gründe entgegenstehen. Wir können das nicht prüfen.

Das Freihalten einer Trasse für einen Geh- und Radweg direkt hinter den Wohngrundstücken an der Schöpfurter Straße wäre indes zweifellos möglich gewesen.

Die aktuellen Entwicklungen bieten die Chance, die Planung dieser Geh- und Radweg-Trasse nunmehr nachzuholen und das damalige Versäumnis zu korrigieren. Wir haben schon damals gefordert, über alternative Rad-

wege, abseits der entlang der Bundes- und Landesstraßen geplanten »Radschnellverbindungen«, nachzudenken. Die Verbindung zwischen dem Brandenburgischen Viertel über das Drehnitz-Waldgebiet und die Wohngebietsstraßen in Westend bis zum Luisenplatz und von dort direkt zum Bahnhof ist so eine alternative Trasse. Sicherer als entlang der Hauptstraße und fast 200 m kürzer.

Das Grundstück westlich des Bahnhofs zwischen der Altlastenfläche und dem Einkaufszentrum an der Heegermühler Straße weist zudem erhebliche Potentiale für Pendlerparkplätze – einschließlich Fahrradstellplätzen – auf und könnte mittels Verlängerung der Bahnsteigunterführung direkt an den Bahnverkehr angeschlossen werden.

Wir, die »Bürgerinitiative Radwege in Eberswalde«, setzen uns weiterhin dafür ein.

Dr. ULRICH POFAHL

Ein Bürgerrat im Kiez



Eberswalde (bbp). Im Herbst hat die Stadt Eberswalde das Berliner Ingenieurbüro »die raumplaner« mit der Erarbeitung eines neuen INTEGRIERTEN ENTWICKLUNGSKONZEPTS (IEK) FÜR DAS BRANDENBURGISCHE VIERTEL beauftragt. Dort federführend beteiligt ist Julia Klemm, die bis vor kurzem noch im externen Quartiersmanagement für den Kiez tätig war, bevor sie zu den »raumplanern« wechselte.

Hier kann sie nun nicht nur ihre Erfahrungen, sondern auch ganz konkret die persönlichen Beziehungen, die sie als Quartiersmanagerin zu den Akteuren im Kiez und zur Eberswalder Stadtverwaltung aufgebaut hat, in die Arbeit am IEK Brandenburgisches Viertel einbringen. Anspruch der »raumplaner« für das neue IEK ist die möglichst breite Einbeziehung der im Kiez lebenden Menschen. Hierbei helfen soll ein Bürgerrat.

Die Mitwirkung »möglichst vieler engagierter und interessierter Personen aus dem Branden-

burgischen Viertel« beim IEK sei »ein zentraler Baustein für einen transparenten und tragfähigen Entwicklungsprozeß«.

Im Rahmen des IEK-Prozesses finden zwei Bürgerratssitzungen statt, in denen auf Basis der Bestandsanalyse der Handlungsbedarf diskutiert, Entwicklungsziele formuliert und konkrete Maßnahmen für das Brandenburgische Viertel erarbeitet werden. Die erste fand bereits am 25. Februar im Hort Kinderinsel statt. Dort wird auch die zweite Beratung des Bürgerrates am 26. März, wie schon die erste von 17 bis 20 Uhr, stattfinden.

Neben den Präsenzveranstaltungen und unabhängig von der Mitarbeit im Bürgerrat sei auch eine Online-Beteiligung möglich und ausdrücklich erwünscht, so Julia Klemm. Hier besteht die Möglichkeit, Einschätzungen, Hinweise und Ideen zur Entwicklung des Brandenburgischen Viertels einzubringen (www.adhocracy.plus/iek-bv)

Eberswalde wird Pilotkommune:

Verbraucherschutz

Eberswalde (bbp). Verbraucherinnen und Verbraucher sollen im Alltag besser unterstützt werden. Eine entsprechende Absichtserklärung wurde am 29. Januar von TOM JANNECK (Verbraucherzentrale Brandenburg) und BERND SCHLÜTER (Sozialdezernent Eberswalde) unterschrieben.

Damit wird Eberswalde Pilotkommune im Modellvorhaben »Verbraucherschutz in Kommunen leben« der Verbraucherzentrale Brandenburg. Das Projekt zielt darauf ab, Verbraucherschutz wirksamer und nachhaltiger in kommunale Strukturen einzubinden und die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Vereinen, Bildungseinrichtungen und weiteren regionalen Akteuren auszubauen.

Durch gezielte Kommunikation, den Aufbau einer Informationsplattform für Kommunen und Partner oder gemeinsame Veranstaltungen wollen die beteiligten Akteure bereits bestehende Beratungs- und Informationsangebote bekannter machen und neue Formate erproben. So will die Verbraucherzentrale beispielsweise Mitglied im Lokalen Bündnis für Familien werden, um sich noch besser für die Belange von Familien einzusetzen. Bewährte Ansätze des Modellvorhabens sollen anschließend in einer mehrjährigen Kooperation münden und weiteren Brandenburger Kommunen angeboten werden.

»Verbraucherschutz ist ein wichtiger Bestandteil sozialer Vorsorge«, meint Dezernent Schlüter. »Gerade bei alltäglichen Fragen rund um Verträge, Energie oder digitale Angebote brauchen Bürgerinnen und Bürger verlässliche Orientierung. Mit der Beteiligung am Modellvorhaben stärken wir niedrigschwellige Zugänge und bestehende Netzwerke vor Ort.«

Das von der Verbraucherzentrale initiierte Projekt »Verbraucherschutz in Kommunen leben« läuft bis zum 31.12.2027 und wird gefördert durch das Ministerium für Ernährungs- und Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg. Aktuelle Informationen gibt es auf der Internetseite: verbraucherzentrale-brandenburg.de

Barrierefreiheit im Tierpark

Eberswalde (bbp). Der Eberswalder Tierpark hat 8.000 Euro aus Lottomitteln für mobile Barrierefreiheit und für Rollstühle zum Ausleihen erhalten. Den Lottomittelscheck hatte Sozialministerin BRITTA MÜLLER am 15. Dezember an die Tierpark-Direktorin PAULINA OSTROWSKA übergeben. Neben der Anschaffung der Rollstühle zum Ausleihen sollen Wege im sowie Zugänge zum Tierpark weiter optimiert werden, um eine barrierefreie Teilhabe für alle zu gewährleisten.

EU-Agrar-Subventionspolitik regional mit vielen Fragezeichen:

Eigenvermarktung nahezu chancenlos

Werneuchen (bbp-ber). Verbraucher greifen immer häufiger zu Bio-Produkten. Das zeigen aktuelle Zahlen des Bio-Spitzenverbands BÖLW. Doch zu wenige Landwirte in Deutschland bauen nachhaltig an. Die bekannte Berliner Verbraucherschutzorganisation foodwatch berichtete hierzu online am 19. Februar. Wir fragten dazu bei Hans-Christoph Peters von Peter's Landwirtschaft nach.

FOODWATCH: »Der Umsatz mit Bio-Lebensmitteln in Deutschland ist im vergangenen Jahr um 6,7 Prozent auf 18,23 Milliarden Euro gestiegen. Doch die Anbaufläche ist nur um 1,2 Prozent gewachsen. Der Bio-Anteil an der erzeugenden Gesamtfläche beträgt gerade mal 11,7 Prozent.« Dadurch bleibt das Bio-Segment eine Nische. »Die BRD hatte das Ziel, bis 2030 30 Prozent der Anbaufläche ökologisch zu bewirtschaften. Das liegt in weiter Ferne. Statt nur auf Bio zu hoffen, muß die gesamte Landwirtschaft naturverträglicher werden!«

H.C.PETERS: In Deutschland fehlen die richtigen Signale seitens der Agrarpolitik. Wir können uns als Kleinerzeuger Bio gar nicht leisten. Unsere Produktion hat allein mit dem Credo, nur regional zu wirtschaften, ohne Pestizide und andere umweltschädliche Gifte einzusetzen, schon ein massives Kostenproblem. Wir müssen die Preise deutlich über den Supermarktketten ansiedeln, da in den letzten Jahren sämtliche Kostenanteile im Kreislauf teurer geworden sind. Ein Selbstvermarkter mit Hofladen kann auch mit Umsätzen über die »Marktschwärmer« die bestehende Schieflage nicht überbrücken, die durch die Förderung von Großanbietern von der EU beibehalten wird.

FOODWATCH: »Hier liegt wirklich ein strukturelles Problem vor. Zwischen ökologischer und konventioneller Landwirtschaft wird seitens der Politik kein fairer Wettbewerb geschaffen. Konventionelle Betriebe verursachen im Schnitt höhere Umweltkosten – diese Folgekosten werden aber oft von der Allgemeinheit getragen. Öko-Betriebe hingegen vermeiden einen Teil dieser Schäden und tragen die Mehrkosten selbst.«

Und weiter kommentiert foodwatch: »Es müssen sich viele Rahmenbedingungen ändern, sodaß Bauern auch von einer ökologischen Landwirtschaft gut leben können.«

H.C.PETERS: Die Kosten für Futter, Energie, Schlachtung, Transport und Personal sind in allen Bereichen deutlich gestiegen. Wir haben lange versucht, das aufzufangen, doch so konnten wir nicht dauerhaft weiterarbeiten. In den Februartagen haben wir daher unsere Preise angepaßt. Das ist uns nicht leichtgefallen – aber es war notwendig.

Uns ist wichtig, an diesem Punkt offen mit unseren Kunden umzugehen. Die Preisanpassungen sind kein Selbstzweck, sondern die Grundlage dafür, daß wir unseren Betrieb weiterführen und unsere Tiere so halten können, wie wir es für richtig halten – ehrlich, regional und verantwortungsvoll. Wir wissen,

daß viele unserer Kunden seit Jahren zum festen Stamm von Abnehmern gehören. Dieses Vertrauen bedeutet uns viel – und genau deshalb wollen und müssen wir auch diesem Vertrauen mit regelmäßigen Angeboten entgegenkommen, um etwas zurückzugeben.

Nur zusammen können wir dafür sorgen, daß diese Art der Landwirtschaft eine Zukunft hat.

Übrigens: Zur Brandenburger Landpartie am 13. und 14. Juni 2026 wird voraussichtlich auch BAUER PETERS und PETER'S LANDWIRTSCHAFT wieder Besucher aus nah und fern im Werneuchener Ortsteil Löhme empfangen. Die Landpartie ist das größte landesweite Fest in Brandenburg überhaupt.

Den obenstehenden Online-Dialog haben wir für die Druckform leicht geändert und nachgestellt. - d.Red. Grafik unten: Flyer von »pro agro«, dem Verband zur Förderung des ländlichen Raumes in der Region Brandenburg-Berlin e.V.

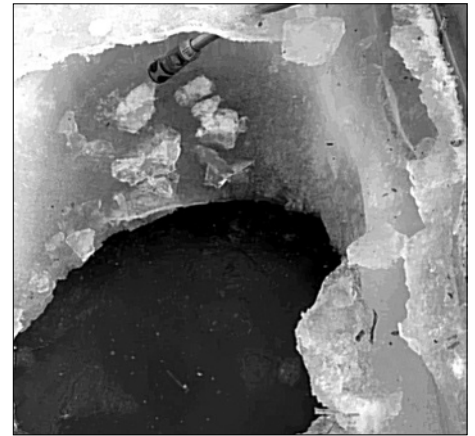


Foto: Hans-Christoph Peters

Eis einschlagen ist bei »Peters' Landwirtschaft« nicht die Kür, sondern war aufgrund des Frostwetters Pflichtprogramm. Die auf dem Gelände verlegten Wasserleitungen sind außer Betrieb, aber die Tiere brauchen trotzdem Wasser. Daher nutzen wir mit Picken und Hacken an einer geschützten Stelle die natürliche Quelle durch ein Eisloch.

Brandenburger Landpartie in Sicht

In jedem Jahr zieht die Brandenburger Landpartie bis zu 80.000 Besucher an und schlägt damit eine wertvolle Brücke zwischen Stadt und Land.

Der Verein »pro agro« empfiehlt allen ansässigen Landwirten, die Chance zu nutzen, um interessierten Gästen spannende Einblicke in die modernen Abläufe der Landwirtschaft zu geben und Ihre Produkte sowie Dienstleistungen einem breiten Publikum zu präsentieren. Der Verein als Organisator des Veranstaltungsrahmens möchte mit den Gastgebern des Fests die Vielfalt der Landwirtschaft in Brandenburg erlebbar machen und bietet zugleich die ideale Gelegenheit, diverse attrakti-

ve Ausbildungsbetriebe und Unternehmen vor Ort kennenzulernen. 2026 findet die Landpartie wieder in Verbindung mit dem bundesweiten »Tag des offenen Hofes« des Deutschen Bauernverbandes statt.

Die zentrale Eröffnungsveranstaltung der 31. Brandenburger Landpartie findet am 13. Juni auf dem Landschaftsbetrieb Domin in Peickwitz im Landkreis Oberspreewald-Lausitz statt.

Ermöglicht wird die Initiative durch eine Förderung des Potsdamer Ministeriums für Land- und Ernährungswirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz (MLEUV).

Nach Infos von »pro agro«

Lust auf Brandenburg – ein Ausflug ins Ländliche

31. BRANDENBURGER LANDPARTIE

13. und 14. Juni 2026

www.brandenburger-landpartie.de

Odj-Gedenken in Bernau

Gemeinsames Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus

Bernau (bbp/prest-ber). Am Dienstag, dem 27. Januar, wurde an mehreren Orten in Bernau an die Opfer des Nationalsozialismus erinnert. Bernauerinnen und Bernauer folgten dem gemeinsamen Aufruf der Stadt und legten Blumen und Kränze nieder.

Trotz eisiger Kälte kamen fast 50 Personen zum gemeinsamen Gedenken am Bernauer Bahnhofsvorplatz zusammen.

In Schönow versammelten sich um 10 Uhr rund zwölf Bewohnerinnen und Bewohner des Ortsteils am Ehrenmal an der Kirche, darunter der Ortsvorsteher ALEXANDER MORZINEK und Bürgermeister ANDRÉ STAHL. Das Gedenken hat hier eine lange Tradition. Vor Ort wird sowohl der Opfer des Faschismus gedacht als auch jener Menschen, die sich mutig gegen das Regime stellten und dafür mit ihrem Leben bezahlen mußten.

André Stahl führte aus: »Gerade in Zeiten wie diesen, in denen Gewalt immer häufiger als Mittel politischer Auseinandersetzung eingesetzt wird, müssen wir entschlossen an einer standhaften Demokratie festhalten. Eine Demokratie, die weder ausgehöhlt noch infrage gestellt werden darf«.

Am Bahnhofsvorplatz kamen um 11 Uhr etwa 45 Personen zusammen, um am Mahnmal für die Opfer des Faschismus gemeinsam zu gedenken. Gut eine halbe Stunde lang lauschten die Anwesenden der Musik und den Worten der Gleichstellungsbeauftragten FANNY BEHR, die im Namen der Stadt sprach.

Sie erinnerte daran, daß das Gedenken nicht nur der Vergangenheit gilt, sondern auch Verantwortung für die Gegenwart einfordert: »Wir trauern um die Bernauer Bürgerinnen und Bürger, die auch in unserer Stadt diskriminiert, verfolgt, vertrieben oder deportiert wurden. Mit unserer Geschichte sind wir unlösbar verbunden – im Guten wie im Bösen. Wir brauchen und wir haben die Kraft, uns der Wahrheit zu stellen, ohne Beschönigung



Foto: JASMIN IOVANOVIC

und ohne Einseitigkeit. Wenn wir das nicht tun, werden wir blind für die Aufgaben der Gegenwart. Dazu gehört vor allem, jeder Gefahr der Wiederholung entgegenzuwirken.«

Das Denkmal besteht aus einem Steinwürfel mit etwa 1,5 Metern Kantenlänge, auf dem sich eine Flammenschale aus Bronze befindet. An der Stirnseite des Denkmals ist die Inschrift UNRECHT BRACHTE MILLIONEN DEN TOD zu lesen. Links und rechts sind jeweils zwei rote, auf die Spitze gestellte Metalldreiecke befestigt, an der rückwärtigen Seite ein grüner Metallring.

Die roten Dreiecke sind sogenannte »rote Winkel«, die zur NS-Zeit als Kennzeichnung für Häftlinge in den Konzentrationslagern verwendet wurden.

Ebenfalls Teil des Denkmals ist eine Gedenktafel, die unweit des Steinwürfels in den Boden eingelassen ist. Sie erinnert an die Sinti, die in der Nähe des Bahnhofs wohnten und infolge rassistischer Ideologie 1943 nach Auschwitz deportiert wurden.

Eine dritte Gedenkveranstaltung innerhalb der Stadt fand in diesem Jahr in Lobetal statt, wo sich um 13 Uhr mehr als 70 Bürgerinnen und Bürger am Gedenkstein der Kirche versammelten und den Tag des Erinnerns um einen weiteren wichtigen Ort ergänzten.

Wintersonne – Aus dem Tagebuch eines Autisten

Die Wintersonne, die Sanfte, beleuchtet gerade die Wasserflaschen auf dem Altartisch. Sanft gepostet auf META. Doch unabänderlich ist bei mir, einem Autisten, nun für Jahre jener Häßlich-Kommentar einer Userin in der Gruppe »*Traumhaft Wohnen*« eingespeichert. Sie monierte diese Wasserflaschen als leer und deklarierte das Ganze als kalt und häßlich.

Ich jedoch schaue das Lichtspiel an, das durch Sonne, Wasser an die Wand projiziert wird. Stehen sie links, sind sie voll, stehen sie rechts, sind sie leer. Das ist ein Slow-Motion-Blockbuster, der nur hier und nur heute in diesem Detail so stattfindet. Ganz in weiß. Und für mich ist da nichts leer, weder kahl, noch kalt oder kühl, sondern Essenz, Lebendigkeit und Besinnung in Sinnlichkeit. Dieses »*Experiment*« zu zeigen, also Fotos voller Wasserflaschen auf einem Altartisch, würde ich tatsächlich auf Meta noch einmal wiederholen. Allein, um die Kommentare des Unverstandenseins »*einzusammeln*«, als soziologische Brennglas-Sicht auf diese Ameisen eines globalisierten Bewerber-Systems, dessen Sklaven sie sind. Digital-Sklaven.

Euer FRANK DER PFADBEREITER

FRANK DER PFADBEREITER

Überlebensgeschichte UKB

Rezension eines Autisten zu einem der größten Krankenhäuser unseres Einzugsgebiets

Als ick den Koloß vor knapp 30 Jahren das erste Mal sah, dachte ick: Heijei – eine Giga-Factory für Menschenreparatur. Da wollt ick nie hin – noch rein. Tschah. Kam anders.. ☺ Ein zackiger, professioneller Blick von TIMO STRÖHLER (Urologie, Ambulanz) auf ein paar CTs – und plötzlich war klar: Das ist behandelbar.

Statt mitgebrachter Endzeitdiagnose nun also Lebensverlängerung auf Normalmaß. Dabei war das Hospiz bereits organisiert, meine Grabstelle ebenso. Und hier nun diese Kehrtwende. Wow.

Die »Reparatur« sollte stationär stattfinden -
 ick mich terminlich dazu einfinden. Ordent-
 lich Muffensausen inklusive! Dazu eine knall-
 harte Patientenverfügung. Wäre beim Repa-
 rieren watt schiefejeangen, hätt ett keine Ver-
 längerung jegeben. Naja hat aba geklappt – bin
 wieda aufjewacht nach der OP! Behandelt via
 Team der D3, untergebracht und gepflegt uff
 der E4. War ne unterbringungstechnische
 Sonderlocke – weil ick nen amtlichen »Socken-
 schuß« habe. Darf ick halt – is eben Berlin.
 (Autismus samt Super-GAU: Paranoide Schizo-
 phrenie).

Ach ja – und für die Jeschichtsbücher: Dit Jelände is ooch dit Ex-Wilhelm-Griesinger-Krankenhaus – früher die jgrößte »Klapse« von Berlin, heute aber High-End-Medizin vom Feinsten. Watt soll ick saren: Was diesen Kolos zusammenhält, sind die Menschen darin – ihre Ruhe, ihre Professionalität, ihre Empathie, ihre zielsichere Routiniertheit. Das hat mir das Herz erwärmt, die Seele jestreichelt, meine Verzweiflung jetröstet. Und - ick bin froh, das nun zu wissen: Das UKB ist eine Klasse-Liga Giga-Fabrik mit zahlenstarken Leuchtfeuern mitmenschlicher Angestellter, wenn ick dran denke – fließt schon ne Träne. Tausend Dank an alle dort! Mein besonderer Dank gilt ANNA MARKWART (Intensivstation), PAUL AMRHEIN (Pflegeleitung D3), LOAN TRAN THI (E4), dem gesamten Stationsteam der E4 und den Ärzten, die mich wieder »heile« gemacht haben. Nun muß ick kiesen, was ick mache mit der neuen Tatsache: »Weiter-zu-leben« (Danköö fürs lesen.) Allet Liebe & so, Euer

FRANK DER PFADBEREITER

Hinweis:

Das UKB - Unfallkrankenhaus Berlin - in Berlin-Biesdorf geht auf die Ende des 19. Jahrhunderts eröffnete Anstalt für Epilepsie-Erkrankungen zurück. Später wurde das Krankenhaus nach dem Begründer der modernen deutschen Psychiatrie, Wilhelm Griesinger, benannt. An ein dunkles Kapitel des Krankenhauses erinnern heute drei Gedenkstätten auf dem Gelände, denn während der NS-Zeit kamen hier über tausend Menschen im Rahmen des »Euthanasie-Programms« ums Leben.

Schwanebeck:

Putsch im Ortsbeirat

CDU-BVB/FW-AfD-Koalition in facto

Mit großer Verwunderung und deutlicher Kritik reagiert die Wählergruppe 100 % Panketal gemeinsam mit der Fraktion 100 % Panketal – DIE PARTEI auf die Abwahl des langjährigen Ortsvorstehers des Ortsteils Schwanebeck, LUTZ GRIEBEN (Die Linke). Am 14. Januar wurde Grieben mitten in der laufenden Wahlperiode mit einer knappen Mehrheit von 5:4 Stimmen abgewählt. Getragen wurde diese Entscheidung von einer informellen Koalition aus CDU, Freien Wählern und AfD.

Eine sachlich nachvollziehbare oder tragfähige Begründung für diesen Schritt blieb aus. Der Antragsteller JENS JÄHRIG (Freie Wähler) führte an, er sei mit der Entwicklung des Dorfes Schwanebeck unzufrieden; zudem mißfielen ihm sowohl die Aufteilung des Ortsteilbudgets als auch die Sitzungsleitung durch den Ortsvorsteher.

Diese Argumentation erscheint vorgeschoben, da das Ortsteilbudget durch den Ortsbeirat selbst beschlossen wird – ein Gremium, dem Jährig angehört und in dem jene Kräfte, die nun die Abwahl durchgesetzt haben, über eine Mehrheit verfügen.

Im unmittelbaren Anschluß wurde FRANZISKA PAWEL (CDU) mit 5 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und einer Enthaltung zur neuen Ortsvorsteherin gewählt. Ihre Ankündigung aus dem Juli 2024, die Arbeit im Ortsbeirat künftig »bürgerlich, dynamisch und vor allem gemeinschaftlich« gestalten zu wollen, wird durch diesen Vorgang konterkariert. Daß ihre Wahl nur durch die Stimmen der AfD möglich war, wirft zudem ein politisch bedenkliches Licht auf das Vorgehen der Beteiligten.

Als Konsequenz aus diesem Vorgehen legt Dr. IRINA HAYEK, Mitglied des Ortsbeirats Schwanebeck für die Wählergruppe 100 % Panketal, ihr Amt als zweite stellvertretende Ortsvorsteherin nieder. »So geht man als Demokrat nicht miteinander um«, erklärt die langjährige Kommunalpolitikerin enttäuscht. »Heute haben zahlreiche Bürgerinnen und Bürger, darunter auch viele CDU-Wähler, ihre Solidarität mit dem abgewählten Ortsvorsteher deutlich gemacht. Hoffen wir, daß die Menschen den schädigen Umgang mit einem verdienstvollen Gemeindevertreter bis zur nächsten Wahl nicht vergessen.«

Die Wählergruppe 100 % Panketal und die Fraktion 100 % Panketal – DIE PARTEI sehen in diesem Vorgang einen schweren Schaden für die politische Kultur vor Ort und fordern eine Rückkehr zu Transparenz, Fairness und respektvollem demokratischem Miteinander.

CAROLA WOLSCHKE, Fraktionsvorsitzende

100% Panketal/DIE PARTEI

THORSTEN WIRTH, 100% Panketal

Haushalt zurück »auf den Pfad« führen

Schorfheide (bbp). Die Fraktion FRISCHER WIND FÜR SCHORFHEIDE fordert die »Einleitung eines Konsolidierungs- und Umsteuerungsprozesses im Haushalt 2026 ff.«. Eine entsprechende Beschlußvorlage hatte der Fraktionsvorsitzende Dr. Andreas Steiner im Februar als »eilbedürftig« eingereicht.

Die Verwaltung habe den Gemeindevertreterinnen und -vertretern »die nach Auskunft der Verwaltung endgültigen und inhaltlich geprüften Fassungen des Haushaltsentwurfs 2026 einschließlich der Anlagen« erst am 3. Februar zur Verfügung gestellt. »Angesichts der Komplexität und des Umfangs der Unterlagen ist es den Mitgliedern der Gemeindevertretung innerhalb dieses kurzen Zeitraums ... faktisch nicht möglich, den Entwurf im Lichte der aufgezeigten Risiken und Konsolidierungsnotwendigkeiten vollständig und sorgfältig auszuwerten und fachgerecht zu prüfen«. Daher sei eine geordnete Beratung über Alternativen und Konsolidierungsmaßnahmen nicht mehr rechtzeitig vor der Haushaltsentscheidung möglich.

Schon aufgrund der vorliegenden Übersichten wäre erkennbar, »daß in den Planjahren eine strukturelle Unterdeckung der laufenden Verwaltungstätigkeit und ein absehbarer Abbau der eigenen Finanzmittel bis in den negativen Bereich drohen. Dies begründet ein erhebliches Risiko für die zukünftige Handlungsfähigkeit der Gemeinde Schorfheide sowie für die finanzielle Generationengerechtigkeit.«

Ein Haushaltsbeschluß ohne eine vorangehende grundsätzliche Auseinandersetzung mit der »finanziellen politischen Lage und ohne Einleitung eines geordneten Konsolidierungs- und Umsteuerungsprozesses« würde Tatsachen schaffen, »die den notwendigen Kurswechsel in der Haushaltssteuerung erschweren oder verzögern«. Insbesondere bestehe die Gefahr, »daß strukturelle Defizite und konsumtiv wirkende Investitionsentscheidungen fortgeschrieben werden, ohne daß zuvor eine transparente Priorisierung, eine Prüfung von Konsolidierungspotentialen und eine Verständigung über Ziele der Haushaltskonsolidierung (Zeitraumen, Schutz sensibler Bereiche wie Bildung und Jugend, Umgang mit freiwilligen Leistungen, Umfang der Nettoinvestitionen etc.) erfolgt«. Durch die vorgeschlagene Einleitung eines Konsolidierungs- und Umsteuerungsprozesses werde sichergestellt, »daß der Haushalt der Gemeinde Schorfheide mittelfristig wieder auf einen tragfähigen und generationengerechten Pfad geführt wird und die Gemeindevertretung ihre Steuerungsverantwortung im Sinne der dauerhaften Leistungsfähigkeit wahrnehmen kann«.

SPD Joachimsthal-Schorfheide:

Ortsverein baut auf eigene Kompetenzen

Ende vorigen Jahres wählten die Mitglieder des SPD Ortsvereins Joachimsthal-Schorfheide einen neuen Vorstand. Das Treffen war zugleich der politische Jahresabschluß des Ortsvereins. So wurden aktuelle Themen diskutiert, darunter nicht zuletzt die anstehende Landratswahl.

Als Vorsitzenden wählten die Sozialdemokraten von Joachimsthal und Schorfheide Christian Thönelt. Denny Klauder und Jörg Liebscher unterstützen ihn als Stellvertreter. Hinzu kommen Ferdinand Brehme, Ulrike Hahn, Martin Ehlers, Sebastian Thon, Oliver Pester und Harald Lüderitz als Beisitzer (auf dem Foto v.l.n.r.).

Über den gemeinsamen Ortsverein hinaus übernehmen die Vorstandsmitglieder Verantwortung unter anderem in der Gemeindevertretung Schorfheide und der Stadtverordnetenversammlung Joachimsthal. Vertreten ist der Ortsverein auch in SPD-Gremien im Landkreis und im Land. Das soll auch perspektivisch so bleiben. Deshalb sucht der Ortsverein in Joachimsthal und Schorfheide nach neuen Mitgliedern, die das gemeinsame Engagement unterstützen wollen.

Vorrangige Ziele für 2026 sind neben dem Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, die Errichtung von bezahlbarem Wohnraum, die Unterstützung und Förderung von Kulturangeboten insbesondere auch für Kinder und Ju-



FOTOMONTAGE: SPD/THAL-SCHORFHEIDE

gendliche, die Ausweitung von Sozialarbeit, beispielsweise an Schulen, der grundsätzliche gesellschaftliche Zusammenhalt einschließlich der gegenseitigen, generationsübergreifenden Unterstützung. Ein Thema, das das alles miteinander verbindet, ist die Landratswahl 2026. Landrat Daniel Kurth ließ es sich daher auch nicht nehmen, an der Ortsvereinssitzung teilzunehmen.

Trotz der derzeitigen schwierigen Gesamtvoraussetzungen möchten der Landrat und der SPD Ortsverein dafür eintreten, weiterhin gemeinsam und vertrauensvoll Politik zum Wohle für alle Einwohnerinnen und Einwohner des Landkreises Barnim zu machen.

SEBASTIAN THON

Kita Eichhorst weiter von Schließung bedroht

Politische Entscheidung der Gemeindevertretung zum Erhalt der Waldkita »Löwenzahn« ist notwendig

Schorfheide (bbp-sw). In den Beratungen der Gemeindevertretung zum Schorfheider Haushalt 2026 am 18. Februar konnte man sich nicht auf die dringend notwendige Investition im Sanitärbereich der Waldkita »Löwenzahn« in Eichhorst einigen.

Die Fraktion WIR reichte einen Änderungsantrag zum 2026er Haushalt ein, um 400.000 Euro für die Kita bereitzustellen. Doch das fand in der Diskussion keinen Anklang. Dabei gab es schon 2019 den Auftrag der Gemeindevertretung, Sanierungsplanungen für diese Kita vorzunehmen. Keine der vier Planungsvarianten wurde damals umgesetzt. Den Kompromißvorschlag des fraktionslosen Gemeindevertreters Sven Weller (Freie Wähler Schorfheide), für die nötigsten Investitionen im WC-Bereich erstmal nur 80 bis 100.000 Euro in den Haushalt einzustellen, hatte die Einreicherfraktion WIR übernommen. Doch auch dem geänderten Antrag stimmten nur vier der dreizehn anwesenden Gemeindevertretern zu. Damit bleibt die Zukunft der Kita im Schorfheider Ortsteil – obwohl fast alle Plätze belegt sind – mehr als unsicher.

Die Dringlichkeit des Themas zeigte sich auch in der Anwesenheit vieler Bürgerinnen und Bürger aus Eichhorst aber auch anderen Ortsteilen. Sie machten den Gemeindevertre-

tern und dem Bürgermeister deutlich, wie wichtig es ist, solch eine Wald-Kita zu haben. Deren besonderer Zugang zur Natur werde ihren Kindern dort eindrucksvoll vermittelt. Die Kita »Löwenzahn« ist nicht zuletzt deshalb nahezu voll ausgelastet. Denn auch viele Eltern, die nicht in Eichhorst wohnen, bringen ihre Kinder wegen des besonderen Profils nach Eichhorst zur Betreuung. Große Teile der Gemeinde Schorfheide gehören zum Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin, weshalb sich die Gemeinde auch eine Waldschule leistet.

Daß Gemeindevertretung und -verwaltung angesichts der angespannten Haushaltslage solche kurz- und mittelfristigen Investitionen nicht einfach aus dem Ärmel schütteln kann, liegt auf der Hand. Dies machte die Kämmerin der Gemeinde deutlich. Daß der Investitionsbedarf über viele Jahre hinweg inzwischen auf mehr als 800.000 Euro anwuchs, ist jedoch nichts, was plötzlich aus dem Himmel fiel. Hier haben Verwaltung und Gemeindevertretung in den vergangenen Jahren versagt. Denn eine knapp 70 Jahre alte Kita braucht natürlich regelmäßige Instandsetzungen und zuweilen größere Sanierungen.

Gerade in den kleinen Ortsteilen gibt es immer weniger Ankerpunkte, wie Kitas – von Schulen nicht zu sprechen. Die Ortsteile ver-



Foto: Sven Weller

kommen so tatsächlich zu reinen Schlafdörfern. Die aktuell schwachen Geburtenzahlen und die Prognosen des Landkreises für die Zukunft beschreiben aber auch Fakten. Noch 2020 fehlten Kitaplätze und es gab lange Wartelisten in Schorfheide und auch im Umland, wie Eberswalde. Das hat sich nun ins Gegenteil gewandelt. Dies kommt zu all den Problemen im Haushalt und den Auslastungen der anderen Kitas dazu.

Die Frage, wohin die Gemeinde eigentlich will und welche Kitas mit welchem Angebot möglichst erhalten bleiben sollen, so Sven Weller, stelle sich dringender denn je.

Haushalt der Schorfheide beschlossen

Nach kurzer Debatte blieben Änderungen und politische Wünsche unbeachtet

Schorfheide (bbp-sw). Änderungsanträge der Fraktionen, gab es in der Debatte zum Haushalt der Gemeinde Schorfheide für 2026 nicht wirklich. Lediglich zum Änderungsantrag bezüglich der Kita in Eichhorst (siehe oben) gab es eine größere Diskussion.

Aber selbst diese erschien der Fraktion Bündnis Schorfheide noch zu lang. Deren Fraktionsvorsitzender Toralf Reinhardt beantragte schon nach vier Minuten, die Debatte zu beenden, um zur Abstimmung zu kommen. Der Eilantrag der Fraktion Frischer Wind mit zahlreichen Punkten zur »Einleitung eines Konsolidierungs- und Umsteuerungsprozesses im Haushalt 2026 ff«, wurde wie zuvor im Hauptausschuß nun auch in der Gemeindevertreterversammlung (GVV) gar nicht erst in die Tagesordnung aufgenommen. Die genannten Punkte und Maßnahmen sollen nun in die Haushaltsberatungen 2027 Eingang finden.

Daß die Kassen der Kommunen knapp sind, ist nicht erst seit kurzem bekannt. Daß für Investitionen kaum große Sprünge möglich sein werden, ohne daß sich grundlegend an der Ausfinanzierung durch Bund, Land und auch Landkreis etwas ändert, auch.

Die Mittel des Bundes für die Kommunen, im Falle der Schorfheide sind es etwa 3,4 Millionen Euro, sind nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Aufgaben, die das Land den Kommunen überstülpt, ohne diese wirklich auszufinanzieren, bleibt eine schwere finanzielle Bürde. Dies machte Kämmerin Kathrin Witzlau deutlich.

Dazu gehört auch der Hinweis des Bürgermeisters, daß die Kreismulage weiterhin deutlich zu hoch ist. Eine Absenkung wäre für die Gemeinde Schorfheide ganz sicher eine Erleichterung, um auch weiterhin freiwillige Aufgaben zu finanzieren, die wichtig für die Teilhabe, die soziale Gerechtigkeit, den Vereinsport und vieles mehr sind.

Dennoch gilt es für die Gemeindepolitik der Schorfheide, nun Lösungen zu finden, die nicht nur Sparmaßnahmen vorsehen, sondern auch mögliche neue Einnahmequellen generieren könnten. Dafür müßten sich jedoch die Fraktionen und Gemeindevertreter zusammen setzen und zusammen Lösungen und Wege finden. Am Ende wurde nach kurzer Debatte in namentlicher Abstimmung der Haushalt mit großer Mehrheit beschlossen.

Arbeitsgruppen...

Folgt der PV-AG eine Finanz-AG?

Schorfheide (bbp-sw). Wenn Du nicht mehr weiterweißt, gründe einen Arbeitskreis – so lautet das Sprichwort, das oft Verwendung findet, wenn die Politik etwas auf die lange Bank schieben möchte oder ein Handeln vortäuschen mag.

Dies trifft zumindest auf die AG Photovoltaik (PV) der Gemeinde Schorfheide nicht so zu. In bisher neun Sitzungen machte man sich fraktionsübergreifend Gedanken, wie die Gemeinde damit umgehen soll, wenn Investoren PV-Anlagen auf Freiflächen in der Schorfheide umsetzen möchten. Nach vielen Kompromissen und Debatten wird nun im Bauschluß das Ergebnis vorgestellt und zur Debatte gestellt. Gemeindevertreter, Ortsbeiräte, Bürger und die Vertreter der Verwaltung haben somit bald Gelegenheit, sich einzubringen. Die erste Lesung einer möglichen Beschlußvorlage gibt es am 10. März. Danach wird noch einmal Ende April im Bau- und im Mai im Hauptausschuß und in der Gemeindevertretung darüber beraten. Es deutet sich bereits an, daß es zur Vorbereitung des Haushalts 2027 zwar weiterhin keinen Finanzausschuß, aber immerhin eine AG geben wird.

»Bernau taut auf«

Bernau (bbp). Mit obiger Überschrift meldeten sich kürzlich die Fraktionen in der Bernauer Stadtverordnetenversammlung von CDU/FDP, BVB/Freie Wähler und Bündnis für Bernau in einer gemeinsamen Pressemitteilung zu Wort. Die Sammlungsbewegung der »bürgerlichen Mitte« scheint mittlerweile auch in der Bernauer Kommunalpolitik angekommen zu sein.

Die drei Fraktionen hatten im Februar gemeinsam einen »besseren Winterdienst und maßvollen Salzeinsatz« beantragt. Die als Begründung artikulierten Beschwerden über verspäteten oder unzureichenden Winterdienst mit der Folge von »nicht oder zu spät geräumten Straßen und Gehwegen, vereisten Plätzen sowie wirkungslosem Sandeinsatz auf dicken Eisplatten«, was zu »gefährlichen Situationen« geführt habe, sind sicherlich kein Alleinstellungsmerkmal für Bernau. Allerdings war der in diesem Jahr über längere Zeit wirkende Eisregen mit folgenden Minustemperaturen tatsächlich ungewöhnlich.

Doch auf solche Details gehen die »mittelbürgerlichen« Fraktionen nicht ein. Sie fordern vielmehr: »Damit muß Schluß sein«.

In vielen Kommunen sei der Einsatz von Tausalz, Salzlauge und anderen auftauenden Mitteln gang und gäbe und es würden die »Bäume sowie Pflanzen im Frühjahr dennoch unbeschadet blühen«. Belege dafür werden nicht angeführt. Vielmehr wird kritisiert, daß »Bernau bislang an restriktiven Regelungen fest« halte. Für Daniel Sauer (CDU) stehe fest: »Der Schutz von Menschen vor Stürzen und Unfällen auf vereisten Wegen und Fahrbahnen muß Vorrang haben«.

Auf die fatalen Wirkungen von Streusalz auf die Straßenbäume im speziellen und das Grundwasser im allgemeinen geht Sauer und sein bürgerliches Wahlbündnis der Mitte nicht ein. Sie wollen vielmehr erreichen, daß der »Einsatz von auftauenden Mitteln künftig wieder als Regelfall möglich ist - sowohl für den städtischen Bauhof als auch für private Grundstückseigentümer und Winterdienstfirmen«.

maxe-egerswalde.de

BSW kommunal

Wandlitz (bbp). Das Bündnis Sahra Wagenknecht - künftig Bündnis Soziale Gerechtigkeit und Wirtschaftliche Vernunft mit bleibendem Kürzel BSW - ist seit Januar im Barnim auch auf gemeindlicher Ebene mit Abgeordneten vertreten. In Wandlitz hat sich die Fraktionsgemeinschaft, in der BSW-Vertreter über andere Listen ins Ehrenamt gekommen waren, nun in UWG-Bündnis Klosterfel-

Baumkiller Nummer eins

Streusalz schadet Bäumen, Böden und Gewässern

In vielen Städten und Gemeinden wurde im Januar und Februar angesichts des anhaltenden Frosts wieder großzügig Streusalz eingesetzt - mit fatalen Folgen für Bäume, Böden und Gewässer.

Streusalz ist ein schleichender Tod für Bäume. In Verbindung mit der wiederkehrenden Trockenheit wird es zum Baum-Killer Nummer eins. Wenn die Bäume im Frühjahr besonders viel Wasser für den Blattaustrieb brauchen, ziehen sie statt der benötigten Nährstoffe schädliches Chlorid aus dem Boden. Langfristig beeinträchtigt es das Wachstum und ganze Kronenteile können absterben.

Was Streusalz mit Boden und Bäumen macht

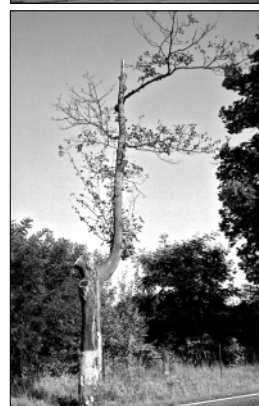
Streusalz (Natriumchlorid) senkt den Gefrierpunkt von Wasser und verhindert so bis etwa minus zehn Grad Celsius die Eisbildung. Es löst sich im Schmelzwasser, versickert im Boden und reichert sich dort über Jahre an. Die Folge: Der Nährstoffgehalt und die Bodenstruktur verändern sich und die Bäume nehmen im Frühjahr über die Wurzeln zu viel Chlorid auf. Das führt zu langfristigen Laubschäden. Die Bäume bilden Blattrandnekrosen aus - vom Streusalz geschädigte Bäume erkennt man an rostroten Rändern an den Blättern.

Eine hohe Salzkonzentration im Boden erschwert den Pflanzen auch die Wasseraufnahme. Mit Trockenstreß durch ausbleibende Niederschläge entsteht eine fatale Wechselwirkung. Das Wasser, das die Bäume nach dem Frost wieder aufnehmen, enthält in hohem Maße Chlorid und schädigt die Blätter, die ohnehin schon durch die Trockenheit unterversorgt sind. Das Absterben einzelner Kronenpartien oder ganzer Bäume ist dann kaum noch aufzuhalten. Salzlauge verätzt zudem Wurzeln und Rinde - übrigens auch Tierpfoten, die über mit Salz gestreute Wege laufen müssen.

Was Kommunen jetzt tun müssen

Um den massiven Streusalzeinsatz in diesem Winter aktiv auszugleichen, sollten sich die Kommunen darauf vorbereiten, ihren Bäumen im Frühjahr etwas Gutes zu tun. Notwendig ist eine regelmäßige Intensivkur für Straßen- und Stadtbäume, bei dem vor dem Laubaustrieb im Frühjahr gewässert und bedarfsgerecht gedüngt wird.

Das Wasser verringert die Streusalzkonzentration bei der Wasseraufnahme, die Extra-Nährstoffe durch den Dünger sorgen dafür, daß die Bäume weniger von dem schädlichen Chlorid aufnehmen. Da sich das Streusalz über die Jahre im Boden anreichert, ist es sinnvoll, diesen Frühjahrsdienst jedes Jahr durchzuführen. Zusätzlich sind an stark belasteten Standorten bodenverbessernde Maßnahmen angeraten, insbesondere gegen Bodenverdichtung.



Ein Ahorn an der B167.

1. Foto:
Im Juli 2000 ist der Baum noch vital. Die Hälfte der Blätter zeigt aber bereits Blattrandnekrosen als typischen Streusalzschaden.

2. Foto:
Im Herbst 2005 steht dort nur noch eine todkranke Baumruine.

Fotos:
RUDOLF BEHM
(BBP 12/2005)

Langfristig brauchen wir einen Winterdienst, der Verkehrssicherheit gewährleistet, ohne die Stadtbäume zu ruinieren. Spätestens im Sommer, wenn die Hitze uns wieder zu schaffen macht, freuen wir uns über dichte Laubkronen, die Schatten spenden.

Nicht ohne Grund läßt beispielsweise die Eberswalder Straßenreinigungssatzung den Einsatz von Streusalz auf Gehwegen nicht zu. Denn die Salzlauge fließt hier direkt in den Wurzelbereich der Bäume ab. Dort richtet sie dramatische Schäden an.

Auch wenn es aufwändiger ist: Die klassische Schnee- und Eisbeseitigung mit Schaufel, Besen und Eiskratzer beugt Glätte effektiv vor und ist auch besser für Bäume, Böden und Tierpfoten.

CHRISTIAN HÖNIG,
BUND-Abteilungsleiter Biodiversität

Vermeintliche Alternativen zu Tausalzen wie Ameisensäure oder Gurkenwasser sind leider auch nur bedingt umweltfreundlich. Ameisensäure ist zwar biologisch abbaubar, verbraucht beim Abbau aber sehr viel Sauerstoff in den Gewässern. Die Folge: ein starker Sauerstoffmangel im Boden. Gurkenwasser wirkt nur über das darin gelöste Kochsalz. Und auch geringere Mengen Salz sammeln sich über Jahre im Boden an.

Das Weihnachtsmarktbündnis

Die bürgerliche Mitte gewinnt an Konturen. Das hat damit zu tun, daß die einstige gesellschaftliche Linke inzwischen den Weg zur bürgerlichen Linken erfolgreich absolviert hat. Daneben gibt's noch eine bürgerliche Rechte, zu der niemand mehr gehören möchte, so daß dieser Platz der AfD überlassen bleibt, mit offenen Flanken zum offen faschistischen Flügel, der freilich nicht weniger zum bürgerlichen Spektrum gehört – bloß als Schmuttelkind der bürgerlichen Eltern besser nicht erwähnt werden soll.

Zur Landratswahl fanden sich inzwischen die seit gut zwei Jahrzehnten zerstreuten Kohorten zur bürgerlichen Linken und zur bürgerlichen Mitte zusammen, beide in Abgrenzung zur bürgerlichen Rechten.

In Bernau funktioniert das besonders gut. Hier fand sich die »bürgerliche Mitte« kürzlich zu einem Weihnachtsmarkt-Bündnis zusammen. Die Fraktionen von CDU/FDP, BVB/Freie Wähler und Bündnis für Bernau beantragten gemeinsam, den Bernauer Weihnachtsmarkt in den Stadtpark zu verlegen. Es

ist nicht die einzige Zusammenarbeit. Auch für den umweltschädlichen Einsatz von Streusalzen im Winterdienst macht sich das neue politische Bündnis in Bernau stark (*»Bernau taut auf«*, Seite 14).

Im Hintergrund steht natürlich die Landratswahl und das offenbar strategische Bündnis zwischen CDU und BVB mit FDP und wie's aussieht auch regionalen FDP- oder CDU-Klonen als Anhängsel.

Diese Klone der bürgerlichen Stammparteien entstanden in den vergangenen Jahren als Gruppierungen lokaler Kleinkapitalisten, die einst treu zu den »großen« Kapital-Parteien wie CDU, FDP und zuweilen SPD (hier mehr das Bildungsbürgertum wie beim BfE in Eberswalde) standen, aber zwischenzeitlich sich nicht mehr dort vertreten sahen. Aber das bereinigt sich nun offenbar wegen der Konkurrenz der Rechtsbürgerlichen, die der bürgerlichen Mitte (CDU, FDP, SPD) und der bürgerlichen Linken (SPD, Linkspartei) zunehmend das Wasser abgraben.

JOSEFINE PAUL

»Zukunftspaket Brandenburg«

Eberswalde (bbp). Ende vorigen Jahres wurde vom Landtag das sogenannte »Zukunftspaket Brandenburg« beschlossen. Gespeist wird das Paket im Umfang von drei Milliarden Euro aus den Sonderschulden für »Infrastruktur und Klimaneutralität« (SVIK) des Bundes. Laufzeit des Pakets sind zwölf Jahre.

Die Mittel sollen Investitionen in Infrastruktur, Bildung, Sicherheit, Gesundheit und Klimaschutz dienen. Die Hälfte der drei Milliarden will das Land für eigene Projekte nutzen, während die verbleibenden 1,5 Milliarden Euro auf die Kreise und Gemeinden aufgeteilt werden.

Für den Landkreis Barnim stehen insgesamt 39.311.286 Euro zur Verfügung, für die kreisangehörigen Gemeinden weitere 81.329.353 Euro. Auf die Stadt Eberswalde entfallen

20.655.330 Euro – also pro Jahr gut 1,72 Millionen. Für die Gemeinden im Amt Joachimsthal stehen 2.369.173 Euro und für die Gemeinde Schorfheide 3.643.607 Euro zur Verfügung. Dabei können die Mittel überjährig eingesetzt werden, müssen also nicht in Jahrescheiben ausgegeben werden.

Von den Landesmitteln sollen 500 Millionen Euro in die Umsetzung der Krankenhausreform und die Digitalisierung der Verwaltung fließen. 350 Millionen Euro sind für Landesstraßen und Brücken gedacht, jeweils 200 Millionen Euro für die Sanierung von Polizeiwachen und den Brand- und Katastrophenschutz und 150 Millionen für die Hochschullandschaft und studentisches Wohnen, sowie 30 Millionen für den »*Goldenen Plan Sport*« des Landes Brandenburg.

Frühjahrsputz am Bahnhof Eberswalde

Eberswalde (bbp). Verschmutzte Bahnhöfe waren schon zu Reichsbahn-Zeiten ein ständiges Ärgernis. Nach Übernahme der DDR-Reichsbahn in die Deutsche Bundesbahn und besonders nach deren Überführung in die private Rechtsform einer Aktiengesellschaft, ging man dieses Problem an.

Insbesondere, indem man sich von vielen Bahnhofsgebäuden, insbesondere an kleinen Haltepunkten, trennte. Dort, wo das nicht möglich war, blieb das Problem bestehen. Das soll nun anders werden. Der hiesige SPD-Bundestagsabgeordnete STEFAN ZIERKE

verkündete kürzlich, daß der Bahnhof Eberswalde »Teil des Sofortprogramms der Deutschen Bahn für mehr Sauberkeit an Bahnhöfen« sei. »Daß Eberswalde in das Programm aufgenommen wurde, ist auch Ergebnis des politischen Einsatzes der SPD auf Bundes- und Landesebene. Mit dem Sofortprogramm werden kurzfristig sichtbare Verbesserungen umgesetzt – ohne lange Vorlaufzeiten.«

Der Sozialdemokrat mit Bundestagsmandat, hat in den vergangenen Jahren, liest man in seinen diversen Pressemitteilungen, schon etliche Millionen in die Region geholt.

Städtebauförderung

Eberswalde/Bernau (bbp). Das Landesministerium für Infrastruktur und Landesplanung hat für das Programmjahr 2025 Städtebaufördermittel in Höhe von 2,29 Millionen Euro an die beiden Zentren im Landkreis Barnim ausgereicht.

Diese Mittel stehen bis 2031 in den drei Programmen »*Lebendige Zentren*«, »*Sozialer Zusammenhalt*« sowie »*Wachstum und nachhaltige Erneuerung*« zur Verfügung. Pro Jahr können die Städte Eberswalde und Bernau demnach zusammen mit jeweils gut 381.000 Euro rechnen.

Gefördert werden die Programme »*Lebendige Zentren*« (LZ), welches Stadt- und Ortskerne zu attraktiven, multifunktionalen und identitätsstiftenden Standorten für Arbeiten, Wirtschaft, Wohnen, Bildung und Kultur weiterentwickeln soll, »*Sozialer Zusammenhalt*« (SZH), in dem das soziale Miteinander gestärkt und die Lebensqualität in Stadt- und Ortsteilen mit besonderen Entwicklungsbedarfen verbessert werden soll, und »*Wachstum und nachhaltige Erneuerung*« (WNE), Städte und Gemeinden bei der Bewältigung des wirtschaftlichen und demografischen Wandels in Gebieten unterstützen soll.

In Bernau kommen 10.000 Euro für »*Lebendige Zentren*« zum Einsatz, während Eberswalde von 150.000 Euro aus dem »*Sozialen Zusammenhalt*« profitiert. Den größeren Part umfaßt jeweils das Programm »*Wachstum und nachhaltige Erneuerung*«. Hier stehen 785.000 Euro für Eberswalde zur Verfügung. Bernau darf hier sogar auf 1,345 Millionen Euro an Städtebauförderung hoffen..

BSW-Zeitung

Bernau (bbp). Die erste Ausgabe der Barnimer BSW-Zeitung ist Ende Januar bis Anfang Februar in einer Auflage von 8.000 Exemplaren verteilt worden. Neben Bernau, Panketal und Ahrensfelde sind auch in Eberswalde und Umgebung Exemplare der Barnimer »*BSW-Info*« verteilt worden.

Der voraussichtlich im April beginnende Frühjahrsputz der Deutschen Bahn beinhaltet:

- intensivere Reinigung von Bahnsteigen, Treppen, Tunneln und Aufzügen
- Säuberung von Glasflächen, Automaten, Sitzgelegenheiten und Wartebereichen
- Entfernung von Graffiti sowie hartnäckigen Verschmutzungen wie Kaugummis
- schnelle Reparaturen, damit Schäden nicht über längere Zeit bestehen bleiben.

Also das, was man eigentlich im Normalbetrieb erwarten würde.

Bundesweit sind es 25 Bahnhöfe, die von dem »*Sofortprogramm*« profitieren.

ÖPNV Brandenburg:

Weiterer Warnstreik

KAV verlangt Reallohnverlust

In den Verhandlungen zum Tarifvertrag Nahverkehr (TV-N) Brandenburg hat der Kommunale Arbeitgeberverband (KAV) Brandenburg im Februar der Gewerkschaft ver.di ein erstes Angebot vorgelegt. In den Verhandlungen geht es sowohl um die Arbeitsbedingungen als auch um die Tabellenentgelte. Der KAV bietet zwar eine Arbeitszeitreduzierung um 30 Minuten an. In Bezug auf das Tabellenentgelt droht mit dem Angebot jedoch ein Reallohnverlust für die Beschäftigten.

Daher rief die Gewerkschaft die Beschäftigten der Brandenburger Verkehrsbetriebe, für die der TV-N gilt, für die letzten beiden Tage im Februar zu einem Warnstreik auf.

Es sei gut, daß endlich ein Angebot vorliegt, erklärte die ver.di-Verhandlungsführerin Andrea Germanus. »Von einer Lösung sind wir jedoch weit entfernt. Wir haben in Brandenburg eher noch Nachholbedarf bei den Löhnen. Jetzt Reallohnverluste anzubieten, wird der Lage der Beschäftigten nicht im Ansatz gerecht. Deshalb streiken wir, um den Druck für ein annehmbares Angebot zu erhöhen.« Die Verhandlungen werden insbesondere durch die mangelhafte finanzielle Ausstattung des ÖPNV durch die Bundes- und die Landesregierung erschwert. »Für die jetzige Eskalation tragen auch die politisch Zuständigen in Bund und Land eine Verantwortung. Die unzureichende Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs sorgt immer wieder für diese Zuspitzung, wenn die Beschäftigten fordern, daß sie für ihre wichtige Arbeit anständig bezahlt und gut behandelt werden«, so Germanus.

KALLE KUNKEL

Warnstreik bei der AOK

Im Rahmen der Tarifrunde 2026 für die Beschäftigten der AOK hatte ver.di Berlin-Brandenburg am 11. Februar die Beschäftigten der AOK Nord-Ost zu einem ganztägigen Warnstreik aufgerufen. Hintergrund ist die bislang ergebnislose erste Verhandlungsrunde mit der Tarifgemeinschaft der AOK (TG AOK). Diese hat kein Angebot vorgelegt und stattdessen Zurückhaltung unter Verweis auf politische Rahmenbedingungen gefordert. ver.di fordert unter anderem:

- Erhöhung der Vergütungen (inkl. Sozialzuschläge) für die Tarifbeschäftigten um 7,5 % der Grundvergütung, mindestens jedoch um 375 Euro
- Erhöhung der monatlichen Vergütung der Auszubildenden/Studierenden um 150 Euro bei einer Laufzeit von 12 Monaten.

Probleme sind Arbeitsverdichtung, Fachkräftemangel und zunehmender Spardruck.

BENJAMIN WEIMAR, ver.di

WITO Barnim vor Liquidation?

FDP Barnim: Wirtschaftsförderung neu und effizient aufstellen

Die Fraktion FDP/Bürgerfraktion Barnim/AWG hat für die Sitzung des Kreistages Barnim am 11. März einen Beschlusantrag zur geordneten Liquidation der WITO Wirtschafts- und Tourismusentwicklungsgesellschaft mbH des Landkreises Barnim (WITO Barnim GmbH) eingebracht. Ziel des Vorschlags ist es, die Aufgaben der Wirtschaftsförderung spätestens zum 1. Januar 2027 in die Kreisverwaltung zu überführen.

Nach Auffassung der Liberalen erfüllt die WITO Barnim GmbH ihre Aufgaben nicht mehr in der erforderlichen Weise. Die in den vergangenen Monaten diskutierte Änderung des Unternehmenszwecks fand weder im Kreistag noch bei Vertretern der Wirtschaft und Kommunen eine breite Zustimmung. Für die Fraktion FDP/BFB/AWG im Kreistag Barnim ist daher klar: Eine strukturelle Neuaufstellung ist notwendig.

Wir brauchen eine Wirtschaftsförderung, die schlank, transparent und nah an den Unternehmen arbeitet. Außerdem soll sie durchaus auch der Kontrolle des Kreistages unterliegen. Die anhaltenden Zweifel an Ausrichtung und Nutzen der WITO zeigen, daß ein »Weiter so« keine Option ist. Die Überführung der Aufgaben in die Kreisverwaltung schafft klare Zuständigkeiten, mehr Effizienz und eine bessere Abstimmung mit unseren Kommunen, die inzwischen oft selbst Wirtschaftsförderung betreiben.

Ich möchte ausdrücklich betonen, daß es uns nicht um den Abbau von Wirtschaftsförderung geht, sondern um deren Stärkung und eine strategische Neuausrichtung im Interesse des Landkreises Barnim und der ansässigen sowie künftigen Unternehmen.

MARTIN HOECK, Fraktionsvorsitzender
FDP/BFB/AWG im Kreistag Barnim

»Mit Macht für die 8«

Gewerkschaft NGG Berlin-Brandenburg: »8-Stunden-Tag darf nicht kippen«

Rund 225.000 Stunden wird im Landkreis Barnim gearbeitet – und zwar im Schnitt an jedem Tag. So viele Arbeitsstunden leisten nach Berechnungen des Pestel-Instituts alle lohnabhängig Beschäftigten zusammen: im Handwerk, in der Industrie, in den Dienstleistungen und im Handel. Das ist das große Fleißpensum im Landkreis – die »Tages-Stechuhr vom Kreis Barnim«. Viele schieben täglich Überstunden. Und auch Schichtarbeit ist eine Riesenherausforderung für die Beschäftigten: Gerade der Wechsel von Früh-, Tages-, Spät- und Nachtschicht reibt viele Menschen auf.

Und jetzt rüttelt die Bundesregierung auch noch an der Arbeitszeit. Der Bund will den 8-Stunden-Tag kippen. Künftig sollen 12-Stunden-Schichten möglich sein. Das darf auf keinen Fall passieren!

Die Beschäftigten würden das teuer bezahlen – und zwar mit ihrer Gesundheit. Die NGG ruft dazu auf, sich an der bundesweiten Kampagne des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) »Mit Macht für die 8« zu beteiligen.

Die Gewerkschaft warnt vor »zu viel Arbeit am Stück«. Wer regelmäßig mehr als 10 Stunden am Tag oder über 40 Stunden in der Woche arbeite, der wird das irgendwann merken: Es fängt mit Kopfschmerzen und Schwindelgefühl an. Auch Verdauungsstörungen und Schlafstörungen sind oft Folgen von einer zu langen Arbeitszeit. Viele Beschäftigte ignorieren diese Signale. Richtig schlimm wird es, wenn Überstunden in Dauerschleife zu einem Burnout, zu Depressionen, Diabetes oder zu einem übermäßigen Alkoholkonsum führen.

Sehr belastend sind auch unregelmäßige Arbeitszeiten. Vor allem Früh-, Spät- und Nachtschichten bringen die innere Uhr enorm durcheinander. Wenn die dann noch im Wechsel laufen, wird es für die Gesundheit schnell kritisch. Rückenschmerzen, Müdigkeit und Niedergeschlagenheit sind typische Phänomene bei der Arbeit in wechselnden Schichten. Gut die Hälfte der Beschäftigten klagt über Schlafstörungen.

Außerdem sind lange Arbeitstage auch aus Sicht des Arbeitsschutzes nicht ungefährlich. Denn das Unfallrisiko steigt nach 8 Stunden stark an. Die Ermüdung nimmt zu, die Konzentration ab. 10 Stunden und mehr am Stück sind hoch riskant. Ab der 12. Stunde passieren statistisch doppelt so viele Unfälle.

Arbeitsmedizinische Untersuchungen beweisen Auswirkungen einer hohen Wochenarbeitszeit auch auf das Schlaganfallrisiko. Bei 41 bis 48 Wochenstunden steigt es um 10 Prozent, ab 55 Stunden pro Woche sogar um 33 Prozent. Gleichzeitig erschweren noch längere Arbeitszeiten die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Daher spricht sich die NGG klar für ein »Hände weg vom Arbeitszeitgesetz« aus. Denn zum guten Gesundheitsschutz gehört, daß die maximale Arbeitszeit pro Tag ordentlich geregelt ist: Am 8-Stunden-Tag darf keiner rütteln.

Wer die Tageshöchst-Arbeitszeitgrenze aus dem Gesetz streicht, sägt an einem zentralen Pfeiler des Arbeits- und Gesundheitsschutzes.

SEBASTIAN RIESNER, Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG) Berlin-Brandenburg

Hände weg vom Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin!



Eindrucksvolle Auftaktveranstaltung zur Gründung der Bürgerinitiative »Wir sind Biosphäre« – Scharfe Kritik an der geplanten Novellierung der Biosphärenreservats-Verordnung

FOTO: SVEN WELTER

Der Heidekrugsaal in Joachimsthal war am 20. Februar brechend voll. Immer wieder mußten weitere Stühle herangeschleppt und neue Stuhlreihen gestellt werden, bis das Stuhllager im Heidekrug erschöpft war. Mehr als 180 Bürger waren der Einladung der Initiatoren zu einer Diskussion über die beabsichtigte Novellierung der Biosphärenreservats-Verordnung, die in die Gründung der Bürgerinitiative (BI) »Wir sind Biosphäre« münden sollte, gefolgt.

Die Veranstaltung wurde mit den Grußadressen von Prof. MICHAEL SUCCOW und Dr. MATTHIAS FREUDE, den Begründern des Großschutzprogramms in der Wendezeit, eröffnet, die die große Bedeutung des Biosphärenreservats für Mensch und Natur, des »Tafelsilbers der Einheit«, betonten und eindringlich an das Publikum appellierten, alles zu tun, um die Absenkung des Schutzstandards zu verhindern.

Das war ein eindrucksvoller Auftakt, der in den folgenden kurzen und präzisen Beiträgen der Initiatoren über die Intentionen und Ziele der Novellierung und vor allem deren Risiken vertieft wurde. Es wurde auch daran erinnert, daß das Biosphärenreservat bereits in der Vergangenheit unter Druck stand, dem Druck des

Stellenabbaus und der Investoren von Massentierhaltungsanlagen, die aber dank des Engagements von Bürgerinitiativen verhindert werden konnten.

In der Diskussion prallten die Meinungen hart aufeinander. Amtsdirektor JÖRG MATTHES (Amt Britz-Chorin-Oderberg), sekundiert vom ehemaligen Amtsdirektor aus Joachimsthal DIRK PROTZMANN, plädierte für die Novellierung, die es den Gemeinden ermöglichen werde, die Bebauungsgrenze um 300 m zu erweitern und auch in Gewässern der Vogel-schutzgebiete zu paddeln und mit Elektromotorbooten zu fahren. Dem wurde in vielen Wortmeldungen widersprochen.

Einige Landwirte meldeten sich zu Wort und beklagten, daß sie unter den Auflagen der alten Verordnung litten, wenn sie z.B. gezwungen werden, von Kranichnistplätzen 300 m Abstand zu halten. THOMAS VOLPERS vom BUND wies darauf hin, daß dies eine bundesweit geltende Vorschrift sei und nicht vom besonderen Schutzstatus des Biosphärenreservats Schorfheide-Chorin herrühre. Dies sei ein Beispiel dafür, wie mit falschen Zuschreibungen Stimmung gegen das Biosphärenreservat und vor allem dessen Verwaltung gemacht werde.

Die von CORNELIA JENTZSCH verlesene »Petition an den Landtag und die Landesregierung Brandenburg zum Schutz des UNESCO-Biosphärenreservats Schorfheide-Chorin. Keine Abschwächung der geltenden Schutzverordnung!« fand, wie die anschließende Diskussion zeigte, beim überwiegenden Teil des Publikums Zustimmung. In der Petition werden die schlimmsten Folgen einer Absenkung des Schutzstandards beschrieben: Windräder und großflächige Photovoltaikanlagen im Außenbereich. Bemängelt wird, daß bei der Novellierung nicht von einer »gründlichen Analyse der Stärken und Schwächen der Verordnung hinsichtlich der Erreichung der Schutzziele« ausgegangen werde, daß die Ergebnisse der UNESCO-Evaluierungen nicht herangezogen würden und eine umfassende Bürgerbeteiligung fehle. Die Petition benennt ferner 13 Schutzziele, die angestrebt werden und fordert die Orientierung an den Kriterien der »UNESCO zur Schaffung einer Modellregion«. Für die Petition, so hieß es, werde die im Anschluß an die Versammlung zu gründende Bürgerinitiative »Wir sind Biosphäre« Unterschriften sammeln und dann dem Landtag und der Landesregierung übergeben, mit dem Ziel in Gesprächen mit den Ministeriumsmitarbeitern auf die Novellierung Einfluß zu nehmen. Die BI, so wurde versichert, suche den Dialog mit allen Beteiligten und werde auch weitere Diskussionsveranstaltungen organisieren.

Da die Garantie der Großschutzgebiete Teil des Einigungsvertrags von 1990 ist, sei auch zu prüfen, inwiefern die Landesregierung durch eine Abschwächung der Schutzstandards ihre Kompetenz überschreite und gegen eine Verordnung, die die Garantie des Schutzes verfehle, geklagt werden könne.

Bei der anschließenden Versammlung der an einer Mitarbeit Interessierten wurde die Bürgerinitiative »Wir sind Biosphäre« gegründet und ein vierköpfiger Sprecherrat gewählt.

Über die laufenden Aktivitäten kann man sich unter www.wir-sind-biosphäre.de, der im Aufbau befindlichen Homepage der BI, informieren.

HARTMUT LINDNER,
Mitglied des BI-Sprecherrats

Mähwert trifft Mehrwert

Die erste Tagung zur Kommunikation der Mehrwerte naturnaher Schafhaltung an der HNEE mit rund 70 Teilnehmenden erbrachte einige Erkenntnisse:

- Aufbau lokaler Netzwerke,
- kreative und authentische Kommunikation,
- Einbindung von Dorfgemeinschaften sowie
- Formate, die Stadt- und Landgesellschaft zusammenbringen.

Die von der HNEE und dem Fachverband für ökologische Landwirtschaft (FÖL) organisierte Veranstaltung lockte Profi-Schafhalter

an, als auch engagierte Hobbybetriebe. Dem Grußwort von AXEL VOGEL, der in seiner Zeit als Landwirtschaftsminister maßgeblich zur Wiederaufnahme der Mutterschaftprämie beitrug und das Thema Schafhaltung als gesellschaftlich und agrarpolitisch relevant einordnete, folgte ein vielfältiges Fachprogramm.

Beiträge aus der Konsumforschung trafen auf Praxisimpulse zur Vermarktung von Schaffleisch (Kleine Schäferei Biesenbrow, Biohof Bärwolf) sowie zur Nutzung von Schafwolle (Vauno, Iykkefarm). Erfolgreiche Kom-

munikation und Vermarktung zeigte das Beispiel Weidewonne. Workshops boten Raum für kollegiale Beratung, Social-Media-Strategien, Außenwirkung und eine gemeinsame Bestandsaufnahme der aktuellen Schafhaltungssituation. Deutlich wurde, die Kommunikation über die gesellschaftlichen Mehrwerte der Schafhaltung – von Biodiversität über Landschaftspflege bis hin zu regionalen Wertschöpfungsketten – spielt eine zentrale Rolle für die wirtschaftliche Zukunft der Betriebe.

Zum Abschluß stand fest: »Es braucht eine Imagekampagne für das Schaf!«

ULRICH WESSOLLEK | 17

Sehr enttäuschend

Was die zum Tönnies-Konzern gehörende Mühlen-Gruppe hier macht, ist ein harter Schlag für die gesamte Region und eine große Enttäuschung für uns alle. Die Produktion von EBERSWALDER WURST mit all seinen sehr beliebten Fleisch- und Wurstspezialitäten in der Nähe des namensgebenden Eberswaldes war immer ein stolzes Zeichen unserer lokalen Identität. Damit bin auch ich als gebürtiger Eberswalder aufgewachsen. Es ist traurig, daß dieser Punkt und die stolze Historie der Marke Eberswalder Wurst nicht mehr Berücksichtigung in der Entscheidung des Großkonzerns als Eigentümer gespielt hat. Darüber hinaus ist gerade für alle Beschäftigten und ihre Familien das Ergebnis ein ganz persönlicher Einschnitt in ihren Leben. Ich wünsche ihnen viel Kraft für die kommenden herausfordernden Wochen.

Als Landtagsabgeordneter der Region stehe ich seit vielen Wochen dazu im Austausch mit unserer Landwirtschaftsministerin Hanka Mittelstädt. Dabei wurde von Seiten der Landesregierung auch mit dem Eigentümer der Eberswalder Wurst Produktion in Britz mehrmals ausgelotet, welche Unterstützungsmöglichkeiten es für den Standort und die Beschäftigten geben kann. Es ist extrem enttäuschend, daß sich dabei keine Lösung zum Erhalt des Werks gefunden hat, auch wenn die Landespolitik bereit gewesen wäre, intensiv in den anstehenden Herausforderungen für eine weiterhin gewinnbringende Produktion zu unterstützen.

In der aktuellen Situation ist deswegen umso entscheidender, daß der Fokus klar auf den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern liegt. Als SPD-Landtagsfraktion Brandenburg haben wir das Thema umgehend als Tagesordnungspunkt im Ausschuß für Landwirtschaft, Ernährung, Umwelt und Verbraucherschutz des Landtages Brandenburg angemeldet.

Wichtig ist, daß die Gespräche mit Betriebsrat, Gewerkschaften, Bundesagentur für Arbeit sowie den kommunalen Akteuren strukturiert geführt werden und vorhandene Unterstützungsangebote gebündelt zum Einsatz kommen. Gut, daß hier unser Wirtschafts- und Arbeitsminister Daniel Keller jetzt auch mit unterstützt.

Gerade in dieser schwierigen Lage zeigt sich Verantwortung für die Region, daß Landrat Daniel Kurth das gemeinsame Vorgehen zwischen Landkreis und Landesebene aktiv organisiert und auf enge Abstimmung drängt. Für die Betroffenen braucht es jetzt Verlässlichkeit, Transparenz und konkrete Unterstützung. Darauf muß der Schwerpunkt aller Gespräche liegen. Als Landtagsabgeordneter werde ich dies mit meinen Möglichkeiten weiter unterstützen.

KURT FISCHER

Hoffnung in der Prignitz

Perleberg (bbp). Etwa zeitgleich, als das Aus der Eberswalder Wurst in Britz bekannt wurde, schloß im westbrandenburgischen Perleberg der dortige Schlachthof seine Türen.

Fortan gibt es im Osten Deutschlands nur noch im sachsen-anhaltinischen Weißenfels einen Schlachthof. Der gehört dem Tönnies-Konzern. Genau jener Tönnies ließ zwecks »Marktbereinigung« Ende Februar den Eberswalder Traditionsbetrieb schließen.

In Perleberg indes gibt es noch eine vage Hoffnung, wie kürzlich die Bauernzeitung berichtete. Dort haben sich knapp ein Dutzend Schweinehalter aus Nordbrandenburg und dem südlichen Mecklenburg-Vorpommern zusammengetan, um als Erzeugergemeinschaft den im Dezember 2025 stillgelegten Betrieb zu übernehmen und weiterzuführen. Laut deren Sprecher MARIO ORTLIEB sind die Landwirte bereit, einen großen Teil des Kaufbetrags in einstelliger Millionenhöhe bereitzustellen und auch für die Restfinanzierung durch eine Bank liegen die Zusagen vor. Die für einen wirtschaftlichen Betrieb notwendige Auslastung von 40 Prozent, könne garantiert werden, heißt es seitens der Erzeugergemeinschaft.

Ein kritischer Punkt ist der hohe Liquiditätsbedarf in der Anlaufphase. Die Schweine müssen eingekauft werden, Kosten für Löhne, Sozialversicherungsbeiträge und Veterinäre fallen an, der Handel muß beliefert werden. Für sechs bis acht Wochen werde eine Anschubfinanzierung gebraucht. Hier sei die Landesregierung gefragt, die allerdings eine Förderung von einem schlüssigen Betreiberkonzept abhängig macht.

Während die technischen Bedingungen im Schlachthof und auch das nötige Personal einschließlich der Veterinäre in Perleberg für einen sofortigen Wiederbeginn bereitstehen, fehlt noch ein Betreiber. Aus der Erzeugergemeinschaft ist dazu niemand in der Lage. Um einen Schlachthof zu leiten und für einen wirtschaftlich und technisch reibungslosen Betriebsablauf zu sorgen, braucht es spezifische Erfahrungen, Kenntnisse und Fähigkeiten. Angesichts der Größe des Perleberger Betriebs komme dafür nur ein etabliertes, mindestens mittelgroßes Schlachthofunternehmen in Betracht, was den Kreis möglicher Kandidaten überschaubar macht. Die Zeit drängt, sagt Mario Ortlieb. Wenn es nicht bis Ende März, Anfang April gelinge, »Perleberg wieder in die Spur zu bringen, sinken die Chancen gegen Null«.

Mario Ortlieb, der die Verhandlungen der Erzeugergemeinschaft in Perleberg koordiniert, ist selber Landwirt in der Prignitz, gehört aber der Erzeugergemeinschaft nicht an. Die Schweinemäster wollen mit ihrem Namen in der Deckung bleiben, denn einige von ihnen lassen derzeit bei Tönnies in Weißenfels schlachten. Sie befürchten negative Konsequenzen, wenn sie sich öffentlich gegen den Monopolisten Tönnies stellen.

Die vor der Entlassung stehenden Beschäftigten der Eberswalder Wurst in Britz kennen dessen Geschäftsgebaren. Von einer Fortsetzung der Produktion können sie bestenfalls träumen. Für die bald ehemaligen »Eberswalder« könnte politischer Druck auf den Tönnies-Konzern bestenfalls die Abfindungsregelungen geringfügig verbessern.

Britzer Trauerfeier im Video



Britz (bbp). Mehrere Hundert Menschen kamen am »Valentinstag« zur »Trauerfeier« nach Britz, um vor dem Werktor des einstigen Schlacht- und Verarbeitungskombinats Eberswalde (SVKE), zuletzt »Eberswalder Wurst«, ihre Trauer und Wut über die Entscheidung des Fleisch-Milliardärs Tönnies zu artikulieren, der drei Jahre nach Übernahme Ende Februar das Werk schließen ließ.

Neben Thomas Gädicke, dessen Rede zur Trauerfeier wir nebenstehend wiedergeben, ergriff auch der Gewerkschafter Uwe Ledwig das Wort. Er hatte 1991 mit seinem ersten Tag als hauptberuflicher Gewerkschafter sofort mit dem Betrieb in Britz zu tun.

Beide Reden gibt es im Internet als Video zu sehen und zu hören:
youtube.com/watch?v=noyvIHFwntQ/

Fünf nach Zwölf in Britz – eine Trauerrede:

Bewahrt Euch die Solidarität

von Thomas Gädicke

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Liebe Trauergemeinde!

»Eberswalder«, steht für Bekanntheit, für Qualitätsprodukte, ostdeutsche Identität.

Hier, auf dem diesem Fleck Erde, auf dem wir uns befinden, gab es landwirtschaftliche Nutzfläche, Kartoffel- und Rübenacker. Als Schulkinder sammelten wir Steine und Kartoffeln, um mit dem verdienten Geld Klassenfahrten zu finanzieren. Das war vor 1972.

Die von Euch, die sich rückbesinnen, wissen noch, wie es war als Tag und Nacht ununterbrochen Kolonnen von W50-LKW durch Britz fuhren. Sämtliche Bauteile kamen über die Autobahn, durch Golzow und Britz-Dorf hindurch. Viele jugoslawische Gastarbeiter – die Geschehnisse bei Antje in der Dorfkneipe. Es ging die Post ab. Damals kam der Westen zu uns in die Region.

Weil sich damals eine Dorfschöne und ein Jugoslawe verliebten, der Jugoslawe Assim mit einem Dienstfahrzeug, ein VW-Pritsche mit Doppelkabine, hier aufenthalts erlaubt war, der Bruder der Dorfschönen an einem Wochenende das Fahrzeug nutzen durfte, fuhr ich mit, in einer 6-Mann-Dorfclique nach Potsdam, um uns Schloß Sanssouci anzuschauen. Meine erste Fahrt mit einem Westauto.

Die Machthaber im Staate DDR versuchten sich an einer vollkommenen einmaligen Industriestruktur. Schweinemast, Futterbereitstellung, Wohnungsbau, Schlachtung und Verarbeitung, Infrastruktur, Versorgung der Bevölkerung – in einer Größenordnung, die es so in Europa noch nicht gab.

Das Besondere am SVKE war nicht nur die Hülle für den produktiven Bereich. Die Technologie und die Maschinen waren teils modernste »Westtechnik«. Erinnert Euch an den Strichcode-Scanner für die Einlagerung ins dynamische Lager. Aus heutiger Sicht erscheinen die Probleme logisch. Osttechnik und Westtechnik waren nicht kompatibel. Allein die nachgemachten PVC-Kollis. Sie hatten nicht die geforderten Eigenschaften, die die dynamischen Regallager vorgaben.

Bis 1989 wuchs die Region um Eberswalde wirtschaftlich enorm. Die politische Wende brachte eine arbeitsrechtliche Neuordnung, westlich angepaßt. Arbeiter- und Bauernstaat, Vergangenheit.

Dank der guten und intensiven Unterstützung durch die Gewerkschaft Nahrung Genuß Gaststätten (NGG), den Solidaritätsbekundungen der Gewerkschaftsmitglieder aus den BRD-Betrieben die in der NGG organisiert sind, konnte ein Betriebsrat (BR), eine Arbeitnehmervertretung, vor der rechtlichen Zuläs-

sigkeit, gegründet werden. Spontan fallen mir Namen der »ersten BR-Stunden« ein: Karin Leuschner, Eberhard Hoppe, Erhard Bengelsdorf, Jürgen Nicodem. Schulungen im Arbeitsrecht, Rechte und Pflichten des Betriebsrats, alles war neu.

Aufpassen, Profit ist Gier, Ausbeutung pur.

Auch die DDR-Oberen haben die Wirtschaftlichkeit primär betrachtet. Doch der soziale Aspekt, die Wertschätzung der Werktätigen, ist das, was in Erinnerung verblieben ist.

Mit der Entstehung des SVKE, bis zur politischen Wende gab es eine Tankstelle, eine Betriebsfeuerwehr, eine Kampfgruppe zum Schutz vor dem Feind aus dem Westen, Friseur, Freibank, Sparkasse, Verkaufsstelle, Arztpraxis, Zahnarztpraxis, Sauna, Kinderferienlager, FDGB-Reisebüro, Staatssicherheit, Parteiführung, Überstunden-Barauszahlung, Lehrlingswohnheim, Berufsschule, Frauenruhe-raum, Haushaltstag, Jahresendprämie ...

Alles aufgezählt? Bestimmt war da noch weiteres, das nicht ins Schema der »sozialen Marktwirtschaft« paßt.

Mit den – für uns – »neuen« Gesetzen wurden innerbetriebliche Strukturen aufgebrochen. Die soziale Marktwirtschaft ist rücksichtslos.

Die Mitgliedschaften im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) des SVKE gingen damals nahtlos in die NGG über. Die daraus entstandenen, langen Zugehörigkeiten, werden in der NGG-Zeitung »Einigkeit« stets würdevoll erwähnt. Mit 70 Jahren Zugehörigkeit, wird der Name meiner Schwiegermutter in diesem Jahr dazu gehören.

Von 1989 bis 2022 erlebte ich vier Eigentümergesellschaften und Führungswechsel. In Erinnerung habe ich noch die Abschaffung des Heizhauses mit der Umstellung auf Gas, den Rückbau der Anschlußbahn, die Einstellung der Konservenproduktion, die Einstellung der Fettschmelze, die Anschaffung des Pasteurs und und und. Das sind technische Umstrukturierungen, stets gewinnorientiert, Gewinnmaximierung. Damit einher bedeutet es Personalkostensenkung.

Eine gute und hohe gewerkschaftliche Organisation gab es in den ersten Umbruchjahren. Mit Begeisterung ließen sich Beteiligungen an Demonstrationen in Bonn und Berlin organisieren. Argumente der Geschäftsführer, die Lohnerhöhungen naturgemäß abzulehnen, wurden stets mit aktuellem Marktgeschehen gekontert. Der Wirtschaftsausschuß und die Gewerkschaft NGG kannten die Zahlen und erforderten ein zähes Verhandeln. Im Nachhinein zogen die Beschäftigten dennoch

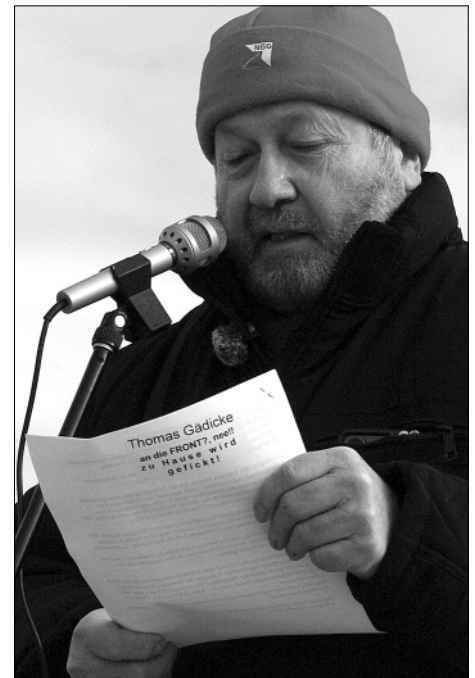


Foto: Gerd Marmann

stets den Kürzeren. Argumente, wie »Letzter Sargnagel« oder »Wir sitzen alle im selben Boot«. Kompromisse, die stets mit dem Verlust an Arbeitsplätzen einher gingen.

Weil in der Fleischbranche jeder Krauter für sich agiert, versuchte man schon vor der Ära Krone durch Regionalität eine Win Win Bewirtschaftung. Politische »Verbrechen« wie Werkverträge-Leiharbeit gingen stets zu Gunsten der Unternehmenseite aus.

Der Beginn des Sterbens kann schon mit der Schließung der nahe gelegenen Schweinemast in Lichterfelde im Jahr 1990 in Zusammenhang gebracht werden. Luftlinie circa vier Kilometer. Der damalige Bundeslandwirtschaftsminister Ignatz Kichle und leider auch der damalige Ministerpräsident von Brandenburg Manfred Stolpe entschieden, daß ab einem Sichttag keine Sau mehr besamt wird.

Damals mußten auch diese Beschäftigten eine neue Tätigkeit suchen. Die einstigen hohen Beschäftigungsraten unserer Region in RAW, Kranbau, Walzwerk, Rohrleitungsbau, Chemische Fabrik, Papierbude, Gastronomie und Hotellerie – alles Geschichte. Machen wir uns nichts vor, die Welt ist kapitalistisch. Denken wir mal an das Bäckerhandwerk, an den Schuhmacher, an den Scherenschleifer. Umbrüche wird es immer geben.

Wer den Entschluß faßte, sich auf dem Arbeitsmarkt umschaute, ermutigt durch Uwe Ledwigs regelmäßige Aussagen bei Betriebsversammlungen, »es gibt hier keine wirkliche Perspektive für auskömmlichen Lohn, der auch eine auskömmliche Rente sichert«, hatte sich in vielen Fällen im Lohn verbessert. Die Geschäftsführungen sahen in dieser Aussage meistens die »Störung des Betriebsfriedens«.

Bewahrt Euch den Solidaritätsgedanken! Allen wünsche ich eine neue, erfolgreiche Perspektive.

Neue Geschäftsidee:

Das »HoHaMe«

»Holz-Handel Mehnert«

In unserer Winterausgabe hatten wir Hinweise wiedergegeben, wonach der Kauf des HoKaWe durch den Landkreis möglicherweise scheitern würde. Diese Hoffnung der HoKaWe-Kritiker erfüllte sich nicht.

Der Landkreis hat – mit seinen Kreiswerken als Akteur – sowohl das HoKaWe als auch das benachbarte Pelletierwerk gekauft und betreibt beide weiter. Die lokale Tageszeitung »informierte«: Es wird nur Restholz, Schadholz, Baumschnitt ... verbrannt; aus einem Umkreis Radius 150 km. Die Abwärme wird für die Versorgung großer Wohngebiete in Eberswalde genutzt. Durch die Nutzung des nachwachsenden Brennstoffs Holz wird der Landkreis CO₂- und klimaneutral.

Dazu sagt JOHANNES MADEJA, der den Betrieb des HoKaWe seit vielen Jahren kritisch begleitet, folgendes:

So viel »Brennholz«, wie das HOKAWE braucht, fällt gar nicht an. Die Abwärme ist noch für Jahre nicht nutzbar (nicht ausreichende Qualität, es gibt kein Fernwärmenetz, zu große Entfernungen). Die Klimaneutralität ist ein Schwindel, der auf einer (noch geltenden) EU-Richtlinie beruht. Man kann 150 000 Tonnen CO₂-Ausstoß pro Jahr nicht glaubhaft als CO₂-Einsparung ausweisen. Die EU-Richtlinie »wackelt«. Wenn sie zu Fall gekommen ist (was absehbar ist), dann entfällt die Subvention der erzeugten Elektroenergie und es ist CO₂-Abgabe zu zahlen. Der Betrieb des Holzkraftwerks ist dann kein »Geschäft« mehr.

Die Kreiswerke wissen natürlich um diese »Gefahr« und haben nun ein neues Geschäftsfeld für sich entdeckt, den Holzhandel. Christian Mehnert, Geschäftsführer der Kreiswerke und des HoKaWe, hat den Stadtverordneten ein Bild von einem Güterzug mit Stammholz gezeigt und mitgeteilt, daß er Stammholz (aus Privatwald!) an Sägewerke liefert. Das bringt mehr Gewinn als die Verbrennung.

Vielleicht heißt ja dieser Teil der Kreiswerke dann demnächst HoHaMe (Holzhandel Mehnert). Nun wissen wir – »Dank« an Zwischenhändler Mehnert – warum Bretter, Bohlen, Leisten im Baumarkt so teuer geworden sind.

Hoffnungen für Waldkita

Eichhorst (bbp). Nach Redaktionsschluß erreichten uns Informationen, wonach sich die Schorfheider Gemeindevertreter fraktionsübergreifend auf eine Art Fahrplan einigen konnten, der konkrete Maßnahmen zum kurz- bis mittelfristigen Erhalt der Waldkita »Löwenzahn« in Eichhorst beinhaltet. Über Einzelheiten werden wir voraussichtlich in unserer nächsten Ausgabe informieren.

Kein unabwendbares Schicksal

Die Schließung des Eberswalder Wurstwerks in Britz ist kein unabwendbares Schicksal, sondern das Ergebnis einer knallharten Konzernentscheidung. Rund 500 Beschäftigte verlieren ihren Arbeitsplatz, ein ganzer Standort wird aufgegeben, während die Marke »Eberswalder Wurst« weiter Geld einbringen soll, nur eben nicht mehr in unserer Region. Der TÖNNIES-KONZERN bzw. seine Tochter ZUR-MÜHLEN-GRUPPE hat den Betrieb erst 2023 übernommen. Verbunden damit waren Erwartungen auf Investitionen, Zukunftssicherung und den Erhalt von Arbeitsplätzen. Doch statt einer echten Perspektive blieb der Standort weitgehend ohne nennenswerte Modernisierung. Heute heißt es dann, der Betrieb sei wirtschaftlich nicht mehr tragfähig. Wer aber nicht investiert, darf sich über fehlende Wirtschaftlichkeit nicht wundern, so wird eine Schließung künstlich »alternativlos« gemacht.

Offiziell verweist das Unternehmen auf steigende Kosten und veränderte Märkte. Das mag auf den ersten Blick plausibel klingen. Doch es blendet aus, daß Konzerne wie Tönnies Strukturen bündeln, Standorte gegeneinander ausspielen und regionale Betriebe

schließen, sobald sie nicht mehr ins zentrale Kalkül passen. Die Marke bleibt, die Menschen bleiben zurück.

Besonders bitter ist der Umgang mit den Beschäftigten beim Sozialplan. Durch die Übernahme über eine Tochtergesellschaft greift eine Ausnahmeregelung im Betriebsverfassungsgesetz, die eigentlich für Neugründungen gedacht ist. Obwohl der Standort seit Jahrzehnten besteht, wird er formal wie ein junger Betrieb behandelt, mit deutlich weniger Schutz für die Belegschaft. Dieser juristische Trick ist legal, wird hier aber gezielt genutzt, um soziale Verantwortung zu umgehen. Die Folge: minimale Abfindungen, geringe Absicherung, kaum Perspektiven für viele langjährig Beschäftigte.

Für uns als BSW Barnim ist klar: Regionen dürfen nicht der Konzernlogik geopfert werden. Wer Betriebe übernimmt, muß Verantwortung für Menschen und Standorte tragen. Unsere Solidarität gilt den Beschäftigten in Britz! Unsere Kritik richtet sich gegen eine Konzernlogik, bei der Rendite wichtiger ist als Menschen und regionale Verantwortung!

BSW-Kreisverband Barnim

HoKaWe im Kreisbesitz

Eberswalde (bbp). Die Hoffnungen der HoKaWe-Gegner auf ein Scheitern des Kaufes durch die Kreiswerke (BBP Winter/2026) waren alsbald zerplatzt. Die Verhandlungen hätten lange gedauert, aber »jetzt ist der Deal besiegelt«, verkündete die lokale Tageszeitung in ihrer ersten Ausgabe im neuen Jahr. Das Holzkraftwerk einschließlich des Pelletierwerkes seien seit dem 1. Januar Kreiswerke-Eigentum.

Es soll »zum wärmenden Herz der Waldstadt werden«, gibt das Blatt die »Visionen« von Kreiswerkechef CHRISTIAN MEHNERT wieder. Das Ziel, den Landkreis Barnim perspektivisch zu 100 Prozent unabhängig von fossiler Energie zu machen und autark zu versorgen, verfolgt der Landkreis seit vielen Jahren.

Zwar wird beim Verbrennen von Holz Kohlendioxid freigesetzt, aber laut EU-Richtlinien

gilt die aus der Holzverbrennung gewonnene Energie als erneuerbar, weil Holz ja nachwächst – auch wenn das seine Zeit dauert. Emmissionen bei Transport und Bearbeitung des Holzes werden ohnehin ausgeblendet.

Ein wichtiges Argument für die neuen HoKaWe-Eigentümer bildet die beabsichtigte Nutzung der Abwärme als Fernwärme für verschiedene Wohngebiete in Eberswalde. Der alte Eigentümer hatte angesichts der enormen Investitionskosten für den Wärmetransport die Finger davon gelassen. Hierzu gab es auch seitens der neuen Besitzer noch keine öffentlichen Antworten.

Die Stadt Eberswalde hat die Nutzung der HoKaWe-Abwärme als Fernwärme in ihren Wärmeplan als Möglichkeit aufgenommen, ohne endgültige Aussagen zu treffen.

Betriebsende im März

Eberswalde (bbp). In der Automotive Finow machen in diesem März die letzten zehn Arbeitskräfte, die noch einige Nacharbeiten an alten Aufträgen erledigt hatten, das Licht aus. Der Eigentümer des 1999 auf dem Walzwerksgelände in Finow gegründeten Automobilzulieferers hatte im Vorjahr verkündet, daß er den Betrieb schließen werde.

Den Betrieb übernehmen

Zur Schließung von der Eberswalder Wurstfabrik fällt mir Folgendes ein: Warum übernehmen die Angestellten nicht selbst den Betrieb? Es gibt dort gut ausgebildete Ingenieure und Kaufleute, Produktionsarbeiter und Leitungsfunktionäre. Sie alle gemeinsam könnten es schaffen – wie Rotkäppchen.

KORNELIA LUBKE

Frieden! Rußland ist nicht unser Feind!

www.russlandistnichtunserfeind.de

Landratswahl im Fokus

Klausurtagung der SPD Barnim in Bernau



Bernau (spd/bbp). Am 24. Januar kamen im Lindenhof Bernau Mitglieder des SPD-Unterbezirksvorstandes Barnim sowie Vertreterinnen und Vertreter der Barnimer SPD aus Kreistag, Landtag und Bundestag zusammen, um zentrale politische Themen und kommende Herausforderungen zu beraten. Im Fokus standen dabei der anstehende Landratswahlkampf sowie der Besuch von RENÉ WILKE (Brandenburgischer Innenminister).

Der Vorsitzender der SPD Barnim KURT FISCHER berichtete über den Stand der Koalitionsverhandlungen mit der CDU auf Landesebene und ordnete diese aus Sicht sozialdemokratischer Perspektive ein. Ebenfalls anwesend war Landrat DANIEL KURTH, der als gemeinsamer Kandidat von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke erneut zur Wahl am 19. April antritt. Erörtert wurden Fragen der Koordinierung des Wahlkampfes sowie konkrete Unterstützungsformate in den Städten und Dörfern durch die örtliche SPD.

»Das Herz der politischen Arbeit liegt in unseren Kommunen, in den Landkreisen und Gemeinden«, stellte Fischer fest. »Dank eines Landrats mit SPD-Parteibuch an der Spitze der kommunalen Verwaltung haben wir viel erreicht: Rekordinvestitionen in unsere kommunale Bildungslandschaft, die Einführung des

kostenlosen Schülerverkehrs, stetig anwachsende Förderungen in den Bereichen Kultur, Ehrenamt, Kinder und Jugend, Sport und Katastrophenschutz, über 2,5 Millionen Euro jährliche Investitionen in die ländlich geprägten Teile unseres Landkreises, die weitere Stärkung unserer Kreiswerke und eine weiter ausgebauten Vorreiterrolle des Barnims bei Erneuerbaren Energien und innovativen Wirtschaftsideen.«

Daniel Kurth ergänzte: »Damit das so bleibt, gehen wir selbstbewußt, entschlossen und mit klarer Haltung in den Wahlkampf. In den kommenden Wochen kommt es darauf an, sichtbar zu sein, Gespräche zu führen und deutlich zu machen, wofür wir stehen: für einen sozialen, sicheren und zukunftsfesten Barnim. Dafür werden wir mit voller Kraft werben – auf der Straße, im Netz und im Gespräch vor Ort. Denn die Geschichte dieses Landkreises ist eine erfolgreiche und das soll so bleiben.«

Beim Austausch mit Innenminister René Wilke standen die innere Sicherheit im Land, der Schutz der Verfassung, der Umgang mit Social-Media-Plattformen und neue Anforderungen an politische Kommunikation sowie aktuelle kommunale Themen im Mittelpunkt. Man war sich einig, daß »die SPD Brandenburg ihren Kurs als verwurzelte Kommunalpartei weiterführen und stärken muß«.

Woidke stürzt Land ins politische Chaos

Die Beteuerungen und deutungsschweren Gesten des Ministerpräsidenten können nicht darüber hinwegtäuschen: Er stürzt Brandenburg ins politische Chaos. Neuwahlen sind in dieser Situation unausweichlich.

Das Entstehen der gescheiterten SPD/BSW-Koalition geht lückenlos auf das Handeln und Betreiben des Ministerpräsidenten zurück. Daher steht auch er in der Verantwortung, Konsequenzen zu ziehen, die darin bestehen müssen, die Bürger erneut um ihr Mandat zu bitten. Äußerungen wie, daß man die Zeit nicht mit Wahlkampf »verplempern« könne und sein Ziel »nicht Wahlen« seien, sind demokratisch beunruhigend.

Zugleich agiert Woidke entweder unehrlich oder planlos. Seine Darstellung, er habe keine Gespräche mit der CDU geführt, ist mehr als unglaublich. Sollte dem wirklich so sein, wäre das Verhalten zumindest planlos, was genauso schwer wiegt.

Ja, es ist zutreffend, daß das Land vor großen Herausforderungen steht. daß dann aber ausgerechnet der Ministerpräsident keine Vorbereitungen zur Herstellung stabiler Zustände getroffen haben will und wie ein Basarhändler unvorbereitet in die Suche nach neuen Optionen stolpert, zeugt von geringer Glaubwürdigkeit.

PÉTER VIDA

FDP-Neujahrsempfang

Eberswalde (bbp). Der »Blick auf Freiheit und Zusammenarbeit aus der politischen Mitte« stand laut FDP-Mitteilung im Mittelpunkt des Neujahrsempfanges der Liberalen im Kreis Barnim und der Stadt Eberswalde. Immerhin kamen gut 30 interessierte Gäste zusammen, um über politische Schwerpunkte und Herausforderungen des neuen Jahres zu diskutieren.

WENKE SURAU (stellv. Kreisvorsitzender) und CHRISTOPH MASKOW (Stadtverordneter und stellv. Ortsvorsitzender in Eberswalde) resümierten das vergangene Jahr und skizzierten im Ausblick anstehende Vorhaben auf städtischer und Kreisebene sowie die im April bevorstehende Landratswahl. »Wir stehen für Fortschritt statt Stillstand und für eine Politik, die zuhört und den offenen Austausch in den Mittelpunkt stellt«, sagte Surauf.

Sodann übernahm DANIEL SAUER (CDU) das Geschäft. Er stellte seine Ziele für den bevorstehenden Landratswahlkampf im Landkreis Barnim vor und hob dabei insbesondere die erstmalige gemeinsame bürgerliche Liste von FDP, CDU und BVB/Freie Wähler hervor, die im Wahlkampf ihre Kräfte bündele und ihn mit gemeinsamen Themen als »Bürgerlandrat« unterstütze.

Zugleich machte Sauer deutlich, daß aus seiner Sicht im aktuellen Bundestag die liberale Kraft der FDP fehle, die Freiheit, Eigenverantwortung und wirtschaftliche Vernunft konsequent vertrete. Die FDPler im Publikum fühlten sich geschmeichelt.

Als FDP-Promi hatten die Barnimer Liberalen die stellvertretende Ministerpräsidentin von Sachsen-Anhalt, Dr. LYDIA HÜSKENS, nach Eberswalde geholt. Ihre Rede war laut der FDP-Mitteilung der »Höhepunkt des Abends«. Hüskens, zugleich Ministerin für Infrastruktur und Digitales des Landes Sachsen-Anhalt, sprach offen über bestehende Defizite bei der Digitalisierung der Schulen sowie über Herausforderungen in der Infrastruktur und im öffentlichen Personennahverkehr. Gleichzeitig warnte Hüskens vor einer zunehmenden staatlichen Bevormundung und warb für mehr Freiheit, Eigenverantwortung und Selbstbewußtsein in der politischen Debatte. Darüber hinaus regte sie die Anwesenden dazu an, das eigene Leben mutig und selbstbestimmt nach individuellen Vorstellungen auszurichten.

Der FDP-Kreisvorsitzende MARTIN HOECK zeigte sich mit dem Empfang sehr zufrieden. »Es wurde deutlich, daß wir im Barnim eine sichtbare politische Kraft sind. Dies unterstreicht auch unseren Anspruch, bei der Landratswahl am 19. April 2026 gemeinsam mit CDU und BVB/Freien Wählern einen eigenen Kandidaten aufzustellen. In der Vergangenheit waren wir hier nur Zaungast, diesmal sind wir mittendrin.«

Warum der Barnim mehr Zusammenhalt braucht

ANDREAS BERGENER, der parteiunabhängige Kandidat für das Amt des Landrates, im Gespräch

Herr Bergener, vielen Dank, für Ihre Bereitschaft, Ihre Gedanken den Leserinnen und Lesern der »Barnimer Bürgerpost« darzulegen. Warum wollen Sie sich das antun und Landrat im Barnim werden?

Ich wohne hier mit meiner Familie seit über 20 Jahren. Seit rund zehn Jahren bin ich Mitglied der Gemeindevertretung Melchow sowie des Amtsausschusses des Amtes Biesenthal-Barnim. Ich kenne die Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Kreisverwaltung und Landrat aus praktischer Perspektive. Deshalb glaube ich, daß unser Landkreis jemanden braucht, der Verantwortung übernimmt und die Dinge zusammenführt. Eines ist klar: die nächsten Jahre werden nicht einfach – finanziell, organisatorisch und gesellschaftlich. Da hilft kein Dauerstreit, kein Lagerdenken, sondern ruhige, verlässliche Arbeit.

Viele Jahre habe ich in verantwortlichen Funktionen gearbeitet und weiß, daß man nicht alles versprechen kann – aber man kann ehrlich arbeiten, gut vorbereiten und Entscheidungen nachvollziehbar treffen. Genau das möchte ich für den Barnim tun.

Was unterscheidet Sie da von anderen Kandidaten?

Ich verspreche keine großen Schlagzeilen, sondern verlässliche Arbeit. Ein Landrat ist Chef der Kreisverwaltung. Er muß zuhören, vermitteln, aber am Ende auch entscheiden. Und für diese Entscheidungen einstehen. Mein Leitgedanke ist einfach: Weniger Streit. Mehr Barnim.

Sie treten als unabhängiger Kandidat an. Also ohne die Unterstützung durch eine Partei. Warum dieser Weg?

Weil ich finde, daß das Amt des Landrates kein Parteiamt ist. Der Landrat muß mit allen zusammenarbeiten – unabhängig von Parteifarben. Mit Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, mit Unternehmen, mit Vereinen und Initiativen.

Wenn man parteiunabhängig ist, steht man nicht zwischen Lagern. Man steht zwischen den Menschen. Und genau dort sehe ich die Aufgabe.

Viele Bürgerinnen und Bürger erleben Politik als Streit, der oft wenig konstruktiv daherkommt. Wie sehen Sie das?

Viele Menschen sind davon genervt, das kann ich gut verstehen. Wenn man sich den aktuellen Wahlkampf anschaut, sieht man ja wieder, wie hart die Parteien miteinander umgehen. Man bemerkt den unversöhnlichen Ton im Wahlkampf. Zuspitzung gehört bis zu einem gewissen Grad dazu – aber danach muß wieder konstruktiv gearbeitet werden.

Wenn man beobachtet, wie sich Parteien im Wahlkampf bekämpfen, fragt man sich er-



staunt, wie sie danach eigentlich noch zusammenarbeiten wollen. Will ein Lager unbedingt gewinnen, so werden die anderen automatisch zu Verlierern – diese Logik müssen wir zum Wohle unseres Barnim aufbrechen.

Für mich ist klar: Der Kreistag ist kein Ort für Berliner oder Potsdamer Grundsatzdebatten. Hier geht es um Schulen, Straßen, Verwaltung, um die finanzielle Stabilität unseres Landkreises. Es geht um den Barnim – nicht um Parteiprogramme. Ideologische Programmatik hilft uns auf Kreisebene nicht weiter. Wir brauchen pragmatische Lösungen, die funktionieren und finanzierbar sind.

Es wäre naiv zu glauben, man könne einen Landkreis mit Parteitagalogik führen. Ich weiß sehr genau, wie Verwaltung funktioniert – und auch, wo ihre Grenzen liegen. Ein Landrat kann nicht einfach durchregieren. Er ist an Recht, Haushalt, Beschlüsse des Kreistages und an die staatliche Aufsicht gebunden. Wer das nicht ernst nimmt, wird schnell merken, wie eng der Handlungsspielraum tatsächlich ist.

Wie wollen Sie diese engen Handlungsspielräume ausnutzen und vielleicht sogar aufbrechen?

Gerade deshalb spreche ich von Kooperation und Sachlichkeit. Nicht, weil ich Konflikte ausblende – sondern weil ich weiß, daß man Mehrheiten nur bekommt, wenn man gut vorbereitet, transparent argumentiert und Vertrauen aufbaut.

Ein Landrat ist kein Parteivorsitzender. Er ist Verwaltungschef. Er muß moderieren, vermitteln, aber am Ende auch entscheiden und Verantwortung tragen.

Ich halte es nicht für naiv, auf Zusammenarbeit zu setzen. Ich halte es für realistisch. Denn der Landkreis funktioniert nur, wenn Verwaltung und Kreistag konstruktiv arbeiten

– nicht, wenn sie sich dauerhaft im Wahlkampfmodus befinden.

Was sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten Aufgaben des neuen Landrates?

Die Finanzen sind ein großes Thema. Wir müssen darauf achten, daß der Landkreis dauerhaft handlungsfähig bleibt. Das heißt: sorgfältig wirtschaften, Prozesse prüfen, Prioritäten setzen.

Gleichzeitig dürfen wir nicht vergessen, daß Verwaltung für die Menschen da ist. Verfahren müssen verständlich und praktikabel sein. Und die Zusammenarbeit mit den Kommunen muß auf Vertrauen basieren.

Was beabsichtigen Sie konkret? Könnten Sie das anhand von drei Beispielen aus Ihrem Programm veranschaulichen?

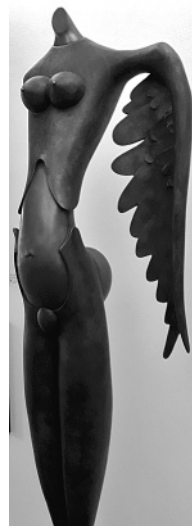
Erstens: Verwaltung handlungsfähiger machen. Ich will Entscheidungswege verkürzen und Zuständigkeiten klarer regeln. Das bedeutet: weniger interne Reibungsverluste, mehr Transparenz, schnellere Verfahren. Bürger und Unternehmen sollen wissen, wer zuständig ist – und verlässliche Antworten bekommen. Eine Kreisverwaltung muß Partner sein, nicht Hürde.

Zweitens: Haushaltsstabilität sichern. Die finanzielle Lage des Landkreises verlangt Disziplin und Prioritätensetzung. Ich werde Ausgabenstrukturen überprüfen, Prozesse effizienter gestalten und Investitionen klar priorisieren. Ziel ist nicht pauschales Sparen, sondern dauerhafte Handlungsfähigkeit.

Drittens: Zusammenarbeit stärken. Ich möchte die Kooperation zwischen Kreis, Kommunen, Wirtschaft und Ehrenamt auf eine verbindlichere Grundlage stellen. Regelmäßige Abstimmungen mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern, transparente Kommunikation mit dem Kreistag und ein klarer Dialog mit Unternehmen gehören für mich dazu. Der Landkreis funktioniert nur, wenn alle Ebenen konstruktiv zusammenarbeiten.

Am Ende geht es nicht um einzelne Schlagworte, sondern um einen funktionierenden Landkreis. Mein Ziel ist eine Verwaltung, die führt, koordiniert und verlässlich entscheidet – ruhig, sachlich und lösungsorientiert.

Herr Bergener, Ordnung, Schutz vor Kriminalität, pauschal mit dem Wort Sicherheit umschrieben, sind



FOTOS (3): JÜRGEN GRANITZOW

die Lieblingsthemen bestimmter Parteien. Welches Gewicht messen Sie diesem Thema bei?

Sicherheit ist keine ideologische Frage – sie ist Voraussetzung für Lebensqualität. Menschen müssen sich in ihren Orten, auf Wegen und Plätzen sicher fühlen können. Tagsüber wie abends. In der Stadt genauso wie im Dorf.

Für mich gehört dazu eine enge und verlässliche Zusammenarbeit von Ordnungsamt, Polizei, Kommunen, Feuerwehr und Katastrophenschutz. Prävention und Präsenz sind kein Gegensatz – sie gehören zusammen. Und Zuständigkeiten müssen klar geregelt sein.

Gerade das ehrenamtliche Engagement, etwa in unseren Freiwilligen Feuerwehren, verdient Unterstützung und Respekt. Wer Verantwortung übernimmt, muß sich auf den Landkreis verlassen können.

Sicherheit heißt für mich auch: Probleme nicht kleinreden. Wenn Regeln gelten, dann gelten sie für alle. Und sie werden durchgesetzt. Das ist keine Härte, sondern Verlässlichkeit.

Im Barnim soll klar sein: Wir nehmen Sicherheit ernst – sachlich, konsequent und ohne ideologische Debatten.

Ihr Wahlkampf, Herr Bergener, unterscheidet sich deutlich von dem der anderen Bewerber um das Landratsamt. Fehlt Ihnen das Geld für große Plakataktionen?

[lacht] Nun ja, ich finanziere das privat. Aber ich bin überzeugt: Die Größe eines Kandidaten mißt sich nicht an der Anzahl seiner Plakate – deshalb schränkt mich das nicht sonderlich ein. Mir ist wichtig, daß Inhalte überzeugen – nicht die Lautstärke. Ein Landrat wird nicht danach ausgewählt, wer am häufigsten auf Litfaßsäulen zu sehen ist, sondern wem man Verantwortung zutraut. Da bin ich mir ganz sicher.

Plakate zeigen ein Gesicht, Gespräche vermitteln die Haltung. Wir setzen daher bewußt stärker auf Gespräche, Veranstaltungen und direkte Begegnungen, auf Zuhören, nicht auf Plakate kleben. Das mag weniger spektakulär sein – ist aber aus meiner Sicht nachhaltiger.

Natürlich gehören Plakate zu einem Wahlkampf dazu. Aber sie ersetzen kein Vertrauen. Und Vertrauen entsteht im persönlichen Austausch.

Was gibt Ihnen die Zuversicht?

Der Barnim hat engagierte Bürgerinnen und Bürger, starke Kommunen, viele Vereine, eine solide wirtschaftliche Basis. Und es gibt hier viel Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen.

Wenn wir es schaffen, uns auf das Gemeinsame zu konzentrieren und nicht auf das Trennende, bin ich überzeugt, daß unser Landkreis eine gute Zukunft hat.

Genau daran möchte ich mitarbeiten – gemeinsam mit allen, die Verantwortung übernehmen wollen.

Aber mal ehrlich, Herr Bergener, haben Sie als parteiunabhängiger Kandidat überhaupt eine realistische Chance? Was machen Sie, wenn es nicht klappt?

Ich trete an, um zu gewinnen – das sage ich ganz klar. Wer kandidiert, sollte Verantwortung übernehmen wollen, nicht nur an einer Wahl teilnehmen, um der Teilnahme willen.

Ich merke in vielen Gesprächen, daß der Wunsch nach einem ruhigeren, sachlicheren Umgang groß ist. Und auch deshalb trete ich an – weil ich überzeugt bin, daß viele Menschen genau diesen sachlichen, unabhängigen Stil wollen.

Wenn es gelingt, im Wahlkampf ein Stück weit zu zeigen, daß Politik auch ohne Dauerstreit und parteipolitische Reflexe möglich ist, dann ist das bereits ein Gewinn für die politische Kultur im Barnim.

Am Ende entscheiden die Wählerinnen und Wähler. Dieses Votum respektiere ich selbstverständlich.

Und selbst wenn es nicht reichen sollte: Verantwortung endet nicht mit einer Wahl. Ich werde mich weiterhin einbringen – beruflich und gesellschaftlich. Mir geht es nicht um ein Amt um jeden Preis, sondern darum, den Barnim voranzubringen.

Vielen Dank für das Gespräch.



Maerker 4.0

Eberswalde (prest-ew). Am 26. Februar wurde das weiterentwickelte Bürgerportal des Landes Brandenburg in der Version Maerker 4.0 freigeschaltet. Mit diesem Schritt erhält das System eine vollständig neue technische Basis, ein neues Aussehen und eine überarbeitete Infrastruktur. Ziel ist es, den Service für die Bürgerinnen und Bürger moderner, stabiler und nutzerfreundlicher zu gestalten.

Im Zuge der Anpassung wurden die vorhandenen Daten aus insgesamt 129 Brandenburger Maerker-Kommunen in die neue Oberfläche übertragen – auch die Daten der Stadt Eberswalde.

Mit der Änderung wird zudem die neu entwickelte Maerker-App für iOS und Android zur Verfügung stehen. Die bisherige Maerker-App wird deaktiviert und ist nicht mehr nutzbar. Die neue Maerker-App steht in den jeweiligen App-Stores zum Download bereit. Weitere Informationen zur Plattform und zur neuen Version 4.0 von Maerker gibt es unter: maerker.brandenburg.de/bb.

Militärstraße B167

Eberswalde (bbp). Vor einiger Zeit wandte sich Oskar Dietterle von der Bürgerinitiative GEGEN DIE B167NEU. FÜR UMWELT UND NATUR! an das Landesamt für Bauen und Verkehr, zwecks Aufklärung über den Zusammenhang von Bauklassen und Einordnung als Militärstraße.

In der Antwort wird bestätigt, daß für die neue Straße entsprechend der Richtlinie für Standardisierung des Oberbaus von Verkehrsflächen 2001 (RstO 01) die Bauklasse (BK) II ausgewiesen wird. Unbeschadet dessen habe der Vorhabenträger auch andere öffentliche Belange bei seiner Planung zu berücksichtigen. Aus diesem Grund wurden im Anhörungsverfahren zur Planfeststellung auch die zuständigen Stellen der Bundeswehr beteiligt.

Hier liegt dem Landesamt eine Stellungnahme folgenden Inhalts vom 20.02.2018 dazu vor: »Die B 167 ist Bestandteil des MSGN (Militärstraßengrundnetzes) Nr. 721, die Forderungen gem. RIST (Richtlinien für Infrastrukturforderungen an Straßen) und RABS (Richtlinien für die Anlage und den Bau von Straßen für militärische Schwerverfahrzeuge) sind einzuhalten. Gemäß der Rahmenvereinbarung ... über die Einstufung bzw. Bemessung von Straßenbrücken nach militärischen Lastenklassen und die Duldung, Aufstellung und Unterhaltung von Zeichen für den Militärverkehr an Brücken und Straßen im Land Brandenburg zwischen der Bundeswehr und dem Land Brandenburg ist die Einstufung von Straßenbrücken in Militärische Lastenklassen nach STANAG 2021 vorzunehmen. Es wird darum gebeten die Unterlagen zur Einstufung, sowie Beginn und Ende der Baumaßnahme, unter Angabe der auftretenden Einschränkungen während der Bauphase, der Bundeswehr mitzuteilen.«

Weitere Informationen, die über die öffentlich im Internet einsehbaren Regelwerke hinausgehen, liegen dem Landesamt nicht vor.

Zum Militärstraßengrundnetz in der BRD gab es 2024 eine Kleine Anfrage des BSW im Bundestag (Drucksache 20/12649).

»Gerade im Zusammenhang mit der letzten NATO-Tagung und dem beschlossenen 5-Prozent-Ziel sowie dem geplanten Haushalt der Bundesrepublik scheint es ja offensichtlich zu sein«, meint Oskar Dietterle, »daß das Ziel, wofür die B 167 neu geplant ist, keineswegs nur zivil ist und daß unsere Chancen, ihren Bau zu verhindern, äußerst gering sind. Wenn wir etwas erreichen wollen, müssen wir massiv gerade gegen den Rüstungswahnsinn kämpfen.« Die Haltung von einigen Vertretern der BI Pro Waldstadt erscheine in diesem Zusammenhang »deshalb, gelinde gesagt, höchst zweifelhaft. Ich halte es sogar für existentiell wichtig, unseren Fokus zu verschieben und massiv gegen die Aufrüstung mobil zu machen. Wie Willy Brandt schon sagte: Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts.«



Foto (3): Jochen Gerz

Alte Verkehrspläne

Zuweilen räume auch ich mal auf. In alten Ordnern fielen mir Notizen in die Hände, die ich im September 1993 aufgeschrieben habe. Darüber stand »Ein Verkehrskonzept für Eberswalde«, wohl als weiterführende Gedanken zu mehreren damals im LINKEN EBERSPIEGEL (9/1993) erschienen Texten, in denen über öffentliche Diskussionen zu Verkehrsplanungen berichtet wurde. Unter anderem ging es um schon recht detaillierte Ideen für die heute als »B167neu« bekannten Straßenplanungen. Damals arbeitete der Verkehrsplaner Dr. Schneewolf im Auftrag des Landkreises an Linienführungen, die später als »Eberswalder Schwung« bezeichnet wurden. Diese Umgehungsstraße dürfe »keinesfalls vierspurig ausgeführt werden und müsse auf 70 km/h beschränkt bleiben«, führte Dr. Schneewolf aus. Als Folge könne dann die bestehende B167 zurückgebaut werden, mit »eindeutigem Vorrang für Busse und Radverkehr«. Als Folge, das sei bemerkt. (gm)

In der genannten Eberspiegel-Ausgabe vom September 1993 fand sich dieser Kommentar:

Von Grund auf umdenken!

Schön hören sich die Planungen an. Her mit der Umgehungsstraße und endlich ist Schluß mit den ewigen nervtötenden Staus auf den Eberswalder Straßen.

Doch ist es wirklich an dem? Laut statistischen Erhebungen ist es ein verschwindend geringer Bruchteil der Fahrzeuge, die wirklich eine Umgehung der Stadt benötigten, d.h. die Durchgangsverkehr sind. Das Hauptaugenmerk muß deshalb nicht darauf gelegt werden, wie der Verkehr umzuleiten und zu lenken ist, sondern wie er vermieden werden kann... Billige Einkaufsmöglichkeiten gibt es fast nur an der Peripherie der Stadt. Betriebsbusse, die die Werktätigen zu ihrer Arbeitsstelle bringen, leistet sich heute kaum einer der wenigen übriggebliebenen Betriebe noch, dafür schraubt das Arbeitsamt die »zumutbaren« Entfernungen zur Arbeitsstelle immer höher... Schon den Schülern wird durch die Einführung des zergliederten Schulsystems ab der 7. Klasse ein erhöhtes Wegepensum zugemutet...

Der »erfolgreiche Barnimer Weg«

Eberswalde (bbp). »In diesen Tagen feiern wir 35 Jahre Land Brandenburg«, heißt es in einer Mitteilung der Barnimer SPD, die im Herbst auf ihrem Unterbezirksparteitag einen »Leitantrag« beschlossen haben, der faktisch ihr Programm für die Landratswahl im April darstellt. Die Barnimer Sozialdemokraten bewerten die vergangenen 35 Jahre »trotz mancher Brüche und Rückschläge« als »eine Geschichte des Erfolges«, den sie »auch in den nächsten Jahren fortsetzen« wollen. Wir dokumentieren diese SPD-Leitsätze:

An dieser Erfolgsgeschichte haben die Menschen im Landkreis Barnim, auch schon in den »Altkreisen« Bernau und Eberswalde, kräftig mitgeschrieben. Es waren Bürgerinnen und Bürger – »Alteingesessene« wie »Zugezogene« –, Unternehmerinnen und Unternehmer, Engagierte in Sport, Kultur und Kunst ebenso wie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst bei Polizei, Schule und der Verwaltung. Der Landkreis Barnim ist heute in Gemeinschaft stark...

Im Verbund mit Partnern aus dem demokratischen Spektrum und vielen Engagierten hat unsere Kreistagsfraktion in Zusammenarbeit mit dem Unterbezirk die Weichen für eine moderne Bildungslandschaft, eine starke soziale Infrastruktur und eine klimafreundliche Zukunft gestellt. Diese Bilanz ist das Ergebnis verlässlicher sozialdemokratischer Politik: Zusammenhalt statt Spaltung, Menschlichkeit, Würde und Anstand statt Haß und Ausgrenzung, Verantwortung statt Blockade, Fortschritt mit Augenmaß für alle Regionen im Landkreis. Dafür steht nicht zuletzt auch unser Landrat Daniel Kurth. Mit der Kommunalwahl 2024 haben wir ein starkes Programm vorgelegt – nun gilt es, diesen erfolgreichen Weg weiterzugehen.

1. Wachstum mit Lebensqualität verbinden: Der Barnim wächst. Dieses Wachstum wollen wir sozial gestalten: mit bezahlbarem Wohnen, leistungsfähiger Infrastruktur und Mobilität für alle. Dabei betonen wir den Ausgleich zwischen ländlichen und städtischen Regionen – das Kreisentwicklungsbudget bleibt unser zentrales Instrument für gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Landkreis.

2. Starker Wirtschafts- und Tourismusstandort: Wir bauen unsere Rolle als Vorreiter bei erneuerbaren Energien und Wasserstoff aus und sichern Fachkräfte durch Ausbildung, Qualifizierung und Integration. Die Mittel aus dem Sondervermögen des Bundes, die im Barnim ankommen, müssen klug und gerecht verteilt werden. Mit dem Geld muß sorgsam umgegangen werden. Wir müssen daran denken, daß dies die Schulden unserer Kinder sind. Zudem wollen wir unsere touristischen Potentiale im Verbund weiter stärken – mit besonderem Blick auf die Brandenburgische Seenplatte als herausragende Natur- und Erholungsregion. Gleichzeitig darf die Förderung der Regionen ohne Anbindung an die Seenplatte nicht unterbleiben.

3. Bildung als Zukunftsaufgabe: Bildung ist der Schlüssel für Chancen und Zusammen-

halt. Mit einer umfassenden Schulbauoffensive schaffen wir moderne Lernorte... Fünf neue Schulstandorte mit einem Investitionsvolumen von mehreren hundert Millionen Euro sichern den Anspruch: beste Bildung für alle Kinder im Barnim. Die kostenfreie Schülerbeförderung bleibt dabei ein Kernbestandteil sozialdemokratischer Bildungspolitik.

4. Zusammenhalt stärken: Wir unterstützen Ehrenamt, Familien, Jugend und Senioren gleichermaßen. Mit einem starken Teilhabeplan für Menschen mit Behinderungen, Investitionen in Sport und Kultur sowie einer verlässlichen Kinder- und Jugendförderung machen wir unseren Barnim noch lebenswerter.

5. Gesundheit und Sicherheit sichern: Gesundheitsversorgung, Pflege und Katastrophenschutz bleiben Kernaufgaben des Landkreises. Wir sorgen dafür, daß Jung und Alt im Barnim verlässlich versorgt und geschützt sind.

6. Digitalisierung entschlossen vorantreiben: Eine moderne Verwaltung muß für die Menschen da sein: digital, unkompliziert und bürgernah. Wir treiben die Digitalisierung in der Kreisverwaltung konsequent voran – von der elektronischen Aktenführung bis hin zu nutzerfreundlichen Online-Diensten. Ziel ist es, daß bis 2029 alle digitalen Möglichkeiten Verwaltungsleistungen im Barnim online verfügbar sind. Die neue Arbeitswelt mit Künstlicher Intelligenz soll dem Menschen dienen und Arbeit leichter machen, nicht sie ersetzen.

7. Klimaschutz und Nachhaltigkeit: Der Barnim bleibt Vorreiter: Ausbau erneuerbarer Energien, moderne Kreiswerke, nachhaltige Mobilität. Zugleich schützen wir unsere einzigartige Natur – von der Schorfheide bis zur Barnimer Feldmark.

Unser Anspruch: Die SPD ist und bleibt die gestaltende Kraft im Barnim. Mit Daniel Kurth an der Spitze setzen wir auf Zuversicht statt Schwarzmalerei, auf Lösungen statt Schlagworte, auf Solidarität statt Egoismus.

Der Barnimer Weg ist ein sozialdemokratischer Weg – und wir wollen ihn gemeinsam weitergehen. Unser Ziel bleibt klar: Ein Landkreis, der für Zusammenhalt, Lebensqualität, soziale Sicherheit und Nachhaltigkeit steht – gestaltet von einer starken SPD.

Und: Wir stehen fest für Demokratie und Vielfalt. Gerade in einer Zeit, in der Populisten spalten wollen, sagen wir: Der Barnim bleibt ein Ort des Miteinanders, des Respekts und der Teilhabe – für alle, die hier leben.

Thema Schulkrankenschwester aktuell

Seit 2022 finanziert der Landkreis das ehemalige Pilotprojekt Schulgesundheitsfachkräfte des Landes Brandenburg im Barnim weiter. Die Zukunft dieser beiden Stellen ist ab 2027 wieder offen. Dabei hätten andere Schulen ebenfalls gern solch eine Fachkraft an ihrer Bildungseinrichtung.

Im Herbst 2021 gab es vor dem Landtag in Potsdam Demonstrationen zum Erhalt des PILOTPROJEKTS SCHULGESUNDHEITSFACHKRÄFTE. Es fielen große Worte für den Erhalt. Man wolle dafür kämpfen. Trotz aller Zahlen und überzeugenden Arbeitsnachweisen hat das Land Ende 2021 dieses von nahezu allen Bildungseinrichtungen und bildungspolitischen Organisationen geliebte Pilotprojekt mangels Haushaltsmittel eingestellt.

Nun standen die Schulgesundheitsfachkräfte an vielen Schulen des Landes ohne Zukunft da. So auch die beiden damaligen Schulkrankenschwestern im Barnim. Betroffen waren die Stellen an der Karl-Sellheim-Schule Eberswalde und am Oberstufenzentrum in Bernau. Wieder einmal wurde ein erfolgreiches bildungspolitisches Programm vom Land nicht weiter finanziert und den Landkreisen und Kommunen überlassen, ob sie dafür eigene Haushaltsmittel bereitstellen.

Es folgte damals ein Antrag von BVB/Freie Wähler und Bündnis 90/Die Grünen zwecks Bereitstellung der Haushaltsmittel für beide Stellen für das Jahr 2022. Mit dem Hinweis, das Land sei in der Pflicht, dies zu finanzieren,

machte Landrat Daniel Kurth damals nicht ganz zu unrecht deutlich, daß der Landkreis dafür keine Mittel bereitstellen sollte. Dennoch gelang es mir mit meinen Fraktionskollegen und denen von B90/Grüne damals, diesen wichtigen Antrag durchzusetzen.

Dies erfolgte auch zum Haushalt 2023/24 und mit einem fraktionsübergreifenden Antrag zum Haushalt 2025/26. Der Träger für beide Schulgesundheitsfachkräfte, die AWO Potsdam, zuvor auch Pilotprojektbetreiber für das Land, möchte – wie auch seine beiden Schulkrankenschwestern – diesmal frühzeitig wissen, wie es nach 2026 weitergeht. Im zuständigen Ausschuß für Bildung und Kultur des Landkreises hatten beide ihre eindeutigen Fakten und Zahlen schon oft dargelegt.

Anders als bei Schulen ohne diese Fachkräfte konnten so nach Hinzuziehung der Schulkrankenschwester mehr als 80 % der Schülerinnen und Schüler wieder am Unterricht teilnehmen.

Dies ist eine sehr hohe Wert und führt zu mehr Bildung und Gesundheit unserer Kinder. Unsere Lehrer werden deutlich entlastet wie auch die Eltern, welche nicht mehr zwin-

gend ihre Kinder von der Schule abholen müssen. Diese Fachkräfte übernehmen nicht nur die gesundheitliche Akut- und Unfallversorgung aller Schülerinnen und Schüler, sondern auch die medizinische Versorgung aller mit psychosomatischen Krankheitsbildern und chronischen Krankheiten wie ADHS, Diabetes, Allergien und Epilepsie.

Diese Schulgesundheitsfachkräfte sind oftmals auch erste Vertrauenspersonen bei kleinen psychosozialen Sorgen und unspezifischen Schmerzen. Mitglieder des zuständigen Ausschusses für Bildung haben bereits deutlich gemacht, diese Stellen über 2026 hinaus nicht nur zu erhalten, sondern auch auszubauen. Immerhin konnte eine dieser Stellen über das Startchancen-Programm des Landes nunmehr finanziert werden. Die nunmehr frei gewordenen Kreismittel können leider nicht für eine weitere Stelle dieser Art verwendet werden, da der letzte Beschluß dies leider nicht hergibt. Mit diesen Mitteln hätte man das bestehende Interesse weiterer Schulen im Barnim an einer Schulgesundheitsfachkraft bereits angehen können.

SVEN WELLER

Drei zusätzliche Schulsozialarbeiter-Stellen

Der Landkreis beabsichtigt, die Zahl der Schulsozialarbeiter-Stellen im Landkreis von sieben auf zehn aufzustocken. Eine entsprechende Beschlußvorlage hat die Kreisverwaltung für den Kreistag am 11. März vorgelegt. Die dafür nötigen Finanzmittel sollen aus dem Startchancen-Programm des Landes Brandenburg kommen.

In der hitzigen Debatte zum Haushalt 2023 am 7. Dezember 2022 war der Antrag zur Schulsozialarbeit von Bündnis 90/Die Grünen, BVB/Freie Wähler mehrheitlich angenommen worden. An jeder der weiterführenden Schulen des Landkreises Barnim sollten Stellen für Schulsozialarbeiter bereitgestellt werden. Dafür wurden 350.000 Euro im Jahr 2023 und 500.000 Euro 2024 bereitgestellt. Es war ein großer Erfolg für die Bildung im Landkreis, der die Notwendigkeit unterstrich, nicht nur immer auf das Land zu zeigen und zu warten, sondern auch mit eigenen kreislichen Mitteln die Schulen und damit die Bildung hierzulande zu stärken.

Die jüngsten Zahlen und Berichte im zuständigen Bildungsausschuß zeigen jedoch die dringende Notwendigkeit, die Mittel und Stellen (Vollzeitäquivalente) weiter zu erhöhen. So haben manche weiterführenden Schulen bisher keinen oder nur 0,3 bis 0,4 Stellenanteile. Ab dem 1. August 2026 kommen die Wilhelm-Conrad-Röntgen-Gesamtschule und das Gymnasium Ahrensfelde hinzu. Damit wären die bisher sieben voll finan-

zierten Stellen für 21 Schulen mehr als unzureichend. Dies machten die Mitglieder des zuständigen Ausschusses deutlich, woraufhin die Kreisverwaltung nunmehr eine Beschlußvorlage zum kommenden Kreistag im März einbringen wird, nach der drei zusätzliche Stellen geschaffen werden sollen.

Damit wären es zehn Vollzeitstellen für 21 Kreisschulen. Die zusätzlichen drei Stellen sollen über das Startchancenprogramm des Landes mit jährlich 220.000 Euro für die kommenden Jahre bis 2034 finanziert werden.

Für eine wirkliche Hilfe durch Schulsozialarbeiter an unseren Schulen sind jedoch deutlich mehr Stellen erforderlich. Manche Schulen haben mehr als 500 Schülerinnen und Schüler. Eine Halbtagskraft an jeder Schule kann dem Bedarf nicht gerecht werden. Mehr als ein kurzes Gespräch mit den Schülern ist so kaum möglich. Eine Entlastung der Lehrkräfte und bei Elterngesprächen werden damit weiterhin kaum bis gar nicht ermöglicht.

Im Zuge des 2022er Antrages gab es bereits Überlegungen, diese Stellen nach und nach auszubauen. Daß die Kreisverwaltung hier ei-

ne schnelle und zielführende Lösung mit Landesmitteln umsetzen möchte, ist löblich. Aufgabe muß jedoch sein, daß jeder weiterführenden Schule im Landkreis eine Vollzeitstelle zur Verfügung gestellt wird.

Die aktuelle Situation ist ganz klar unbefriedigend und nicht zielführend. Es werden hohe kreisliche Haushaltsmittel ausgegeben, womit nur das nötigste an unseren Schulen gemacht werden kann. Fällt ein Schulsozialarbeiter wegen Krankheit aus, gibt es keine Fachkraft, die das ausgleicht. Mit Blick auf die Haushaltslage des Landkreises und der Kommunen dürfte dies sicherlich nicht ganz so einfach sein. Wer gute Schulabschlüsse und ein gutes Lernumfeld für unsere Schüler haben möchte, um damit Bildung und Teilhabe zu stärken, sollte hier Prioritäten setzen.

Alle Parteien und Wählergruppen schreiben seit 1990 auf ihren Plakaten, Bildung sei das wichtigste. Die drei neuen Stellen über das Startchancenprogramm sind ein erster positiver Schritt. Es müssen weitere folgen, um in die Zukunft zu investieren.

SVEN WELLER | 25

Der Verlauf von B167alt und B167neu wurden anhand von Karten vorgestellt. Auch die Mitglieder des Podiums stellten sich vor. Auf selbigem nahmen Platz: DANIEL FUCHS von der Bürgerinitiative Pro Waldstadt Eberswalde, welche die Podiumsdiskussion organisiert hatte, ILJA HAUB (Baudezernent der Stadt Eberswalde), JÖRN KLITZING (Leiter Regionalcenter Barnim Uckermark der IHK) und MICHAEL KELLNER (Bundestagsabgeordneter Bündnis 90/Grüne). Dann wurde das Podium von LARS FISCHER (Büro für Landschaftskommunikation), der die Diskussion moderierte, freigegeben.

Der Gesprächsleiter fragte zunächst alle Podiumsmitglieder, seit wann sie von dem Vorhaben B167neu wissen. Ilja Haub weiß davon erst seit einem halben Jahr. Da hatte er das Amt des Baudezernenten übernommen. Zuvor hatte er im Rahmen seines Studiums an der Uni Cottbus, eher sehr vage davon gehört. Die anderen wissen davon seit 15 Jahren, bestenfalls. Aus der Zeit zu Beginn der Planungen vor 30 Jahren gibt es, folgte der Moderator, nur noch wenige, die das miterlebt haben.

Im Gespräch dominierten dann Begriffe wie »schwerer Eingriff in die Natur«, »Belastung der Bürger durch den Verkehr«, »Entwertung von Erholungsgebieten«, »Nutzen der neuen Straße«, »Erreichbarkeit der Autobahn« über die wenigen Knotenpunkte und »Umwege« mit ihren negativen Auswirkungen auf den innerstädtischen Verkehr.

Nachdem etwa eine Schulstunde vergangen war, herrschte weitgehend Einigkeit im Saal: Die örtliche Wirtschaft muß gestärkt werden, sie muß gute Rahmenbedingungen erhalten. Dazu braucht es in erster Linie zusammenhängende Gewerbeflächen. Die Einwohner wollen und brauchen gute Lebensbedingungen, kurze Einkaufswege und gut erreichbare Naherholungsgebiete. Was sie nicht wollen und nicht brauchen ist immer mehr Individual-Binnenverkehr auf vier Rädern und Zerschneidung der Landschaft.

Aber genau das ist die zwangsläufige Folge der B167-Nordvariante. Diese nachteiligen Folgen dürfen die Kommunalvertreter nicht zulassen. »Es sind geeignete Beschlüsse zu fassen, die wir dann umsetzen werden«, so versprochen vom Eberswalder Baudezernenten. Jetzt weiß er, daß das in der Vergangenheit leider nicht so war.

In der Antragskonferenz zur B167neu in Frankfurt in den 1990er Jahren fing es an. Der Bürgermeister von Finowfurt stimmte – gegen das Votum seiner Gemeindevertretung – für die Nordvariante. Es hat 20 Jahre gedauert, bis die Finowfurter Volksvertreter begriffen, daß diese Variante allen schadet. Daher haben sie nun beschlossen, die Nordvariante nicht mehr zu unterstützen. Für die Stadt Eberswalde steht ein entsprechender Stadtverordnetenbeschuß noch aus.

Kontrovers und Konstruktiv

Streiflichter von einer Podiumsdiskussion zur Bundesstraße 167

von Johannes Madeja, Oskar Dietterle und Gerd Markmann

Es waren an dem Abend – Freitag, der 13. Februar, und schlechtes Wetter – etwa 200 gut informierte und sehr interessierte Zuhörer ins Tourismuszentrum des Eberswalder Familiengartens gekommen. Hinzu kamen mehrere Teilnehmer, die sich die Live-Übertragung im Internet anschauten und per Chat auch ihre Fragen stellen konnten. Offensichtlich ging es um ein wichtiges Thema.



Foto: Gerd Markmann

Aussagen in Protokollen, z.B. der StVV, daß die Nordvariante die Verkehrsprobleme nicht löst, weder in Finowfurt noch in Eberswalde, blieben unberücksichtigt. Die Eberswalder Stadtverwaltung setzte den Beschluß zum »Eberswalder Schwung«, Bestandteil früherer Verkehrsentwicklungspläne, nicht um. Statt dessen wurden vollendete Tatsachen geschaffen, die eine Realisierung von Alternativen erschweren. Dazu gehören z.B. die Fahrradstraße Schellengrund, die Blockierung einer zweiten, dringend erforderlichen Querung der Bahnstrecke Berlin-Szczecin (Lichterfelder Weg) und der Bau des Erna-Bürger-Wegs.

Die naheliegende, sehr sinnvolle Variante einer neuen Autobahnanbindung südlich Finowfurt (bei km 27,5) mit Weiterführung nördlich des Flugplatzes unter Nutzung der seit Jahrzehnten stillgelegten Bahnstrecke, also kostengünstig und umweltschonend, wird immer noch ignoriert und vom »Bund« gar nicht in Betracht gezogen.

Nach einer Stunde Meinungsaustausch ließ der Moderator Fragen zu. Die Antworten fielen nicht immer überzeugend aus, aber das Ergebnis war eindeutig. Die vom Bund geplante und gewollte Nordvariante der B167neu löst keines der Probleme in der Region – im Gegenteil! Die immer wiederholte Bezeichnung »Ortsumgehung« ist schlicht falsch. Das trifft auch für den angeblichen Nutzen (NKV = 10) – in Wahrheit kleiner 1 (Oskar Dietterle) – zu.

Selbst der Vertreter der IHK, Jörn Klitzing, mußte im Ergebnis einer Befragung unter Gewerbetreibenden einräumen, daß durchaus nicht alle Unternehmer der Region die offiziell bevorzugte Variante befürworten.

Auch URDA HENNIG – erste Fragestellerin – hat nun wohl gelernt, daß die Nordvariante »ihre« Marienwerder Straße in Finowfurt nicht entlasten wird. Die Bedenken von Prof. JÜRGEN PETERS zur Entwertung der Naherholungsgebiete im Norden konnte niemand entkräften.

Eine Frage nach der militärischen Bedeutung der geplanten Straße gab es aus dem Chat. Jetzt wissen alle von Daniel Fuchs (BI Pro Waldstadt), daß sie zum Militärstraßennetz (MSGN) gehören soll und – das sagte der BI-Vertreter nicht – damit militärisches Angriffsziel wäre. Es ist aber wohl allen Anwesenden klar geworden, daß der Bund die mehr als 100 Millionen Euro, allein für den ersten Bauabschnitt, nur aus dem sogenannten Sondervermögen für Verteidigung nehmen kann.

Das Ergebnis des Abends zusammenfassend sagte der Bundestagsabgeordnete Michael Kellner: *Es ist kein ausreichender Grund, diese Straße bauen zu wollen, weil daran seit 30 Jahren geplant wird. Wir brauchen viel Geld, um vorhandene Verkehrswege (Straßen, Brücken, Schienen) zu ertüchtigen.* Das mag als Schlußwort stehenbleiben.

Im Anschluß an die Veranstaltung gab es noch eine kurze »Manöverkritik« mit Beteiligung der Herren Haub (Baudezernent) und Broschell (Amtsleiter Wirtschaftsförderung). Nun wissen beide Herren, was die Eberswalder Bürger und Gewerbetreibenden von ihnen erwarten. Die Aufgaben liegen auf dem Tisch und sind zu lösen, vorzugsweise ohne eine B167neu, Nordvariante. Damit hat die Podiumsdiskussion ihr Ziel erreicht, Glückwunsch dem Veranstalter BI Pro Waldstadt!

Märchenstunde mit Thorsten

Zu »Unternehmer im Barnim befürworten die Straße« (MOZ, 9.12.2025)

Das »unabhängige Nachrichtenportal« (O-Ton des MOZ-Redakteurs Thorsten Pifan) hat sich nach dem 19. November am 9. Dezember des Vorjahres erneut zum Thema B167neu zu Wort gemeldet. Diesmal als Stimme des sogenannten Unternehmerverbandes, bescheiden bezeichnet als »die Wirtschaft«.

Ich nenne das freundlich »Märchenstunde mit Thorsten«. Das Märchen, das der Thorsten da vorliest, stammt wohl in erster Linie vom Vorstand des Unternehmerverbandes, Mark-Andre Krüger, und wird als »Statement« bezeichnet. Herr Krüger ist in Bernau zu Hause und weiß natürlich in Eberswalde nicht so recht Bescheid. Das muß man ihm nachsehen. Die Leser des Statements erfahren nicht, ob Herr Krüger die Planungsunterlagen überhaupt gelesen hat. Nicht zuletzt deshalb war MOZ-Redakteur Pifan natürlich auch kreativ und hat bei Herrn Krüger nicht nur abgelesen und abgeschrieben sondern auch noch einiges selbst dazu gedichtet, wohl einfach, damit es sich flüssiger liest. Flüssig – das ist nicht so ganz das richtige Wort, besser ist überflüssig.

Die Märchenstunde beginnt wieder damit, daß die B167neu als »Umgehungsstraße« bezeichnet wird, die angeblich gebaut werden soll, um »nervige Staus« in der Eberswalder Innenstadt zu verringern. Diese Behauptung – schon oft wiederholt – ist immer noch falsch, weil die neue Straße direkt zum Markt und zum Rathaus führen wird.

Die Märchenstunde geht weiter mit der Lieblings-Bürgerinitiative von Herrn Pifan »Pro Waldstadt« und dem BUND, die seit 2023 dastehen und ungeduldig auf den Boden stampfen, daß nun planfestgestellt wird, damit ihre Gutachter und Anwälte endlich – für eingesammeltes Geld – »verzögernd« tätig werden können. Darum geht es aber nicht!

Es geht darum, diese Straße, die nach vorliegenden Untersuchungen von kaum mehr als 1.000 Fahrzeugen genutzt werden würde und die in der Innenstadt nur für noch mehr Verkehrschaos sorgt, überhaupt zu verhindern.

Ich verweise nur auf den zusätzlichen Querverkehr zu den beiden (es sind nur zwei!) Knotenpunkten. Der einzige »Bedarf« ist, daß diese Straße Teil des Militärstraßennetzes, also Nachschubstraße werden soll. Aber das hat Herr Pifan wahrscheinlich auch nicht gelesen. Ein militärisches Angriffsziel vor der Haustür, wer will das schon? Wer braucht das?

Auch deshalb haben hunderte Bürger ihre Einwendungen an das Landesamt für Bauen und Verkehr geschickt, aber die kennt Herr Pifan nicht. Er weiß auch nichts von der BI, die sich seit mehr als 20 Jahren »gegen die Nordvariante« einsetzt.

Sodann zitiert Märchenerzähler Thorsten die Herren Krüger und Grohs vom Unternehmerverband wie folgt: »Durch den Bau der B 167 n wird ein schneller und direkter Straßen-

anschluß an die Autobahn A 11 möglich«. Diese Aussage betrifft wenige Fahrzeuge für Unternehmen in der Angermünder Straße. Für mehr als 90 Prozent des Gesamtverkehrs ist sie falsch. Richtig ist, daß der schnelle und direkte Straßenanschluß an die Autobahn in Finowfurt geschlossen werden soll. Richtig ist, daß ein neuer Anschluß bei km 27,5 (Höhe Flugplatz) an die Autobahn für Finowfurt die bei weitem beste Lösung ist. In Verbindung mit dem »Eberswalder Schwung« auch für die Kreisstadt. Aber auch das weiß Herr Pifan nicht oder will es nicht wissen, jedenfalls druckt er es nicht!

Höhepunkt der Märchenstunde ist die Aussage des Unternehmerverbandes: Aus Sicht der Unternehmer hat die neue Trasse für die Wirtschaftsentwicklung der Stadt eine große Bedeutung. »Dies begründet sich insbesondere dadurch, daß die gesetzten Ziele der Landesentwicklungsplanung mit Bezug auf die Entwicklung der regionalen Wachstumskerne erreicht werden sollen. Dadurch kann der gesamte Wirtschaftsraum weiter gefördert werden.«

Geschwollener geht es kaum noch. Man muß schon hochgradig naiv sein um nicht zu erkennen, daß diese Sprechblasen bei näherem Hinsehen wie Seifenblasen platzen. Das gilt auch für die Behauptung der »nachhaltigen und verkehrsmäßigen Entwicklung, die soziale, wirtschaftliche und umweltschützende Anforderungen in Einklang bringe«. So etwas nenne ich Blabla.

Die folgende Behauptung unterstreicht noch einmal den zitierten Unsinn: Durch die B 167n werde das Gewerbegebiet in Finowfurt besser angebunden. Das Gegenteil ist der Fall! Der gesamte Ort Finowfurt wird durch die neue Straße von der Autobahn »abgehängt«.

Deshalb hat die Gemeinde Schorfheide ihre Zustimmung zu dem Projekt zurückgezogen. Nicht Finowfurt lehnt »seine« Anbindung (Knoten 3) ab. Woher hat Herr Pifan diesen Nonsens? Vielmehr hat der Bund diesen Knoten kurzerhand gestrichen.

Die Märchenstunde endet wie eine Märchenstunde enden muß: Alles wird gut! Das schöne Mädchen bekommt seinen Prinzen – äh, der Unternehmerverband seine Straße, weil ja der Nutzen sooo groß ist – das haben Experten (böse Zungen behaupten falsch) berechnet und deshalb gibt es ja für die Straße den »vordringlichen Bedarf« und dafür – immerhin für Verkehrsinfrastruktur und Kriegstüchtigkeit – auch das Sondervermögen. Geld spielt keine Rolle!

JOHANNES MADEJA

Erfolgreich gestartet

Eberswalder Nachhaltige Nähwerke

Die »Eberswalder Nachhaltigen Nähwerke« (ENN) – kreativ, nachhaltig und digital in die berufliche Zukunft – sind erfolgreich gestartet. Im Dezember 2025 begann dieses kostenfreie Qualifizierungsprogramm, das Kreativität, Nachhaltigkeit und digitale Zukunftskompetenzen auf einzigartige Weise verbindet. Das Angebot richtet sich an Menschen, die seit mindestens einem Jahr arbeitslos sind und neue berufliche Perspektiven entwickeln möchten.

Über einen Zeitraum von sieben Monaten erwerben die Teilnehmenden umfassende Fähigkeiten in handwerklichem Nähen, Textil-Upcycling und kreativem Design. Gleichzeitig rückt ENN die digitale Qualifizierung klar in den Mittelpunkt: Die Teilnehmenden lernen praxisnah, wie Social Media funktioniert, wie Online-Verkauf genutzt wird und wie moderne KI-Tools kreative Prozesse unterstützen und vereinfachen können. Ergänzt wird das Programm durch Bewerbungstrainings, Verkaufsschulungen, Unternehmensbesuche und Praktika bei regionalen Betrieben.

Im kreativen Bereich begleitet die Modedesignerin SONJA CORDES die Gruppe und zeigt, wie aus gebrauchten Textilien neue Lieblingsstücke entstehen. Für den digitalen Schwerpunkt ist Social-Media- und KI-Trainer WOLFGANG ALTMÜLLER verantwortlich. Er erklärt: »Wenn Menschen erleben, daß sie souverän digital kommunizieren, Social Media professionell einsetzen oder mit KI eigene Ideen entwickeln können, entstehen echte Erfolgserlebnisse. Digitale Kompetenz ist heute ein zentraler Schlüssel für berufliche Chancen – und genau das vermitteln wir hier.«

Projektkoordinatorin ANNETT ZIETHEN von der Fortbildungsakademie der Wirtschaft (faw) betont die Stärke der Verbindung aus Kreativität und Digitalisierung: »Unsere Kombination aus kreativem Arbeiten, digitaler Weiterbildung und individueller Begleitung ist äußerst wirkungsvoll. ENN stärkt nicht nur fachliche Fähigkeiten, sondern auch Selbstvertrauen und Selbstwirksamkeit – und eröffnet damit neue Wege in den Arbeitsmarkt.«

Gefördert werden die Eberswalder Nachhaltigen Nähwerke durch Mittel des Europäischen Sozialfonds Plus und des Landes Brandenburg. Das Programm läuft bis September 2027. Ein Einstieg in dieses einmalige und kostenfreie Qualifizierungsprogramm ist durchgehend möglich

WOLFGANG ALTMÜLLER

Weitere Informationen & Anmeldung: Fortbildungsakademie der Wirtschaft (faw) gGmbH, Heegermühler Str. 64 in Eberswalde, enn-eberswalde@faw.de
Annett Ziethen 03334 27987-34
Sonja Cordes 03334 27987-48
Wolfgang Altmüller 03334 27987-49

Der Bürgerlandrat

Am 19. April soll der neue Landrat des Barnim gewählt werden. Amtsinhaber Kurth läuft sich schon warm, der Melchower Andreas Bergener hat inzwischen genügend Unterstützerunterschriften bekommen. Die AfD ist für vernünftige Leute mit hinreichenden Geschichtskenntnissen und ostdeutscher Sozialisierung nicht wählbar. Und dann verspricht ein Kandidat, ein Bürgerlandrat sein zu wollen – gefühlt auf mehr Plakaten, als selbiger einst in der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung Bernau, seinen Wettbewerbern zugestehen wollte: Daniel Sauer, heißt der Mann. Einen Bürgerlandrat find' ich eigentlich gut! Aber was ist damit gemeint?

Ob man Herrn Kurth erneut zum Landrat wählen kann, das müssen die Bürger gemessen an ihren Zufriedenheitsempfindungen entscheiden und ist auch eine Frage, ob man einen treuen Parteisolddaten in diese Position hieven soll oder einen Kandidaten der Bürgerinnen und Bürger. Dabei muß man natürlich auch die Leistungen der Kandidaten bewerten. Das betrifft auch den selbsternannten »Bürgerlandrat«.

Man erinnere sich daran, daß die CDU im Barnim in den Jahren 2013 bis 2016 viel Engagement darauf verwendete, Bürger zu bekämpfen und zu diffamieren, die sich in 140 wöchentlichen Demonstrationen gegen die organisierte Verletzung des Grundgesetzes und der Rechte der Bürger im Wasser- und Abwasserstreit und bei den Straßenbaubeiträgen einsetzten und erst beim Bundesverfassungsgericht ihre Rechte bestätigt erhielten.

In diesem Kampf gegen die Bürger stand die CDU Bernau an vorderster Front, um den Bürgern unrechtmäßige Abgaben in vier- bis fünfstelliger Höhe abzufordern.

Man sollte vielleicht doch mal einem parteilosen Bürger-Kandidaten wie Andreas Bergener aus Melchow ins Amt des Landrates verhelfen, der nicht in den gewachsenen Strukturen gefangen ist.

BERND C. SCHUHMAN

Kleine Galerie gastiert im Museum:

Wahrheit und Ordnung

Eberswalde (bbp). Für die neue Ausstellung »Wahrheit und Ordnung – Luise Wiegand« gastiert die Kleine Galerie Eberswalde im Museum in der Adlerapotheke. Eröffnung ist am Frauentag, Sonntag, dem 8. März, musikalisch umrahmt vom Kleinen Chor der Evangelischen Kirchengemeinde Eberswalde. GUNDULA GILLERT hält das Laudatio der von Dr. IRIS BERNDT als Kuratorin betreuten Ausstellung, die am 10.3. zu einer speziellen Kuratorinnenführung einlädt. Die Eberswalderin Luise Wiegand (1951-2014) stellte ihre Werke nie aus. Nur wenige Freunde kannten ihr Schaffen.

Holz Häuser statt Holzverbrennung

»Wer den Unsinn HoKaWe befürwortet, darf nicht Landrat werden!«

Eberswalde (bbp). »In Sachen Holzverbrennung setzt«, schrieb kürzlich Dr. Detlef Bimboes von der Ökologischen Plattform der Partei Die Linke an die HoKaWe-Kritiker im Barnim, »langsam auch auf EU-Ebene ein Umdenken an, aber in eine problematische Richtung. Die Interessen der Vertreter der Bioökonomie sollen gestärkt werden. Die stoffliche Verwertung geht dann aber hin zur chemischen Aufbereitung von Holz. Damit öffnet sich ein Tor mit kurzlebigen Verwendungen, deren Reste dann wieder im Ofen landen.«

Dafür werde gerade die Biomasse-VO geändert. Die Freunde der Verbrennung seien außer sich. »Industrieholz etc., das sich zur Verbrennung eignet«, so Dr. Bimboes, »soll künftig in die stoffliche Verwertung kommen und von der Verbrennung ausgenommen werden. Ob sich das durchsetzt, ist aber noch offen.« Der Druck sei stark, das alles erstmal so bleibt, wie es ist. Auf Ebene der EU sieht der Experte wenig Chancen, daß dort Verbesserungen zu erreichen wären. Dort seien »die Verhältnisse zu festgefahren«. Entscheidend ist nach Auffassung von Dr. Bimboes, »daß Holz, das sich für die Verbrennung eignet und stofflich auch für die Herstellung längerlebiger Produkte geeignet ist, in die Holzwerkstoffindustrie geht und vor allem der Holzhausbau vorangetrieben wird«.

Die Bürgerinitiative, die sich bei den Aktionen gegen Erwerb des HoKaWe durch den Landkreis gebildet hatte, sieht als Folgen:

1. Wertvolles Bauholz wird knapper und viel viel teurer werden.
2. Die Wälder werden sehr sehr »durchsichtig« werden und ihre Funktion als Kohlenstoffsenske und Klimafaktor verlieren.

»Alle diejenigen, die das erkannt haben und begriffen haben, daß wir damit unsere Lebensgrundlage zerstören, müssen sich nun zusammenschließen um zu verhindern, daß es immer schlimmer wird«, heißt es in der jüngsten Verlautbarung der Initiative. Es brauche eine Allianz der Vernünftigen, die den »gesunden Menschenverstand« nicht nur als Wahlkampfparole nutzen, sondern zum Nutzen aller gebrauchen.

»In wenigen Wochen haben wir Gelegenheit unsere vier Landratskandidaten zu diesem Thema hochnotpeinlich zu befragen und sie zu zwingen, Farbe zu bekennen.«

Viele Möglichkeiten, Einfluß zu nehmen, haben die Bürgerinnen und Bürger nicht. Das »Kreuz auf dem Stimmzettel« ist eines der wenigen. Die Bürgerinitiative appelliert: »Wer den Unsinn HoKaWe befürwortet, sollte und darf nicht Landrat werden!«

Stolz und Eigensinn

Saisonstart im Joachimsthaler Kulturhaus Heidekrug 2.0

Anfang März beginnt die Saison 2026 des Heidekrug-Vereins in Joachimsthal. Das Heidekrug-Kollektiv hat während der Winterpause viele kulturelle Highlights für das Jahr geplant und freut sich auf zahlreiche kulturhungrige Gäste.

Passend zum Internationalen Frauentag startet das Kino-Jahr am 6. März mit »Stolz und Eigensinn« von Gerd Kroske. In diesem Dokumentarfilm geht es um Deutschland unmittelbar nach der Wende, als die zweite große Entlassungswelle den Osten erreicht hat. Frauen aus den ehemaligen Industrie-Großbetrieben der DDR erzählen mit heute überraschender Selbstverständlichkeit über sich und die persönlich erlangte Unabhängigkeit durch ihre Arbeit. Außer den Kinoabenden an jedem Freitag um 19.30 Uhr und zum Eintrittspreis von 6 Euro, finden im März weitere spannende Veranstaltungen statt:

14.03.2026 | 19.30 Uhr: Fast wär's das Paradies – Aus dem Logbuch einer politischen Weltumseglung

Uta und Michael Jungclaus segelten um die halbe Welt und entdeckten dabei nicht nur atemberaubende Natur, sondern auch die erschreckenden Folgen der Klimakrise. In die-

sem Multimedia-Vortrag berichten sie von ihrer Reise von Stralsund bis Tahiti. Eintritt frei, Spenden erwünscht.

22. März 2026 | 10 Uhr: Markt der schönen Dinge

Der Heidekrug öffnet seine Saaltüren für eine bunte Mischung aus Kunsthandwerk und Trödel.

28. März 2026 | 18.30 Uhr | Einlaß ab 17.30 Uhr:

Schwoof im Heidekrug – gepflegtes Tanzvergnügen

Der Heidekrug-Verein veranstaltet zwei Mal im Jahr einen gepflegten Tanzabend im Heidekrug. Gäste können als Paar oder allein kommen, mit Sandalen oder Tanzschuhen, Jeans oder Glitzer, Rollkragen oder Fliege. Bunt und querbeet darf es sein wie die Musik für alle Arten heißer Sohlen. Die Musik kommt vom Band. Beginn ist pünktlich um 18.30 Uhr und in vier Stunden werden diverse Standard/Latein-Phasen sowie Disco und Rock durchgetanzt. Karten kosten 10 Euro. Eine Anmeldung erfolgt über den Link: heidekrug.org/veranstaltungen/schwoof

Das gesamte Programm für März, April und darüber hinaus steht auf der Homepage des Vereins heidekrug.org.

RUTH BUTTERFIELD

Bäume für morgen



Schüler vom Docemus Campus Blumberg pflanzen im Rahmen einer Kooperation mit dem Regionalpark Barnimer Feldmark e.V. und der Stadt Bernau, 2.000 junge Bäumchen auf eine Fläche im Bernauer Forst.

Im Dezember 2025 setzten engagierte Schülerinnen und Schüler des Docemus Campus Blumberg gemeinsam mit der Stadt Bernau, dem Stadtforst und dem Regionalpark Barnimer Feldmark e.V. ein deutliches Zeichen für den Klimaschutz: Bei der feierlichen Baumpflanzung im Bernauer Stadtwald wurden rund 2.000 junge Bäume gepflanzt.

Die dreitägige Aktion stand dabei in direktem Zusammenhang mit den globalen Nachhaltigkeitszielen (SDGs), insbesondere dem Ziel 15 »Leben an Land« und unterstreicht das Engagement junger Menschen für den Erhalt und die Förderung des heimischen Waldökosystems.

Die Schülerinnen und Schüler hatten das gesamte Projekt eigenverantwortlich initiiert und eigenständig geplant. Mit Unterstützung des Bernauer Stadtförsters, der sowohl die Fläche als auch klimaresiliente Baumarten wie Traubeneiche, Hainbuche, Schwarznuß und Eßkastanie zur Verfügung stellte, konnte die

Pflanzaktion erfolgreich umgesetzt werden. HEIKE NIEMEYER vom Regionalpark Barnimer Feldmark e.V. begleitete die Initiative fachlich. Durch die gezielte Auswahl der Baumarten sollen widerstandsfähige Wälder entstehen, die den Herausforderungen des Klimawandels standhalten und langfristig zur Biodiversität und Stabilität der Ökosysteme beitragen.

An den Pflanztagen im Dezember engagierten sich neben dem Projektteam auch die Schülerinnen und Schüler der 7. Klassen aktiv mit dem Einsetzen der jungen Bäume. Die Idee für dieses nachhaltige Umweltprojekt entstand im Seminarkurs der 12. Klasse unter der Leitung von Lehrerin und Mentorin BIRGIT WIESKE. Die jungen Projektverantwortlichen organisierten gemeinsam mit dem Regionalparkverein die Planung, Finanzierung, Koordination und Durchführung der Baumpflanzung.

SABINE BÜTTNER

Japanische Schirmtanne gepflanzt

Im Ostasienquartier des Forstbotanischen Gartens der HNE Eberswalde wurde im vergangenen Spätherbst eine besondere Baumart gepflanzt: eine Japanische Schirmtanne (*Sciadopitys verticillata*). In ihrer Heimat Japan ist sie ein heiliger Baum. Der Baum ist ein lebendes Fossil und hat sich seit über 200 Millionen Jahren nahezu nicht verändert. Aufgrund seiner einzigartig schirmartig angeordneten, paarweise bandförmig verwachsenen Nadeln gilt er als botanische Rarität.

Die Pflanzung wurde durch eine großzügige Spende von Dr. Andreas Steiner ermöglicht. Die neue Schirmtanne ergänzt das Ostasienquartier um ein weiteres seltenes Gehölz und trägt zur biologischen Vielfalt botanischer Gärten bei. Wir bedanken uns herzlich für das kontinuierliche Engagement von Dr. Steiner und freuen uns, Besucherinnen und Besuchern künftig dieses besondere Gehölz präsentieren zu können.

Dr. BERNHARD GÖTZ

ZENAPA
Zero Emission Nature Protection Areas



Die Klimaschutzrubrik (9)

Der Naturpark Barnim will gemeinsam mit dem Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin ein treibhausgasneutrales Großschutzgebiet werden. Der Klimaschutzmanager JAN BUCHNER des EU-Projekts ZENAPA stellt klimaentlastende Maßnahmen vor, die es jedem ermöglichen, aktiv zur Energiewende und damit zum Klima- und Naturschutz beizutragen (Schluß).

Biodiversität im eigenen Zuhause

Die Verwendung einheimischer Pflanzen ist dabei besonders wichtig, da sie an die lokalen Bedingungen angepaßt sind und Nahrung und Lebensraum für heimische Insekten, Vögel und andere Tiere bieten. Durch den Anbau und die Aussaat von heimischen Pflanzenarten im Garten oder das Begrünen der Hausfassade mit kletternden Pflanzen kann die Vielfalt der Tier- und Pflanzenwelt unterstützt werden. Der Einsatz von chemischen Pestiziden beeinträchtigt besonders die Biodiversität. Chemikalien können nicht nur schädliche Insekten, sondern auch nützliche Arten wie Bienen, Marienkäfer und Schmetterlinge töten. Zudem reichern sich Gifte über die Nahrungskette an, sodaß auch nützliche und geschützte Arten gefährdet werden. Es ist daher ratsam, auf den Einsatz von chemischen Pestiziden zu verzichten und stattdessen auf natürliche Methoden der Schädlingsbekämpfung zu setzen. In diesem Zusammenhang tragen Vögel, Insekten und Fledermäuse zur Schädlingsbekämpfung bei, indem sie die Schädlinge fressen.

Vorteile einer hohen Artenvielfalt

Solche Maßnahmen schaffen ein lebendiges und harmonisches Naturumfeld vor der Haustür. Eine vielfältige Biodiversität hat auch positive Auswirkungen auf das ökologische Gleichgewicht: Insekten wie Bienen und Schmetterlinge tragen zur Bestäubung von Pflanzen bei, was wiederum die Ernten und Erträge im heimischen Nutzgarten fördert.

Die Herausforderung besteht darin, den Garten, Balkon oder die Hausfassade so zu gestalten, daß die Natur gedeihen kann. Jeder einzelne Beitrag spielt eine wichtige Rolle zum Erhalt und Schutz der Biodiversität. Beachten Sie hierzu auch unsere Rubrik zu »Natur im Garten« auf unserer Naturpark Homepage, z.B. können Sie Ihren naturnahen Garten zertifizieren lassen.

Weitere Infos auf www.barnim-naturpark.de und www.zenapa.de

Barnimer Bürgerpost
abonnieren!

eMail: abo@barnimer-buergerpost.de

BSW-Klage läuft

Seit dem 17. Februar liegt die Klage des BSW beim Bundesverfassungsgericht vor. Eine Neuauszählung der Bundestagswahl ist keine politische Option, sondern eine demokratische Selbstverständlichkeit. Dem amtlichen Endergebnis zufolge sollen dem BSW nur 9.529 Stimmen bzw. 0,019% für den Einzug in den Bundestag fehlen. Das Verfassungsgericht hat 1991 geurteilt, daß besonders bei extrem knappen Ergebnissen und belegten Zählfehlern eine komplette Auszählung nötig sein kann. Knapp 60 Prozent der falsch zugeordneten Stimmen, die durch die wenigen Korrekturen im vorläufigen Wahlergebnis korrigiert wurden, entfielen auf das BSW.

Wir haben nun darüber hinaus statistisch und im Einzelfall nachgewiesen, daß weiterhin im amtlichen Endergebnis falsch gezählte BSW-Stimmen vorhanden sind. Uns liegen Versicherungen von Wählern vor, die uns in Wahlbezirken gewählt haben, wo wir angeblich null Stimmen und Kleinstparteien wie Bündnis Deutschland etliche Stimmen haben. Nur eine Neuauszählung kann das angeschlagene Vertrauen in die Demokratie nicht weiter erodieren lassen. Kanzler Merz hat womöglich keine legitime Mehrheit im Bundestag. Wir sagen: Es ist Zeit zu handeln! Das BSW klagt nicht wegen abstrakter Zweifel, sondern wegen konkret dokumentierter Fälle.

Der Bundestag hat viele Monate Zeit verloren, und dann unsere Beschwerde mit unerfüllbaren Anforderungen abgelehnt. Folgt man den Maßstäben des Bundestages, dürften knappe Wahlergebnisse nie durch nochmaliges Nachzählen überprüft werden. Wir haben Unregelmäßigkeiten und systematische Zählfehler zu unseren Lasten nachgewiesen. Die Wahrheit ist: Der Wahlprüfungsausschuss wollte keine Neuauszählung, weil auch er davon ausgeht, daß das BSW dann in den Bundestag käme. Diese »Wahlprüfung« war eine Farce. Und es geht dabei nicht nur um das BSW und die knapp 2,5 Millionen BSW-Wähler. Korrekte Wahlergebnisse sind das wichtigste Fundament einer funktionierenden Demokratie!

Bei dem historisch knappen Ergebnis und belegten Zählfehlern kann nur eine Neuauszählung klären, ob der Bundestag verfassungsgemäß zusammengesetzt und Friedrich Merz ein demokratisch legitimer Kanzler ist.

FABIO DE MASI, AMIRA MOHAMED ALI, OLIVER RUHNERT und SAHRA WAGENKNECHT

Anzeige



Weihnachtszeit mit Überraschung

Der Verein Gemeinsam Lichterfelde e.V. hat wie jedes Jahr zu Weihnachten jemanden im Lichterfelder Heimatdorf mit einem Geschenk bedacht. Eine besondere Weihnachtsüberraschung erlebte diesmal Adina HINNEBERG am Heiligen Abend. Drei Mitglieder ihres Vereins besuchten die langjährige Vereinskameradin und Lichterfelderin und sorgten für



Immer, wenn es ihre Gesundheit zuläßt, hilft Alina Hinneberg auch im BBP-Korrekturkollektiv mit.

sichtbare Freude und strahlende Augen. Adina Hinneberg ist seit vielen Jahren engagiertes Mitglied des Vereins. Auf Grund mehrerer schwerer Erkrankungen ist sie jedoch seit rund zwei Jahren ans Bett gebunden und kann seither an den Vereinsaktivitäten nicht mehr teilnehmen. Umso größer war die Freude über den persönlichen Besuch.

Die Vereinsmitglieder kamen nicht mit leeren Händen. Ein liebevoll zusammengestelltes Weihnachtspaket mit Lesestoff, Selbstgebasteltem und selbst Gekochtem sorgte für große Dankbarkeit. Diese Aufmerksamkeit und die gemeinsamen Gespräche machten den Besuch zu einem besonderen Moment, an den sich Adina Hinneberg noch lange erinnern wird. Der Verein zeigt mit dieser Geste, daß Zusammenhalt und Mitgefühl auch über aktive Vereinsarbeit hinaus gelebt werden.

SILVIA ZACHARIAS

Thailands Botschafter im Schwärzetal

Die in Eberswalde ansässige Hoeck-Stiftung hat direkt nach ihrer Gründung im Mai 2015 die Veranstaltungsreihe »Diplomatischer Salon - Die Welt zu Gast in Eberswalde« ins Leben gerufen. Diese Abende sollen dazu beitragen, andere Länder und Kulturen besser zu verstehen sowie den Dialog und die Völkerverständigung zu fördern.

Nun feierte die Reihe ein kleines Jubiläum. Am 25. Februar fand im Haus Schwärzetal die 25. Ausgabe des Diplomatischen Salons statt mit dem Botschafter des Königreichs Thailand, S.E. CHITTIPAT TONGPRASROETH.

Der Beginn der diplomatischen Beziehungen geht auf den 1862 unterzeichneten Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrag zwischen den Königreichen von Siam und Preußen (im Namen der deutschen Wirtschafts- und Zollunion) zurück. Dies war die Grundlage für wichtigen Handel zwischen Deutschland und Siam. Im Zuge dieser Bezie-

hungen gewannen deutsche Kaufleute und Experten erheblichen Einfluß auf die siamesische Wirtschaft und spielten in der Entwicklung der modernen Infrastruktur Thailands eine Schlüsselrolle.

Deutschland und Thailand sind auch heute enge Partner mit umfassenden und tief verwurzelten bilateralen Beziehungen. Sie erstrecken sich über zentrale Bereiche wie Politik, Handel, Investitionen, Kultur, Bildung, Umwelt und konsularische Angelegenheiten. Von besonderer Bedeutung ist die enge Verbindung zwischen den Menschen – ein Fundament, das die Partnerschaft seit sehr langer Zeit trägt.

Das Königreich Thailand hat viel zu bieten und auch eine historische Verbindung zu Eberswalde und der Region. Immerhin hat das Königspaar von Siam Eberswalde und Niederfinow im Juli 1934 besucht.

MARTIN HOECK

Schulstreik gegen Wehrpflicht

Am 20. Februar demonstrierten 1.200 bis 1.500 Hamburger Schüler vor dem Rathaus der Hansestadt mit Schildern wie »Wir wollen nicht in euren Kriegen sterben!«, um gegen die avisierten Einberufungsfragebögen der Jahrgänge ab 2008 zu protestieren. In Hamburg regiert die SPD. Wie reagiert der Senat? Er erklärt, daß die Abwesenheit der Schüler als unentschuldigtes Fehlen zu betrachten sei.

Die Parteien beklagen zu Recht, daß Jugendliche im Allgemeinen »keinen Bock auf Politik« haben, aber gleichzeitig will man ihnen die ersten Schritte bürgerschaftlicher Mitbestimmung verwehren, wenn sie statt Schule lieber für ihre Interessen auf die Straße

gehen, obwohl das Grundgesetz beim Demonstrationsrecht keine Altersbeschränkung kennt!

Gerade die Sozialdemokraten sollten ihren Standpunkt auf den Prüfstand stellen, wenn es um so fundamentale Bürgerrechte gerade der betroffenen Bürger geht, wie bei einer Interessensbekundung künftiger Wahlbürger zu einer lebenswichtigen Frage.

Es ist demokratiefeindlich, wenn die Obrigkeit ihre Macht vorzeigt, weil junge Bürger, die im Gesetzgebungsverfahren nicht gehört wurden, ihre Interessen auf die Straße tragen. Oder sind das jetzt auch Putin-Versteher?

BERND C. SCHUHMANN

Regionalpark Barnimer Feldmark e.V.:

Landschaftstag zum Vereinsjubiläum

Drei Jahrzehnte Kultur, Gemeinschaft und Freiraumentwicklung

Der 29. Landschaftstag des Regionalpark Barnimer Feldmark e.V. wird ganz im Zeichen des 30-jährigen Jubiläums des Regionalparkvereins stehen. Die Veranstaltung findet am 28. März im Besucherzentrum der Marzahner »Gärten der Welt« statt.

Seit 1996 setzt sich der Regionalparkverein für die nachhaltige Entwicklung und Pflege der Kulturlandschaften in der Barnimer Feldmark ein. Der diesjährige Landschaftstag bietet die Gelegenheit, die Geschichte des Vereins Revue passieren zu lassen und gleichzeitig einen Ausblick auf zukünftige Herausforderungen und Projekte zu geben.

Zu Beginn der historischen Rückschau stehen die 1990er Jahre, in denen vor allem die Erschließung von Wegenetzen und die Sanierung historischer Ensembles wie Wege- und Landschaftspflege, Benjeshecken sowie die Schaffung eines Bewußtseins für die Landschaft in der Zeit nach der Wende im Mittelpunkt standen. Besonders erwähnenswert sind die Sanierungen der Feldsteinmauern an den Kirchen sowie die Pflege und Entwicklung in verschiedenen Landschaftsparks in der Barnimer Feldmark. Diese Maßnahmen wurden durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen realisiert, die vielen Teilnehmern den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt ermöglichten. In den 2000er Jahren folgten dann umfangreiche Heckenpflanzungen, Rückbaumaßnahmen und verschiedene Naturschutzprojekte. Ab 2007 rückte die Konzepterarbeitung und die Erstellung von Leitbildern für den Regionalparkverein zunehmend in den Vordergrund.

Der zweite Teil des Landschaftstages richtet den Blick nach vorn. Vorgestellt werden das

aktuelle Radwegekonzept und das Wegenetz mit Fokus auf Rad-, Wander- und Reitwege sowie sogenannte Lückenschlüsse. Die länderübergreifende Kompensation und die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg sind weitere wichtige Themen. Die Regionalentwicklung wird aus Sicht des Landkreises Barnim sowie aus Berliner Perspektive beleuchtet. Ein Schwerpunkt liegt auf der aktuellen Entwicklung zur Urbanen Biosphärenregion Berlin-Barnim, die eine mögliche Perspektive für die Naherholungsregion darstellt. Dabei sollen Chancen und Herausforderungen diskutiert werden.

Nach Einlaß, einem Frühstücksimbiß und der Begrüßung um 9 Uhr gibt es eingebettet in die Vorträge die Ehrung »Feldmärker des Jahres«. Das musikalische Mittagessen mit Live-Musik sorgt für eine angenehme Atmosphäre und lädt zum Austausch ein. Am Nachmittag steht ab 15 Uhr eine geführte Exkursion durch die Gärten der Welt auf dem Programm.

Interessierte sind herzlich eingeladen, sich anzumelden und Teil dieses besonderen Jubiläums zu sein. Der Regionalpark Barnimer Feldmark e.V. freut sich auf zahlreiche Teilnehmer und auf den gemeinsamen Austausch darüber, wie eine lebenswerte Zukunft in der Barnimer Feldmark gestaltet werden kann.

SABINE BÜTTNER

Samstag, 28. März 2026, 9–16.30 Uhr. Besucherzentrum »Gärten der Welt«, Blumberger Damm 44, 12685 Berlin, Unkostenbeitrag: 15 Euro (inkl. Catering und Eintritt »Gärten der Welt«), ermäßigt 10 Euro (Schüler, Studenten, Rentner). Zahlung vor Ort.

Anmeldung: per E-Mail info@feldmaerker.de oder telefonisch unter 033394 53 60.

Weihnachtssingen

»Alle Jahre wieder« – so auch in diesem Dezember: Traditionell fand am Nachmittag des dritten Adventssamstags das beliebte Weihnachtssingen des Dorfvereins GEMEINSAM LICHTERFELDE E.V. in der Seniorenresidenz Lichterfelde statt. Der Saal war gut gefüllt und die Gäste erwartete ein liebevoll gestaltetes Programm. Gemeinsam mit den Bewohnerinnen und Bewohnern wurde kräftig gesungen. Zwischen den Liedern wurden kurze Weihnachtsgeschichten vorgetragen, die für Abwechslung und Besinnung sorgten. Besonders bewegend war eine Erzählung aus dem Jahr 1945, die Erinnerungen an Kindheitserlebnisse in schwierigen Zeiten bei den Bewohnern wachrief. So manches Auge blieb dabei nicht trocken.

Dr. ANDREAS STEINER

Grüne Woche mit Feldmark

Der Verein Regionalpark Barnimer Feldmark e.V. war am 24. Januar erfolgreich auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin vertreten. Am Stand vom »Barnimer Land« in der Brandenburg-Halle präsentierte der Verein seine vielfältigen Projekte sowie sein Engagement für eine nachhaltige Entwicklung im ländlichen Raum einem breiten Publikum.

Der Vorsitzende TORSTEN JERAN sprach auf der Bühne des RBB über die Arbeit seines Vereins und betonte dabei: »Unser Ziel ist es, die Lebensqualität in der Region zwischen Berlin und Brandenburg nachhaltig zu verbessern und dabei Tradition, Kultur und Umwelt in Einklang zu bringen«.

Die Besucher zeigten in vielen persönlichen Gesprächen mit dem Team des Vereins großes Interesse, besonders an Hofläden und lokalen Sehenswürdigkeiten, die der Verein in der Region fördert. Gemeinsam mit der Wirtschafts- und Tourismusentwicklungsgesellschaft Barnim GmbH (WITO) organisierte der Regionalparkverein zudem den Auftritt der Schulband »Verstärkerproblem« des Docemus Campus Blumberg, der das Programm der Grünen Woche bereicherte.

Die Internationale Grüne Woche feierte in diesem Jahr ihr 100-jähriges Jubiläum und präsentierte sich größer, bunter und internationaler denn je, mit über 1.500 Ausstellern aus aller Welt. Die Jubiläumssonderschau und zahlreiche neue Highlights boten den Besuchern ein vielfältiges Erlebnis rund um Landwirtschaft, Ernährung und Gartenbau.

Der Regionalpark Barnimer Feldmark e. V. bedankt sich herzlich bei der WITO für die Organisation vor Ort sowie bei der Gemeinde Ahrensfelde und den Städten Werneuchen und Bernau für die Unterstützung mit Standausstattung und Werbeartikeln. Informationen unter www.regionalpark-barnimerfeldmark.de.

SABINE BÜTTNER | 31



Die Schulband VERSTÄRKERPROBLEM des Docemus Campus Blumberg trat auf der »Grünen Woche« auf.

FOTO: FRANK HILDEBRANDT

Schweinchenrosa

Wann haben Sie eigentlich das letzte Mal die Tagesschau geschaut? Wir? Ewig nicht mehr. Warum? Es ist ja schön, wenn man die Wahl zwischen verschiedenen Nachrichten hat. Doch ist im Einklang des Grauens kein aufhellendes Licht mehr zu entdecken. Und wenn es nur noch nervt, möchte man lieber seine Ruhe haben. Und auch einmal berechtigt »abschalten«.

Abschalten wovon? Von dem, was derzeit als Politik verkauft wird. Denn da gibt es Alarmismus, Panik, Panikmacherei. Diese Woche wird eine gepunktete Sau durchs Dorf getrieben, nächste Woche eine gestreifte, übernächste eine karierte. Inzwischen werden die Sauen allerdings so schnell durchs Dorf gejagt, daß sich die Muster überlagern. Am Ende ist es immer dasselbe.

Früher hingegen waren Sauen einfach rosa-rot. Schweinchenrosa als Ossi gestempelt glaubten wir an die uns servierte neue bunte und freie Welt.

Und heute? Heute sind wir von Farben erschlagen. Politik eben. Und dazu: Nicht mehr berechenbar. Wenn man sich einmal rückbesinnt – oder besser – sich meditativ versenkt in Erinnerungen an das Jahr 1991, an die damaligen Schlachten und ihre rasende Abfolge, zeigt sich ein Muster.

Die Ereignisse überschlugen sich derart schnell, daß niemand mehr wußte (oder wissen sollte?), was eigentlich wirklich ablief und geschah.

Trifft man von dort aus einen Abgleich zum »Heute«, stellt sich eine berechtigte Frage:

Wovon soll eigentlich die ganze Zeit überall und mit allen möglichen Mitteln abgelenkt werden?

Damals war es die invasive Übernahme der Verwaltungsapparate und der exzessive Ausverkauf sämtlicher ostdeutscher Werte, des Bildungssektors, Kunst, Kultur, Sport, Wirtschaft.

Die Machenschaften der Treuhand, ihre mafiosen Strukturen, die im Hintergrund bedient wurden – heute klar benannt – tauchen auch heute erst spät abends in irgendwelchen Dokumentationen auf. Offen ausgesprochen, mitsamt ihrer Kriminalität. Zu einer Uhrzeit, zu der man längst müde ist.

Und genau hier öffnet sich der Raum für die Fantasie der Leser.

Statt der großen Show zur Wiedervereinigung, wird heute ein Globalisierungstheater inklusive Weltuntergang zelebriert. Eine Frage an die Älteren unter Ihnen: Gab es bei Ihnen im Kindergarten ein Kasperle-Theater?

Ja? Dann schauen wir uns doch statt Tagesschau lieber wieder ein echtes Kasperle-Theater an – eines zum Anfassen. Wann war doch gleich die nächste Landratswahl?

FRANK DER PFADBEREITER

BRD steht an historischem Kipp-Punkt

Wir stehen an einem historischen Kipp-Punkt, und die Versuchung ist greifbar. Weltweit sind Autokraten auf dem Vormarsch, und ihr Versprechen wirkt verführerisch simpel: Wirtschaftliche Dominanz durch straffe Führung, ganz ohne die zeitraubenden, zähen Debatten einer Demokratie. Ich erlebe immer mehr Menschen in Deutschland, die fast neidisch auf dieses scheinbare »Durchregieren« blicken. Und die Jedis werden sogar von unserer eigenen Regierung attackiert.

Das System funktioniert überall nach demselben Muster, ob am Bosphorus, am Potomac River oder im Kreml. Herrscher wie Erdogan, Trump oder Putin schaffen sich ihre eigene, loyale Oligarchenklasse. Wer dem Regime treu dient, erhält lukrative Staatsaufträge für Flughäfen, Pipelines und Autobahnen. Es ist eine toxische Kumpanei von Geld und Macht: Der Staat füttert die Wirtschaft, und die Wirtschaft stützt den Staat. Ein geschlossener Kreislauf, der zunächst extrem effizient wirkt.

Daß diese Effizienz eine dunkle Kehrseite hat, wird einfach ignoriert. Denn wer später aussichert, riskiert seine Existenz. Das mußte Michail Chodorkowski in Rußland erleben, das mußte Jack Ma in China spüren, als er von der Bildfläche verschwand, und auch Musk hat das zu spüren bekommen. Sobald der »Patte« an der Spitze kritisiert wird, schlägt das System gnadenlos zurück. Markt und Rechtsstaat existieren in diesen Systemen nur so lange, wie sie dem Machterhalt dienen. Das ist keine freie Wirtschaft, das ist Erpressung.

Donald Trump versucht offenbar, diesen autokratischen Umbau im Zeitraffer durchzuziehen. Tech-Milliardäre agieren wie die neuen Oligarchen, die ihre Monopole gegen politische Loyalität absichern wollen. Trump will in einer einzigen Amtszeit schaffen, wofür andere Jahrzehnte brauchten: Die totale Verschmelzung von privatem Reichtum und staatlicher Willkür, vorbei an den Institutionen. Trumps protektionistische Politik und die Jagd auf Migranten bedrohen genau jene Arbeitskräfte und globalen Märkte, die internationale Unternehmen zum Überleben brauchen. In Deutschland stehen wir am Scheideweg. Trotz unserer Erfahrungen. Aber wir

dürfen uns nicht von der Illusion der »starken Hand« blenden lassen. Der Tausch »Wohlstand gegen Freiheit« ist ein historischer Betrug. Am Ende verliert man in einer Autokratie beides. Unsere Demokratie ist oft anstrengend, langsam und komplex, ja. Aber sie schützt uns vor der Willkür, die Investitionen unsicher macht und Innovation durch Angst ersetzt.

Leider haben wir in unserer aktuellen Regierung niemanden sitzen, der klar für Demokratie und Rechtsstaat einsteht, sondern Politiker/Politikerinnen, die versuchen, auf der Grenze zu balancieren. Aber direkt hinter ihnen stehen andere, die sich eindeutig auf der »dunklen Seite der Macht« positioniert haben. Man kann nur beten, daß es nicht kippt. Ich fürchte, unsere Regierung, weiß nicht, auf was sie sich einläßt.

Möge die Macht mit uns sein.

MIRKO LANGE

Mirko Lange stammt aus Berlin, war Gründer und Geschäftsführer bei Scompler, hat Rechtswissenschaft/Jura an der LMU München studiert und ist Gründer bei Democracy Intelligence

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht: Gedenken im Januar



Foto: Frank Müller

Gemeinsam mit dem BSW Lichtenberg nahmen mehrere Mitglieder der BSW-Gruppe Ahrensfelde/Werneuchen am Luxemburg-Liebknecht-Gedenken am 11. Januar teil, berichtete Frank Müller aus Ahrensfelde. »Frieden – jetzt!« hatten sie auf ihre Demo-Plakate geschrieben. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht sind am 15. Januar 1919 von Freikorpsoldaten unter dem Oberkommando von Gustav Noske (SPD) ermordet worden.

Als Friedrich Merz dem werktätigen Volk vorhielt, daß es zu wenig arbeite, wußte er, daß die Deutschen 1,7 Milliarden Überstunden pro Jahr leisten, die Hälfte davon unbezahlt.

Als er uns vorhielt ständig krank zu feiern, wußte er, daß das nachweislich weniger als 1% tun.

Als er den Krieg gegen Bürgergeldempfänger los trat, wußte er, daß Bürgergeldbetrug statistisch fast nicht vorkommt.

Als er die nationale Notlage wegen einer Migrationskrise ausrief und seither die Grenzen geschlossen hält, wußte er, daß die Migration auf einem Tiefstand war.

Herr Merz löst keine Probleme, schon gar keine für uns als Gesellschaft existenziellen wie Klima, Zukunft, Infrastruktur, Bildung, soziale Sicherheit oder soziale Gerechtigkeit – Merz konstruiert anschlussfähige Probleme, um zu hetzen, zu gängeln, Rechte zu verwehren, Rechte zu nehmen und gleichzeitig Restriktionen für das Großkapital abzubauen.

Er folgt damit 1:1 dem als »Projekt 2025« benannten Leitfaden des amerikanischen Thinktanks »Heritage Foundation« zur Umschichtung, Destrukturierung und Entdemokratisierung von Gesellschaft.

Prof. GUIDO KÜHN

Erinnerung an Rosa Luxemburg

Am 5. März 1871 erblickte die spätere Revolutionärin das Licht der Welt. In der deutschen Sozialdemokratie gehörte sie zu den führenden theoretischen Köpfen des linken revolutionären Flügels, aus dem während des Ersten Weltkrieges die Spartakusgruppe und während der Novemberrevolution am 31. Dezember 1918 die Kommunistische Partei Deutschlands hervorging. Nur zwei Wochen später, am 15. Januar 1919, wurde Rosa Luxemburg zusammen mit Karl Liebknecht von Freikorpsstruppen, die im Auftrag der SPD-Regierung Ebert-Noske handelten, ermordet.

Die Luxemburg-Biographin Annelies Laschitzka (1934-2018) schrieb über den Tag, der ihre lebenslange Beschäftigung mit Rosa Luxemburg bewirkte:

1949 hatte ich in meiner Lehrzeit ein Erlebnis, dessen unscheinbare Signalwirkung mir erst viel später aufging. Ich war gerade 15 Jahre alt geworden und Verwaltungslehrling beim Rat der Stadt Leipzig, in dem von den

Nationalsozialisten verfolgte Kommunisten und Sozialdemokraten das Sagen hatten. Da wurde in einer FDJ-Gruppenversammlung anlässlich Rosa Luxemburgs Geburtstag am 5. März ein Brief von ihr an Sophie Liebknecht vorgelesen. Ich wunderte mich über die herzlichen Worte, die sie für ihre Freundin fand, und konnte gar nicht fassen, daß dieser Brief von einer Revolutionärin geschrieben worden war, die im Gefängnis saß und doch sicher mehr an Kämpfe als an Blumen, Gedichte und Liebe zu denken hatte. Über Rosa Luxemburg wußte ich bisher gar nichts.

K.D.

* Annelies Laschitzka: Sich treu bleiben und heiter sein ... Erfahrungen und Entdeckungen durch Rosa Luxemburg in mehr als 50 Jahren, Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte 14, 2. korrigierte und erweiterte Auflage, Verlag: Leipzig : RLS 2017, ISBN: 9783947176045

Online-Ressourcen: Volltext (PDF, 6,4 MB) <https://library.rosalux.de/cgi-bin/koha/opac-detail.pl?biblionumber=34593>

Linkspartei für mehr staatliche Repression

»Wir sind ausdrücklich für eine Harmonisierung und Verschärfung der Durchsetzungsmöglichkeiten für gerechtfertigte Sanktionen, auch wenn wir nicht jede Sanktion im Einzelnen befürworten. Das Problem liegt hier nicht im Wortlaut des Gesetzes, sondern im dramatischen Auseinanderfallen von neu geschaffener Rechtslage und Lebenswirklichkeit. (...) Das Versagen der Bundesregierung liegt nicht in einer schlechten Umsetzung von EU-Recht, sondern in der Nichtdurchsetzung von Wirtschafts- und Sanktionsrecht in der Praxis.(...)«

Dies ist ein Auszug aus der Rede des Bundestagsabgeordneten JÖRG CEZANNE von der Linkspartei anlässlich der Abstimmung über einen Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Anpassung, sprich Verschärfung, von Strafen bei Verstößen gegen Sanktionen, die von der EU-Kommission verhängt wurden. Bei der EU-Kommission, die sich hier anmaßt, Recht zu setzen und zugleich auch noch zu sprechen, handelt es sich um ein Exekutivorgan, zusammengesetzt aus den Exekutiven der Mitgliedsländer – weder Gesetzgeber noch Gericht.

Es gehe hier nur um die Umsetzung einer EU-Richtlinie in bundesdeutsches Recht, rechtfertigte Cezanne die schließliche Enthaltung seiner Fraktion bei der Abstimmung.

Sicherlich hätte auch eine Ablehnung durch die Linken am Ergebnis nichts geändert. Für eine sichere Mehrheit sorgten schon die Parteien der SPD/CDU/CSU-Koalition. Während sich auch die Bündnisgrünen enthielten, stimmte die AfD als einzige Oppositionspartei gegen die Strafrechtsverschärfung.

Mit der »Brandmauern«-Diskussion kann das Abstimmungsverhalten der Linksfraction nichts zu tun haben. Als Opposition, Regierungsvorlagen abzulehnen, ist Normalbetrieb.

Es ist schlimmer, die heutige Linkspartei ist FÜR diese unselige und völkerrechtswidrige Sanktionspolitik der EU-Kommission. Sie kritisiert gar mangelndes Personal bei den Verfolgungsbehörden der BRD. Im Klartext heißt das: Die Linkspartei will einen Ausbau der staatlichen Repressivorgane. Mehr staatliche Kontrolle, mehr Überwachung, mehr Orwell.

Was hat das noch mit linker Politik zu tun?

RAINER KROBOTH

GERDA HENKEL

Friedenswerk e.V.

Liebe Friedensfreunde, endlich ist es soweit! Der gemeinnützige Verein »Friedenswerk Brandenburg e.V.« wurde am 18. Februar gegründet.

Die Gründung dieses Vereins hat drei konkrete Ziele:

1. Der Verein soll eine Plattform zur Vernetzung und Bündelung lokaler Friedensinitiativen aus dem gesamten Land Brandenburg bieten. Zudem soll er für lokale Friedensbündnisse, die bislang keinen offiziell eingetragenen Rechtsstatus haben, diese Lücke schließen und eine Möglichkeit geben, z.B. leichter Spenden für Friedenskundgebungen etc. einnehmen und Spendenquittungen ausstellen zu können.

2. Der Verein soll eine wichtige Rolle in der friedenspolitischen Bildung spielen. Dazu zählen z.B. Informationen zum Thema Wehrdienstverweigerung und die Schaffung eines Gegenparts zu den Jugendoffizieren der Bundeswehr, die an die Brandenburger Schulen gehen, um unsere Schülerinnen und Schüler kriegstüchtig zu machen. Deshalb möchte der Verein insbesondere auch Menschen mit pädagogischen Vorkenntnissen ansprechen (z.B. Lehrerinnen und Lehrer, angehende, aktuelle sowie pensionierte), die bereit sind, auch an Schulen oder zu außerschulischen Bildungsveranstaltungen zu gehen und sachlich gemäß Beutelsbacher Konsens über Gefahren von Krieg, von Auslandseinsätzen der Bundeswehr und von Hochrüstung aufzuklären.

3. Der Verein soll internationale Jugendaustauschprojekte im Sinne der Völkerverständigung organisieren und Kinder, Jugendliche sowie junge Erwachsene aus Brandenburg mit Gleichaltrigen aus verschiedenen Ländern (z.B. aus Polen, Rußland und Belarus) zusammenbringen. Dies können z.B. künstlerische, kulturelle oder sprachliche Austauschprojekte sein, mit dem Ziel, Vorurteile zwischen verschiedenen Völkern abzubauen und nachhaltige Freundschaften entstehen zu lassen.

DOMINIK MIKHALKEVICH

85 Jahre »Plan Barbarossa«

Im 85. Jahr des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion gilt es, dem Feindbild Rußland gemeinsam, laut und deutlich entgegenzutreten. Höhepunkt wird eine deutsch-russische politisch-kulturelle Kundgebung in Berlin, möglichst am oder um den 20. Juni sein. Konkret steht die Stationierung der US-amerikanischen Mittelstreckenraketen bevor, deren Gefahr völlig unzureichend erkannt bzw. überlagert wird von der angeblich unausweichlichen Kriegstauglichkeit. Auf die wird unser Staat, unsere Gesellschaft zugerichtet mittels eines monströsen Feindbildes. Bitte unterstützt den Aufruf Frieden! Rußland ist nicht unser Feind! Rußlandistnichtunserfeind.de

An die Jugend

Richtiger Krieg ist kein Computerspiel.
Im richtigen Krieg wehrt sich das Ziel.
Wenn eine Granate vom Gegner trifft,
Überlebst du vielleicht nicht.

Hast du Glück zerfetzt sie nur dein Bein.
Du herbst dann nur auf einem heim.
Sollte sie nach beiden gieren,
Wird der Rollstuhl dich kutschieren.

Vielleicht zerreißt es deine Lunge,
Vielleicht verlierst du Kinn und Zunge,
Vielleicht geht nur ein Arm verloren,
Vielleicht platzen die Trommelfelle der Ohren,
Vielleicht erlischt dein Augenlicht,
Vielleicht hält auch der Bauch nicht dicht,
Vielleicht gucken dann die Därme raus.
Ganz sicher ist richtiger Krieg ein Graus!

Wenn die Panzerkette dich zermalmt,
Hat sich's für immer ausgequalmt.
Genieße das Leben, mache tausend Sachen.
Nur Krieg solltest du niemals machen!

Tüchtiges Oxymoron

Hinterhältig wie töricht drückt immer häufiger das Oxymoron aus schrecklichem Krieg und kühner Tugend aus dem Bundesministerium für Verteidigung ins Fernsehen, Radio und Internet. Der Minister zwingt Unvereinbares und Ungeheuerliches in einen Ausdruck. »Wir müssen kriegstüchtig werden – wir müssen wehrhaft sein und die Bundeswehr und die Gesellschaft dafür aufstellen.« Er will, daß wir »kämpfen können, um nicht kämpfen zu müssen«. Tüchtig sollten »wir« aber im Krieg schon sein und alles kaputt hauen. Der Mann und seine Mannschaft irren. Daraus wird aus verschiedenen, mehrseitigen Gründen nix. Außerdem waren wir schon mal weiter.

Einige Verteidigungsministerinnen gaben ihr Bestes, um die schöne Wehr untüchtig zu machen. Die Damen hatten begriffen, daß ein Konzept aus Abschreckung und Kampf nicht mehr funktionieren kann. Sie wußten wohl, daß dieses reiche Land einen tüchtigen Krieg nicht überstehen würde. Der Schaden wäre einfach zu groß. Vernünftige Menschen gehen ein solches Risiko nicht ein.

Ohnehin bin ich nicht dabei. Der Bundesminister für Verteidigung muß sich andere wehrhafte und kriegstüchtige Leute suchen. Über mir weht die Gnade der früheren Geburt. Nicht nur, daß ich zu alt bin. Es gab auch folgenschwere Entscheidungen. Ich brauche nicht mehr zu dienen. Schluß mit wehrhaft, tüchtig und kriegerisch. Als Soldat gehöre ich nicht zum »wir«. Ich habe in »fremden Streitkräften« gedient. Solche unzuverlässigen Leute konnte die Bundeswehr nicht nehmen, weil sie der Wehrhaftigkeit und Kriegstüchtigkeit schaden würden. Nur besondere Spezialisten durften nach umfassender Gesinnungsprüfung und feierlichem Gelübde ein paar Dienstgrade niedriger wehrhaft, kühn und tüchtig dem neuen Staat dienen.

Wie schändlich, die fremden Streitkräfte haben sich vor 36 Jahren einfach ergeben. Kein Schuß fiel, kein Aufschrei, das Trommelfell und alle Gliedmaßen blieben heil. Der Bruderkrieg fiel aus. Kühn und tüchtig haben wir gegen die anderen »wir« nicht gekämpft und den Beweis erbracht, daß man sich ergeben kann. Tatsächlich kann man die Waffen strecken. Ich bin sozusagen der lebende Beweis. Natürlich gab es ein paar Nachteile. Aber ich bin gesund und lustig. Das ist mir wichtig.

Unsere Brüder und Schwestern haben dann die Waffen in die ganze Welt verscherbelt. Fort ist fort. Als Dank entfielen für in »fremden Streitkräften« Gedienten lästige Reserveübungen. Seitdem habe ich kein Gewehr mehr gesehen. Welch eine Wohltat. Mein herzlicher Dank geht an Günti Krause und Wölfi Schäuble. Sogar die Kinder hatten dienstfrei. Und so soll es bleiben.

Dr. MANFRED PFAFF

Kriegsjahrestag

Am 24. Februar 2022 überschritten starke mechanisierte Verbände der russischen Armee von Norden, Osten und Süden die ukrainische Grenze, um mit schnellen Vorstößen die Ukraine zur Aufgabe zu zwingen. Die Ukraine führte seit 2014 im Donbass einen blutigen Krieg gegen die aufständischen Volksrepubliken Donezk und Lugansk, mit denen Rußland kurz zuvor Beistandsverträge geschlossen hatte.

Doch der erwartete schnelle Sieg blieb aus. Offenkundig war die russische Führung bei ihrer präventiven »Spezialoperation« von einigen Fehleinschätzungen ausgegangen.

1. Unterschätzt wurde insbesondere die bereits erreichte ideologische Indoktrinierung der ukrainischen Bevölkerung durch das Maidan-Regime. Die Erwartung, daß die einmarschierenden russischen Truppen als Befreier begrüßt werden, ging nur in geringem Maße auf. Die Erwartung, daß die ukrainische Armee und damit das Regime infolge des ersten Anlaufs zusammenbricht, ging überhaupt nicht auf. Somit erwiesen sich die für die »Spezialoperation« bereitgestellten Kräfte aus militärischer Sicht als viel zu gering.

2. Unterschätzt wurde offensichtlich auch der Umfang und die Intensität der militärischen Unterstützung der Ukraine durch den Westen, insbesondere das Ausmaß der den Ukrainern zur Verfügung gestellten Aufklärungsdaten, die zum einen gut organisierte Hinterhalte und zum anderen gezielte Angriffe auf Führungskräfte des russischen Militärs ermöglichte, was gewiß in gewissem Grad zur Desorganisation der russischen Angriffsoperationen beitrug.

3. Unterschätzt wurde gewiß auch der Grad an Unfähigkeit und Korruption innerhalb der Führungsriege der russischen Armee. Wobei das ein Merkmal ist, das in der Historie regelmäßig zu beobachten war, wenn Armeen nach längeren Friedensperioden in den Kampf geschickt wurden.

4. Unterschätzt – wobei diese Begrifflichkeit den Sachverhalt nur annähernd trifft – wurden nicht zuletzt die Auswirkungen der neuen Waffentechniken, insbesondere der Drohnen. Die tiefen Vorstöße der Bataillonskampfgruppen im Februar und März 2022 erinnerten noch in vielem an die Operationen des Zweiten Weltkrieges und den auf dieser Grundlage erarbeiteten operativ-taktischen Gefechtsvorschriften der Zeit des Kalten Krieges.

Das technische Rennen zwischen Angriffswaffen und Abwehrmöglichkeiten prägt die Kriegsgeschichte seit es Kriege gibt. Mit dem Aufkommen von Panzern und der damit verbundenen Entwicklung entsprechender operativer Einsatztaktiken (tiefer Angriff, »Blitzkrieg« der verbundenen Waffen) konnte die Überlegen-



FOTO: KORNEILIA LUBKE

heit der Verteidigung, die zum charakteristischen Stellungskrieg zwischen 1914 und 1918 führte, überwunden werden. Der Sieg über den Gegner im Bewegungskrieg wurde wieder zum Ideal der Kriegskunst. Doch diese Überlegenheit der schnell beweglichen Panzerwaffe bröckelte ab den 1970er Jahren, was spätestens mit dem Libanonkrieg 1982 zur realen Erfahrung wurde.

Damals war es der israelischen Armee ohne ernsthafte Gegenwehr in kürzester Zeit gelungen, von der Grenze bis Beirut vorzustoßen. Im Bekaa-Tal gab es dann einen Gegenangriff der syrischen Armee. Dabei wurde innerhalb einer Viertelstunde eine ganze Panzerbrigade der Syrer, die mit T-55 und teilweise T-72 ausgerüstet waren, durch die modernen Panzerabwehrraketen der Israelis vernichtet. Als Reaktion darauf wurde dann die Reaktivpanzerung für den T-72 eingeführt. Der Wettlauf zwischen Angriff und Abwehr ging also weiter, mit dem Ziel, die bewährte und gewohnte Taktik beibehalten zu können.

Dennoch manifestierte diese Schlacht im Bekaa-Tal m.E. das Ende der seit dem 2. Weltkrieg gültigen Dominanz der Panzerwaffe als Mittel für tiefe Operationen. Die Abwehr gewann wieder die Überlegenheit gegenüber dem Angriff, wie im 1. Weltkrieg.

In der Praxis spielte das zunächst keine Rolle, weil nach den israelisch-arabischen Kriegen der 1960er bis 80er Jahre nie mehr halbwegs gleichwertige Armeen mit modernster Ausrüstung in offener Schlacht aufeinander gestoßen sind. Immer war der eine Teil technisch dem anderen haushoch überlegen, so fern nicht beide Konfliktparteien mit ähnlich veraltetem Material gegeneinander antraten.

Im Ukrainekrieg trafen zum erstenmal wieder halbwegs gleichwertige moderne Armeen aufeinander. Und es stellte sich heraus, daß die eingeübten Taktiken und Strategien mal wieder im Angesicht der Wirklichkeit auf den Müllhaufen der Militärgeschichte landeten. Wie üblich zum Preis vieler Menschenleben.

GERD MARKMANN

Harmonisierung des Straßenbaus

Mit diesem Euphemismus bereichert Bundesverteidigungsminister Pistorius neuerdings den deutschen Sprachschatz!

Der Vergleich mit 1934 ist hinsichtlich des Straßenbaus sicher unerlaubt. Der Autobahnbau von 1934 bis 1939 (mit dem Euphemismus »Beseitigung der Arbeitslosigkeit« beschrieben) war auch keine »Harmonisierung des Straßenbaus«, sondern einfach nur aktive Kriegsvorbereitung, wo hingegen die Harmonisierung des Straßenbaus ja nur der neuen Kriegstüchtigkeit der Scholz'schen Zeitenwende dient.

Dazu gehört die von Pistorius geforderte Anschaffung von Tomahawks (3.000 km Reichweite), SM6 und Hyperschall mit der von Pistorius ausdrücklich anvisierten Erreichbarkeit Kaliningrads, um dann auch schneller in St. Petersburg zu sein und die zusätzliche Stationierung weiterer amerikanischer Mittelstreckenraketen.

Hat Herr Lawrow vielleicht doch recht, wenn er davon ausgeht, daß es eventuell auch um einen Rachedenken für den 8. Mai 1945 gehen könnte...!?

Es wird immer mehr Geld in den Militärbudget gepumpt einschließlich der Milliarden der Sondervermögens-Schulden. Obwohl der abgelaufene Haushalt 2025 mit 120 Milli-

arden Defizit abschließt, bekommt die Ukraine aktuell zusätzliche 11 Milliarden Euro.

Gleichzeitig erklärt derselbige, daß die BRD 2030 einen Rüstungshaushalt von 100 Milliarden Euro einplane. In ähnlichen Verlautbarungen ist im Bundestag die Rede davon gewesen, daß man 2030 soviel für Rüstung ausgeben wird wie Frankreich und Großbritannien zusammen genommen; das wären dann 160 Milliarden Euro!

Und der Kanzler der neuen wirtschaftlichen Entwicklung durch Sozialabbau überlegt, wie er die Wirtschaft zum Laufen bringen kann und sehnt sich nach allgemeiner Anerkennung, die ihm offenbar verwehrt bleibt.

Aber da gibt es ja noch die internationale Politik, wo er punkten kann, indem er für die BRD mehr internationalen Einfluß begehrt. Zwar gibt er vor, sich an den Zwei-plus-vier-Vertrag halten zu wollen, plaudert aber über seinen Anspruch zur atomaren Teilhabe, ohne zu wissen, wie es gehen soll. Außer wie während des amerikanischen Unabhängigkeitskriegs: Er vermietet deutsche Soldaten und Flugzeuge an eine Atommacht und transportiert dann Atomwaffen in fremdem Auftrag ins Ziel. Aber auch das würde gegen den Vertrag mit den Siegermächten verstoßen!

BERND C. SCHUHMAN

Völkerrecht mit Füßen getreten

Das BSW Brandenburg verurteilt den völkerrechtswidrigen US-Angriff auf Venezuela und die Verschleppung von Präsident Nicolás Maduro als eklatanten Bruch des Völkerrechts und gefährliche Eskalation in Lateinamerika.

Wer heute noch überrascht ist, hat die letzten Jahrzehnte verschlafen. Die USA haben sich noch nie ernsthaft für das Völkerrecht interessiert – in der Nacht zum 3. Januar haben sie das mit Bomben auf Caracas und der Entführung des venezolanischen Präsidenten

Der Dank des Vaterlands

Die Linie der israelischen Armee ist klar: Solange Soldaten die Uniform tragen, ist für sie die Armee verantwortlich. Am Tag danach? Nicht mehr. Soldaten, die sich nach ihrer Entlassung aus der Armee wegen der Belastungen ihres Militärdienstes selbst töten, werden nicht als Kriegsoffer anerkannt und verdienen kein Begräbnis mit militärischen Ehren. Sechs hinterbliebene Familien teilten Haaretz ihren Schmerz mit (Haaretz, 17.2.2026).

Die Suizidrate bei den Veteranen (die noch recht jung sind) muß erheblich sein, wenn es solche Regelungen gibt.

HARTMUT LINDNER

einmal mehr unter Beweis gestellt. Die USA haben das Völkerrecht mit Füßen getreten. Spätestens jetzt muß der Bundesregierung klar sein, daß wir eine eigenständige und selbstbewußte Politik brauchen – Diplomatie und Verlässlichkeit, statt Vasall der USA.

Wir müssen uns politisch und wirtschaftlich aus der Überabhängigkeit von den USA lösen. Wir dürfen uns von keinem Staat einseitig zu abhängig machen. Ein erster Schritt ist, die völkerrechtswidrigen US-Sanktionen gegen die russischen Eigentümer der PCK-Raffinerie abzulehnen und ihnen nicht länger Folge zu leisten.

Es ist unerträglich, daß ein brandenburgischer Schlüsselstandort wie Schwedt ständig zum Spielball geopolitischer Entscheidungen in Washington gemacht wird. Die Verantwortung der Bundesregierung besteht darin, Arbeitsplätze zu sichern und die Energieversorgung zu stabilisieren – nicht darin, fremde Sanktionsregime brav zu exekutieren.

Im Rahmen einer Friedenslösung für die Ukraine muß die Versorgung von Schwedt mit russischem Öl wieder ermöglicht werden. Alles andere ist energiepolitischer Selbstmord für Ostdeutschland.

FRIEDERIKE BENDA

»Ohrfeigengesicht«

Nachfolgende Rede hielt Martin Sonneborn (Foto), der EU-Abgeordnete der Partei Die PARTEI, am 10. Februar im Europäischen Parlament – bis ihm am Ende, noch bevor er den letzten Satz beenden konnte, das Mikrofon abgedreht wurde (ab dem Sternchen). Wir dokumentieren seine Ausführungen hier vollständig und im Wortlaut:



Foto: SCREENSHOT

Ich habe eigentlich gar nichts gegen Cybermobbing. Mein ganzes Geschäftsmodell basiert darauf.

Wenn es der Kommission wirklich um das Wohl von Kindern ginge, würde sie zuerst mal damit aufhören, das Geld der kommenden 37 Generationen für sinnlosen Scheißdreck auszugeben: mehr als zweitausend Milliarden für Militärquatsch und Frackinggas.

Ich möchte in einem Europa leben, in dem man Kanzler Merz als »Fotzenfritz« bezeichnen kann, Frau Strack-Rheinmetall als »nicht ganz korrekt zurückverwandten Werwolf«, in dem man einen Schwachkopf einen Schwachkopf (oder: Habeck) nennen darf und eine Außenministerin »dümmer als Ribbentrop«.

Macron und Keir Starmer sollen ruhig damit leben müssen, daß man sie als die Pimmel bezeichnet, die sie sind.

Politiker sind bestens gegen Beleidigungen geschützt – besser als die Atzen draußen an den Geräten – nicht umsonst haben Baerbock, Habeck und die FDP-Trulla zusammen über 5.000 Anzeigen in das verstopfte Rechtssystem geballert.

*Höflicher Hinweis für die Übersetzer: »Fotzenfritz« ist bairisch und bedeutet so viel * wie »Ohrfeigengesicht«.*

MARTIN SONNEBORN



Die Auferstehung des verweigeren Brots

*In einem anderen Leben
war Brot eben Brot,
es war warm, nicht bedrohlich,
ein stummer Gast am Frühstückstisch.*

*Nun wartet es hinter Barrikaden
von Luftangriffen und Stille,
statt seines Dufts atmen wir
den Rauch des Wartens.*

*Jetzt zeichnen die Kinder die Laiber
mit ihren Fingern in den Staub,
dann lecken sie ihre Hände, als ob
es etwas Heiliges wäre.*

*Menschen verschwinden
in Wolken von Mehl
und kehren als Stille zurück,
ihr Blut auf den leeren Säcken ist noch warm.*

*Mütter teilen, was nicht da ist,
als ob es vorhanden wäre,
sie brechen das Nichts in Hälften,
in Viertel, in Krümel,
bieten an, was es nicht gibt,
mit Händen, zu müde, um etwas vorzuspiegeln.*

*Die Welt
mit ihren glänzenden Zähnen
kann immer noch nicht
ein einziges verhungernes Kind ernähren.*

LAYLA SELMY

(von ihr ins Englische übersetzt, deutsche Fassung aus dem Englischen von H. Lindner)

Layla Selmy ist eine Schriftstellerin und Poetin aus Gaza. Ihr Schreiben ist durch den gegenwärtigen Krieg und den sich vollziehenden Völkermord geprägt. Sie versucht sich durch ihre Worte in der Welt Gehör zu verschaffen. (Arab.Lit.)

www.maxe-eberswalde.de

Krieg mit Rußland

*Der Russe, so säuselt es im Äther,
Der will uns kräftig an das Leder.
Der Russe, so rauscht es auch im Blätterwald,
Der greift uns an, doch nicht so bald.*

*Warum der Russe aber wartet?
Warum er nicht schon heute startet?
Jetzt wo wir noch nicht bereit,
Wäre doch die rechte Zeit.*

*Noch wartet dieser Oberschurke,
Mit dem Schlag auf unsre Gurke.
Wartet bis wir kriegstüchtig sind,
Bis wir eingezogen manch Menschenkind,
Bis wir gespannt den Abwehrschirm.
Geht das dem Russen durch das Hirn.*

*Oder ist das Säuseln, all das Rauschen
Nur für das Volk gedacht zum Lauschen?
Damit es willig und bereit,
Für eine "segensreiche" Zeit?*

RAINER KROBOTH

Der Friedensplan der Kriegswilligen

Kommen wir zur ungeschminkten Realität und fassen das Ganze mal sauber zusammen.

Erstens, dieser angebliche Friedensplan ist nichts weiter als eine Neuverpackung der russischen Forderung von 2022. Damals waren diese Bedingungen für Rußland absolut ausreichend, aber vier Jahre Krieg, hunderttausende Tote und Verstümmelte, neue Realitäten auf dem Schlachtfeld und vier eingegliederte Regionen später sind diese Punkte völlig irrelevant. Zweitens, Rußland verhandelt nun aus einer Position der Stärke. Warum sollte Rußland Bedingungen akzeptieren, die aus einer völlig anderen Welt stammen? Drittens, die Ukraine ist militärisch mehr oder weniger am Ende. Eine Armee, die täglich Gelände, Personal und Material verliert, hat keine Verhandlungsmacht und das ist Fakt.

Viertens, Europa außen vor zulassen ist logisch, aber unrealistisch. Logisch, weil in Europa aktuell keine politischen Akteure sitzen, die an einem Frieden interessiert sind. Unrealistisch, weil Rußland Europa langfristig wieder als Wirtschaftsraum braucht. Wenn sich in Europa politisch nichts ändert, wird die Ukraine kapitulieren und Europa sehr wahrscheinlich gleich mit ihr. Fünftens, die USA können der Ukraine nichts diktieren. 2025 wird Kiew nicht mehr von Washington gesteuert, sondern von London. Und zum Schluß, sechstens, ein Friedensplan, der die militärischen Realitäten außer acht läßt, ist wertlos. Am großen Tisch sitzt der, der auf dem Schlachtfeld gewinnt. Es kann manchmal so leicht sein.

Dominik (News mal anders)

Ein Archäologe in Auslieferungshaft

Polnische Behörden haben Anfang Dezember 2025 einen russischen Archäologen festgenommen. Grund dafür war eine Anklage in der Ukraine wegen seiner Ausgrabungen in Myrmekion auf der Krim. Eine Auslieferung an die Ukraine könnte lebensbedrohliche Folgen für ihn haben.

Myrmekion, im Ostteil der heutigen Stadt Kertsch, wurde in der ersten Hälfte des 6. Jahrhunderts v.u.Z. als griechische Kolonie gegründet und war im 5. Jahrhundert v.u.Z. ein Zentrum der Weinherstellung mit eigener Münzprägung. Im 4. Jahrhundert gehörte die Stadt zum Bosporanischen Reich, verlor dann aber im Schatten der nahegelegenen Hauptstadt Pantikapaion an Bedeutung.

Die regulären archäologischen Ausgrabungen reichen ins Jahr 1934 zurück. In den 1950er Jahren leitete mit KAZIMIERZ MICHALOWSKI ein Pole die Ausgrabungsexpedition. Seit 1999 ist der Leiter für antike Archäologie der St. Petersburger Eremitage ALEXANDER BUTJAGIN für die Ausgrabung des antiken Myrmekion auf der Halbinsel Krim zuständig. Damals mit Erlaubnis der ukrainischen Behörden.

Butjagin hatte sich schon als Schüler und Student, noch zu Sowjetzeiten, an den dortigen Ausgrabungen beteiligt und kann inzwischen in Myrmekion auf bedeutende Funde verweisen. Seine Arbeit in Myrmekion setzte Butjagin auch nach 2014 fort. Für die ukrainischen Behörden gilt seine dortige Arbeit aber inzwischen als Raubgraberei und »Zerstörung von Kulturgütern«. Ihm drohen bis zu fünf Jahre Haft, sollte er von einem ukrainischen Gericht verurteilt werden.

Über das ukrainische Auslieferungersuchen verhandelte am 15. Januar ein Gericht in Warschau – unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Zuständig war Richter DARIUSZ LUBOWSKI, der in einem früheren Verfahren die von der BRD beantragte Auslieferung eines mutmaßlichen Nordstream-Attentäters abgelehnt hatte. Die Verteidigung stellte daraufhin einen

Befangenheitsantrag, worauf die Verhandlung vertagt wurde. Obwohl Unterstützer Butjagins Geld für eine Kautions sowie für die Anmietung einer Wohnung in Warschau zur Verfügung gestellt hatten, verlängerte ein polnisches Gericht die Haft erst einmal bis zum März 2026.

Der polnische Verteidiger des russischen Altertumswissenschaftlers hat bereits angekündigt, bis zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte ziehen zu wollen, sollte die polnische Regierung die Auslieferung seines Mandanten betreiben. Mit gutem Grund. Denn eine Haft in ukrainischen Gefängnissen ist lebensgefährlich, insbesondere für politische Gefangene, denen eine prorussische Haltung unterstellt wird. Ein Beispiel ist der chilenisch-US-amerikanische Videoblogger GONZALO LIRA, dessen Tod in einem ukrainischen Gefängnis sich am 11. Januar zum zweiten Mal jahrte.

Dabei ist Butjagin nicht einmal ein Befürworter der militärischen »Sonderoperation« Rußlands. Auf seiner Facebook-Seite finden sich zu Beginn des Ukraine-Krieges Äußerungen, die die Spaltung zwischen Russen und Ukrainern bedauern und die Entscheidung der russischen Führung kritisieren. Als »Putin-Kritiker« wählte er sich so sicher, daß er sich im November 2025 auf eine Vortragsreise über das antike Pompeji in mehrere Länder der EU aufmachte. Schon auf seiner ersten Station, in Polen, wurde er verhaftet.

Das russische Außenministerium hat mittlerweile eine verschärfte Reisewarnung für Polen herausgegeben.

GERD MARKMANN

Koalition der (Kriegs-)Willigen

Eine delikate Mischung reiste jüngst nach Washington zur Kriegsvorbereitung: ein französischer Präsident ohne Regierungsmehrheit, eine neofaschistische Ministerpräsidentin aus Italien (*»Mussolini war ein guter Politiker«*), Frau von der Leyen (bei den Zollverhandlungen mit Trump als Tiger gestartet und als Bettvorleger gelandet), ein deutscher Bundeskanzler mit dem *»Führungsanspruch«* (Großmachtsanspruch) Deutschlands in Ukraine und Europa, der ukrainische Präsident (der noch immer den Faschisten Bandera als Nationalheld verehrt), der finnische Präsident als neues NATO-Mitglied, der seine Luftwaffe mit einem adlerschwingenden Hakenkreuz fliegen läßt etc.pp. Sie trafen sich alle am Tisch des US-Präsidenten, jedoch mußte v.d. Leyen den Saal verlassen, weil sie keinen Staat repräsentiert, was die Presse aber verschwiegen.

Sie alle glauben, daß Rußland der Stationierung ihrer Bodentruppen vor der russischen Haustür zustimmen wird. Dabei ergeben sich einige essenzielle Fragen, z.B. an den Bundeskanzler: Wo bleiben die innenpolitischen Versprechungen aus dem Wahlkampf, wie Erleichterungen für die Bürger und die Wirtschaft, niedrigere Strompreise für die Bürger?

Bekommen haben wir als Wirtschaftsministerin eine Lobbyistin der Stromkonzerne und einen Verteidigungsminister, der schon in der Vorgängerregierung einen unvergeßlichen Beitrag zur Ruinierung der Staatsfinanzen leistete, z.B. mit den nicht aufhörenden Geldgeschenken an die Ukraine, die der Kor-

ruption nicht Herr werden kann, mit der Ersatzfinanzierung der Produktion von 3.000-km-Marschflugkörper (*»Flemingo«*) in der Ukraine (laut BMVg im Umfang von 5 Mrd.).

Und damit die in der Bundesrepublik seit langem *»bewährte Kooperation«* zwischen Politik, Militär und Rüstung auch weiterhin stabil bleibt, hat man einen Ex-SPD-Vorsitzenden, den Ex-Außenminister Sigmar Gabriel zum Rheinmetall-Aufsichtsrat gemacht! Das ist der Konzern, dessen Aktienkurs seit der Eskalation im Ukraine-Krieg von 90 Euro auf 1.700 Euro anstieg und der jetzt als Kern des neuen militärisch-industriellen Komplexes jährlich 350.000 Artillerie-Geschosse produzieren will. Warum wohl?

Jahrzehnte russophober Propaganda und Infiltration haben für Kriegsbereitschaft der US-amerikanisch sozialisierten Einwohnerschaft westdeutscher Bundesländer gesorgt, so daß man sich im Osten seine Gedanken macht, ob die Vereinigung der richtige Weg war. Denn im Falle eines Krieges im Osten wird wieder vorrangig der ostdeutsche Raum platt gemacht. Umfragen besagen, daß im Westen 70 % für Hochrüstung, während im Osten 67 % gegen Hochrüstung und Militarisierung sind. Hieraus leitet sich der Bundeskanzler als sogenannter Außenkanzler das Recht ab, mit den o.g. Mittätern über militärische Aktivitäten Richtung Osten zu entscheiden. Und das, ohne jede Spur einer Legitimation, denn die fehlt seit der letzten Wahl.

BERND C. SCHUHMAN

Wehret den Anfängen

Erneute Brandenburger Gebietsreform verhindern

Die neuerlichen Äußerungen von Innenminister Wilke geben Anlaß zur Besorgnis. Die Wählervereinigung BVB/Freie Wähler spricht sich gegen die Vorstöße der Landesregierung zu weiteren Gemeindegemeinschaften aus. Das Narrativ, die Gemeinden seien nicht leistungsfähig und sollten sich deshalb *»zusammenschließen«*, wird nicht durch die Brandenburger Lebenswirklichkeit gedeckt.

Tatsache ist vielmehr, daß der Flächenfaktor eine viel zu geringe Berücksichtigung findet. Gerade in Berlin-fernen Regionen liegt es auf der Hand, daß die Einwohnerzahl nicht das einzige Kriterium sein kann. Örtliche Verbundenheit, infrastrukturelle Erschließung und Wegebeziehungen müssen eingepreist werden. Genau da ist der Kern des Problems.

»Die Kommunen erhalten seit Jahren nicht die auskömmliche Finanzierung, die sie brauchen. Wenn uns etwas schwächt, dann das und nicht die angeblich mangelnde Größe«, meint beispielsweise der Fürstenwalder Bürgermeis-

ter Matthias Rudolph (BVB/Freie Wähler). Was es vielmehr bräuchte, wäre eine echte Funktionalreform, die auf den veränderten Bedarf der Bürger, steigende digitale Verwaltungslösungen und veränderte Arbeitsrealitäten reagiert. Hierzu sollte die Landesregierung auf die wiederholten Hinweise der kommunalen Familie reagieren, anstatt erneut eine Strukturdiskussion anzuhetzen, die immer mit Verlust von Heimatverbundenheit einhergeht. Zudem muß man den neuen Vorstoß als Lockerungsübung verstehen. Die Beteuerungen, es gehe nicht um eine Gebietsreform, kennt man von der SPD zur Genüge aus der Vergangenheit.

Dabei weiß man, was meistens am Ende rauskommt. Daher muß man Überlegungen, Gemeinden als zu klein abzustempeln und Fusionspläne an die Wand zu malen, frühzeitig entgegentreten. Falls nötig, stehen wir für eine erneute Volksinitiative bereit.

PÉTER VIDA

Der Fritz und der Heinrich

Aus einem Interview der *»Rheinpfalz«*, einer Tageszeitung aus Ludwigshafen, mit Bundeskanzler Friedrich Merz:

Rheinpfalz: *Kann es mit jemandem wie Putin, der den Oppositionellen ALEXEJ NAWALNY in einem Straflager vergiften ließ, je wieder normale Beziehungen geben?*

Friedrich Merz: *Ich halte das für nahezu ausgeschlossen. Wenn ich mir dieses Regime anschau und diesen blindwütigen Terror, habe ich wenig Hoffnung. Es gibt ein interessantes Zitat des amerikanisch-französischen Historikers ASTOLPHE DE CUSTINE aus dem 19. Jahrhundert, der nach langen Reisen durch Rußland gesagt hat: »Rußland ist in unseren Tagen für den Beobachter das merkwürdigste Land, weil man in ihm die tiefste Barbarei neben der höchsten Civilisation findet.« Das Zitat ist 200 Jahre alt und gilt eben leider auch heute noch. Wir erleben im Augenblick dieses Land in einem Zustand der tiefsten Barbarei. Das wird sich in absehbarer Zeit auch nicht ändern, und damit müssen wir uns abfinden.*

Merz glänzt mit brilliantem Halbwissen. ASTOLPHE DE CUSTINE war keineswegs ein *»amerikanisch-französischen Historiker«*. Laut Wikipedia handelt es sich bei Astolphe Louis Léonor, Marquis de Custine vielmehr um einen französischen Reiseschriftsteller, der später ein offen homosexuelles Leben mit einem bzw. mehreren männlichen Geliebten lebte. Im Sommer 1839 bereiste jener reiche Aristokrat Rußland. In seinem Reisebericht *»La Russie en 1839«* charakterisierte de Custine Rußland als expansionistische und despotische Macht. Das Buch war damals sehr erfolgreich, erschien binnen kurzem in mehreren Auflagen und wurde mehrfach übersetzt.

Auf die dreiste Lüge bezüglich Nawalny, die der Interviewer in seiner Frage verpackt, geht Merz nicht weiter ein, nimmt die Behauptung als Tatsache – obwohl er es besser wissen mußte. Und als Vorlage, um mit der Aussage des Reiseschriftstellers von vor 185 Jahren als Argumentationshilfe im Rücken Rußland als ein *»Land in einem Zustand der tiefsten Barbarei«* zu charakterisieren, was *»sich in absehbarer Zeit auch nicht ändern«* werde. Es war ja schon vor 185 Jahren so.

»Der Osten ist ein Raum der Barbarei, den wir zu ordnen haben.« Ein weiteres Zitat, diesmal nicht von Friedrich Merz, sondern von Heinrich Himmler aus dem Jahre 1943.

»Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch«, warnte einst Bertold Brecht.

GERDA HENKEL



Eine kapitalistische Energie-Wende ist unmöglich

Die erste Ausgabe von »Stichwort BAYER« der Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG) von 2026 hat es in sich: Das aktuell zentrale Thema war die Beteiligung des BAYER-Konzerns auf der Klimakonferenz COP30 im brasilianischen Belém.

Laut eines brasilianischen Kooperationspartners der CBG (Alan Tygel) sieht das Fazit zur COP30 so aus: »Wir dürfen uns keine Illusionen über die COP machen. Die durch das kapitalistische System verursachte Umweltkrise wird nicht von Regierungen gelöst werden, die von Unternehmen kontrolliert werden, die von der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen profitieren. Die Finanzierung der 'AgriZone für nachhaltige Landwirtschaft' durch Unternehmen wie BAYER und NESTLÉ und die Anwesenheit von Vertretern von SYNGENTA in der Schweizer Delegation sind ein Beweis für das Scheitern der COP. Entweder werden die Lösungen von den Menschen selbst entwickelt, oder es wird keine Lösung geben.«

In Belém stellte der Konzern die größte Anzahl von Lobbyisten. Der »Global Player« führte seine Manipulationskampagnen und sein »Green- bzw. Bluwashing« von seiner »Casa Bayer« im historischen Zentrum von Belém. Dort vereinte er neben anderen deutschen Weltkonzernen und Medienhäusern auch den »United Nations Populations Fund«. Für ihre Show konnten sie den TV-Promi und Moderator Eckhart von Hirschhausen gewinnen. Sie erhielten hohen Besuch von nationalen Ministern (so u.a. der Brasilianische Gesundheitsminister Alexandre Rocha und der Bundesumweltminister Carsten Schneider). Der Bayer-Konzern versuchte das angebliche Modell (s)einer regenerativen »neuen« Landwirtschaft zu propagieren.

Die Ackergifte von BAYER werden nachweislich aktiv gegen Menschen im Regenwald eingesetzt, um sie aus dem Regenwald zu vertreiben. Und wofür? Für den Anbau von Gensoja und Ölpalmen? Für die industrielle Tierhaltung des reichen Nordens? Für »grünen Treibstoff« in Europa, um unsere Wirtschaftsweise und unser Leben zu ermöglichen?

»Die Branche will die bösen Geister von radikaleren Ansätzen wie der Agrar-Ökologie vertreiben.«

Über 300 Lobbyisten (und über 20 weitere Weltkonzerne, sowie über 300 Veranstaltungen), auch anderer globaler Landwirtschaftsunternehmen, arbeiteten insbesondere auf der AgriZone der COP30 am Schutz ihres Geschäftsmodells. BAYER war »diamond sponsor« dieser AgriZone, der Interessensvertretung der Agrarindustrie auf der COP30. Dieser Bereich war zudem zentrale Wirkungsstätte des Brasilianischen Landwirtschaftsministers.

Die auf der AgriZone vertretenen Konzerne und BAYER sind maßgeblich an der massiven Entwaldung des brasilianischen und südamerikanischen Regenwaldes beteiligt. Sie fördern die Vertreibung und Zerstörung der indigenen Gemeinschaften. Durch ihre Produkte und

ihre Wirtschaftsweise sind sie verantwortlich für die Vernichtung des Lebens in einem der lebendigsten Bereiche dieses Planeten. Der südamerikanische Regenwald stellt einen sehr wichtigen Teil der globalen Ökosysteme dar und ist unersetzlich für die natürlichen globalen Stoffkreisläufe. Auch in Brasilien schneiden sich somit Manipulation und Korruption durch den Bayer-Konzern (und den beteiligten anderen Konzernen) tief in das Fleisch des Lebens.

Auch »unser Bundeskanzler« Merz jettete für eine kurze Ansprache nach Belém. Er brachte es fertig »seinen Stadtbild-Diskurs zu internationalisieren. 'Wer von euch würde gerne hierbleiben', fragte er seinen journalistischen Begleittross und zerschlug damit einiges diploma-

tisches Porzellan.« In seiner Rede firmierte er Klimaschutz als das, was übrigbleibt, wenn die »Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaften« gesichert ist. Auch andere Politiker, z.B. der SPD (u.a. Entwicklungsministerin Reem Alabali) beließen es bei medienwirksamer Propaganda und einer gewissen Spendenbereitschaft für den Regenwaldschutz. Einem Mikropflaster für eine riesengroße und größer werdende klaffende Wunde!

So endete die COP30 ohne konkrete Ergebnisse. Die Vorgabe der Klimakonferenz von Paris, die Erderwärmung auf 1,5 bis 2 Grad zu begrenzen, schien keinen der Verantwortlichen mehr groß zu interessieren. »Die Abschlusserklärung von Belém hat die Antwort erbracht, daß wir dieses Ziel nicht mehr erreichen

Wichtige Inhalte der ersten Ausgabe von »Stichwort BAYER« im Jahr 2026:

BAYER steht kurz davor, vor dem obersten Gerichtshof der USA ein **Grundsatzurteil in Sachen »Glyphosat«** zu erlangen. Millionenschwere Lobby-Aktivitäten und Wahlkampfspenden machen es möglich. Dabei hat Monsanto als Teil von BAYER nachweislich eine der zentralen Glyphosat-Studien aus dem Jahr 1999 gefälscht und manipuliert.

Der **Konzernumbau** eines der größten, tödlichsten Weltkonzerne geht weiter voran, inklusive vieler Kündigungen und der Abstoßung nicht mehr rentabler Sparten.

Die starken **Einschränkungen des Versammlungsrechts bei den Hauptversammlungen der BAYER AG** ab 2017 führen aktuell zum Zug vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. BAYER hat über Manipulation und Infiltration staatlicher Organe erreicht, die Demonstrationen deutlich zu erschweren. Nach einem für die CBG negativen Urteil vor dem Oberverwaltungsgericht Münster geht es jetzt weiter nach Straßburg.

Spenden dafür: Stichwort: »Versammlungsrecht«, Empfänger: Coordination gegen BAYER-Gefahren, IBAN: DE 94 8309 4495 0003 1999 91, BIC: GENODEF1ETK

Die **Einmischung und Manipulation durch BAYER, in die Regulierung der PFAS-Stoffgruppe** (sogenannte Ewigkeitschemikalien bzw. »der neue Asbest«, integraler Bestandteil u.a. vieler Biozide, Pestizide, etc.) zeigt klar die tiefe Verstrickung des Konzerns in unser Land und die Welt. Das anscheinend schwerwiegendste Abbauprodukt einiger PFAS-Verbindungen ist die Trifloressigsäure (TFA), das kleinste Molekül der PFAS-Familie. Durch sogenannte »Verharmlosungsstrategien« trägt BAYER zum weiteren, weitestgehend ungehinderten großflächigen Einsatz, dieser gefährlichen Chemikalien bei. Sie verseuchen unser Wasser und sie verseuchen unseren Boden. Sie zerstören die Lebenswelt von uns und unseren Mitgeschöpfen! Sie vernichten das Leben und überziehen den Planeten mit Krieg. Die CDU und andere Parteien decken Ihnen seit langem den Rücken. Und die gleichen Politiker erzählen dann den Menschen, sie seien Christen und würden die Schöpfung bewahren. Sie sind Lügner und machen sich mitschuldig an den Verbrechen von BAYER und Co.

BAYER erhält Vorzugsstatus für die **Inbetriebnahme einer neuen Phosphoritmine** nahe des Glyphosat-Standortes Soda Springs (USA). Das Glyphosat-Vorprodukt Phosphat wird als »systemrelevant« eingeschätzt und ist kriegsverwendungsfähig. Es wird neben der Verwendung in der Sprengstoffproduktion in Pestiziden, Düngemitteln, Medikamenten etc. eingesetzt. Die Auswirkungen des Abbaus und der Produktion sind verheerend in ihren massiven negativen Auswirkungen. Von den lokalen und regionalen Zerstörungen, der Verseuchung des Wassers, des Bodens, der Luft und aller Lebewesen mit radioaktiven- und schwermetallhaltigen Stoffen (inkl. der menschlichen Arbeiter), zieht sich die »Spur des Todes« um die ganze Welt. Unbeschreibliche, menschengemachte Vernichtung ziehen von Soda Springs ihre Weltenbahnen. Die US-Regierung, wie auch die anderen Regierungen weltweit sind an diesem Massensmord beteiligt.

können« (Ottmar Edenhofer vom PIK Potsdam). Wirtschaftsgeografie-Professor Christian Zeller folgert: »Es kann keinen nicht-fossilen Kapitalismus geben. Der Akkumulationszwang läßt sich auf der Grundlage erneuerbarer Energien nicht einlösen. Eine kapitalistische Energie-Wende ist unmöglich.«

Für mich persönlich verschleiert der einseitige Blick auf »den Klimawandel« (und seine Leugner) etwas den Blick auf die eigentliche gigantische Vernichtung des Lebens durch nicht nachhaltige Landnutzung. Die Ungleichheit der Menschen und die fehlende bzw. geringe politische Mitbestimmung sind weitere damit verbundene große Probleme.

Das derzeitige, weltweite konventionelle, industrielle Wirtschafts-, Politik- und Gesellschaftsmodell ist für mich verantwortlich für dieses dunkle Zeitalter der Massenvernichtung, das große Artensterben und den Tod des Lebens. Modell einer riesengroßen Ungerechtigkeit und der Ungleichheit insbesondere zwischen den Menschen. Die Eliten in Wirtschaft und Politik verhindern den Wandel und manifestieren unseren Untergang. Wir, das Volk, die »normalen Menschen« (die über 90 Prozent mit einem Einkommen unter einer Million Euro im Jahr) sollten und müssen dagegen in den kommenden Jahren noch viel mehr rebellieren. Wir brauchen eine noch viel größere Rebellion für das Leben!

Mein Herz ist mit dem Regenwald und seinen Lebewesen. Mein Herz ist mit dem Widerstand der lokalen Indigenen, der Ureinwohner Südamerikas. Sie sind eines der letzten physischen Bollwerke vor der vollständigen Vernichtung, die auf uns dort zukommt.

Die (reichen) Menschen der (industriellen) Länder weltweit haben es indirekt in der Hand. Beteiligt euch am politischen Kampf gegen die Vernichtung und steht auf! Der Tod und eure Verantwortung dafür beginnen vor eurer Haustür. Eure fehlende politische Mitbestimmung und der Kurs der Parteien, die ihr wählt, der Kurs der konventionellen, industriellen Wirtschaft und der Politik, führen zum Untergang der ökologischen, sozialen und ökonomischen Systeme.

Unser aller Welt ist zunehmend bedroht von den zerstörerischen Praktiken der sogenannten Moderne und seiner sogenannten Weltkonzerne.

Danke an die »Coordination gegen Bayer-Gefahren« (CBG) für ihren unglaublich langen Atem im Kampf gegen Bayer. Wie viele Menschen hören zu? Wer ist noch, wenn er umfänglich informiert ist, von der »Politik«, »unseren Führern« und »unserer modernen Gesellschaftsordnung« überzeugt?

Wie sagte einst sehr treffend Victor Hugo: »Das Paradies der Reichen ist gemacht aus der Hölle der Armen!« (Zitat aus »Stichwort BAYER«).

CAROLIN WEITBLICK

Gespräche mit dem Großvater

Mein Opa ist vor ein paar Jahren gestorben. Ich habe die Gespräche mit ihm immer gemiss. Wir konnten über Gott und die Welt reden. Er hörte mir zu und ich ihm. So erfuhr ich vieles über die Vergangenheit, was in der Schule schlicht nicht vorkam.

»Es ist alles so organisiert, daß wir mit dem Auto fahren müssen«, sagte ich in einem dieser Gespräche mit meinem Opa. »Die Supermärkte sind meist irgendwo am Stadtrand oder an vielbefahrenen Hauptstraßen. Ohne Auto bist Du aufgeschmissen. Eigentlich müßten wir das gemeinschaftlich organisieren, so als Nachbarschaftshilfe«, spann ich meinen Faden.

Mein Opa hat in seinem Leben viele Menschen kennengelernt, er ist ja früh geboren. Er sagte: »Ich hab den Kaiser mitgekriegt, hab den Hitler mitgekriegt, hab den Sozialismus mitgekriegt und jetzt krieg ich wieder den Kapitalismus mit«.

Und ich sag ihm: »Opa, ich bin völlig verzweifelt, bin ja Generation X, wir haben die Hoffnung verloren. Wir sind die, die nicht mehr glauben, daß die Menschheit noch zu retten ist oder überhaupt gerettet werden will. Opa, wir hatten doch alles, was sollen wir denn machen?«

Da blickt er mich an: »Eine Sache hat noch niemand ausprobiert: Das ist die Räterepublik.«

Ich schau erstaunt zurück. Räterepublik? Wie kann das funktionieren? »Überleg doch mal«, sagt er, »Du hattest doch schon damit angefangen: Gemeinschaftlich organisieren...«

Ich spinne den Faden weiter: »Wir machen 'ne Umfrage, wer braucht was, tun uns also in der Nachbarschaft zusammen. Leute, die ein Auto haben, versorgen dann die Nachbarn mit. Alte Leute, kranke Leute usw., also das ist es – wir brauchen Räte innerhalb der Straßen.«

In Berlin war ich aus meiner Wohnung auf die Straße geflogen, weil ich Obdachlose aufgenommen habe, samt deren Hunde. Die Obdachlosen waren irgendwann weg, die Hunde blieben, was dem Vermieter nicht gefiel. Ich hab mich rausschmeißen lassen, wollt' mir mal angucken im Sommer, wie das funktioniert. Ich hatte drei Monate Zeit, um mir eine Wohnung zu suchen, in meiner Traumstraße, meine Traumwohnung – es lohnt sich manchmal zu warten und auf dem Friedhof zu übernachten – es war cool, solange es draußen warm war.

Und ich habe etwas wichtiges gelernt. Dort auf der Straße, wenn die Menschen rausgehen, die Armen, dort reden die Leute miteinander. Und sie helfen einander. Man erzählt sich seine Sorgen. Egal, was Du brauchst, wenn du das sagst in der Runde – egal was, dann hat man sich gegenseitig geholfen.

Mein Opa kannte diese Geschichten, wir kramten sie wieder aus. »Doch das normale Zusammenleben heute«, sagte ich schließlich, »läßt sowas nicht zu. Die sozialen Kontakte untereinander werden faktisch unterbunden. Jeder

lebt in seiner Blase, kennt die Nachbarn bestenfalls vom flüchtigen Gruß auf der Treppe. Selbst wenn man irgendwo zusammensitzt, im Wartezimmer oder wo auch immer, dann starrt jeder bloß auf sein Handy und nimmt die Umgebung gar nicht wahr.«

Mein Opa nickte und sagte: »Wir müßten eigentlich unter jedem Balkon ein Sofa oder eine Bank stellen, damit wir uns – so, wie das in Italien üblich ist – draußen zum Kaffeetrinken mit den Nachbarn hinsetzen und miteinander reden.«

Und soweit her ist das nicht. Sogar bei uns im Viertel stehen vor manchen Hauseingängen Bänke. Manchmal treffen sich sogar noch Hausgemeinschaften, um gemeinsam irgendwas zu feiern. »Ja ja«, sagte mein Opa mit verschmitztem Lächeln, »so was soll es früher oft gegeben haben.«



FOTO: UTE MARRAM

Vor einiger Zeit las ich, daß die hiesige Wohnungsgenossenschaft bei ihren Sanierungen der letzten Zeit in den modernisierten Wohnblöcken Gemeinschaftsräume für ihre Genossenschaftsmitglieder eingerichtet hat. Allerdings habe ich noch nichts darüber gehört, ob diese Räume – immerhin Möglichkeiten – tatsächlich für ein neues gemeinschaftliches Miteinander genutzt werden.

»Solche Gemeinschaftsräume könnten doch solchen Räten, von denen Du gesprochen hast, Raum bieten«, sagte ich ihm. »Wenn also da die Menschen zusammenkommen und sich austauschen über das, was sie wollen und das dann an den verantwortlichen Stellen vorbringen. Sowas haben wir ja irgendwann im Studium gelernt – dieses Partizipieren, diesen Von-unten-nach-oben-Prozeß – der einfach nicht da ist. Weil wir uns ja gar nicht treffen dürfen. Aber diese Genossenschaftsräume sind ja auch nicht offen, sondern nur für Genossenschaftler.«

Ich blickte auf. Mein Opa hatte das Gesicht verzogen. »Solange Du nur die Kategorien Unten und Oben denken kannst und nicht darüber hinaus, wirst Du daran sicherlich nichts ändern.« Er stand auf und ging.

PEGGY SIEGEMUND | 39

Im unsichtbaren Visier

Die Staatsanwaltschaft Frankfurt/Oder und der polizeiliche Staatsschutz sind im »unsichtbaren Visier« der Neuen Spartakusgruppe.

Wir, die Neue Spartakusgruppe, und ich als ihr Sprecher und Mitglied des Führungsstabes möchten den Lesern der »Barnimer Bürgerpost« einschließlich den Mitlesern etwas über uns und unsere Tätigkeit berichten.



Die Neue Spartakusgruppe steht in der Tradition der von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg während des 1. Weltkrieges gegründeten Spartakusgruppe, aus der zur Jahreswende 1918/19 im Zusammenschluß mit anderen kommunistischen Gruppen die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) hervorging. Wir haben die alten Geleise von 1918/19 nicht verlassen.

Die KPD bestand gerade einen halben Monat, als ihre beiden Führer Rosa und Karl feige von Freikorpsoldaten ermordet wurden. Diese waren von der sozialdemokratischen »Revolutionsregierung« (Rat der Volksbeauftragten) unter Friedrich Ebert und Gustav Noske angeheuert worden, um die revolutionären Arbeiter und Soldaten, deren mutige Aktionen den Kaiser gestürzt und das Ende des Krieges erzwungen hatten, wieder unter das Joch des deutschen Großkapitals zu zwingen und ihren Widerstand im Blut zu ersticken.

Die kommunistische Bewegung konnten sie mit den feigen Morden nicht stoppen. Rosa und Karl und alle ihre Mitstreiterinnen und Mitstreiter bleiben in ewiger Erinnerung.

Die Neue Spartakusgruppe gründete sich im Januar 2011 im Roten Finowtal. Wir sind im gesamten Land Brandenburg tätig. Nach schweren Angriffen durch den Hitler-Nachfolgestaat BRD und dessen Handlangern in Robe und Uniform (Staatsanwaltschaft & Staatsschutz) gelang es uns am 16. Mai 2011, diesen Statisten über das Verwaltungsgericht eine Klatsche zu versetzen, daß diese rückwärts vom Bürostuhl rutschten. Wir wurden zugelassen.

Die Mitglieder der Neuen Spartakusgruppe können auf reichhaltige Erfahrungen im Kampf gegen die Zwangsorgane des Hitler-Nachfolgestaates zurückgreifen. Viele sammelten ihre Kampferfahrung schon in DDR-Zeiten. Auch heute noch stehen wir dem Klassenfeind, der immer offensichtlicher unser Land in den nächsten Krieg führen will, in Ba-taillonsstärke gegenüber. Wir haben ihn im Visier.

H.K. BLÄTTERMANN,

Sprecher und Mitglied des Führungsstabes

Jahrelanger Rechtsstreit beendet

BGH bestätigt Urteil gegen die Sparkasse Barnim

Eberswalde (bbp). Nach Urteilen des Bundesgerichtshofs (BGH) in Karlsruhe in zwei Musterfeststellungsklagen der Verbraucherzentrale Brandenburg (VZB) stehe fest, daß die Sparkasse Barnim für ihr flexibles Prämiensparen »keine wirksamen Zinsanpassungsklauseln« verwendet hat. Wie die VBZ im Januar mitteilte, habe sie mit den Klageverfahren erreichen können, »daß die Zinsen nachberechnet werden müssen«.

Neben der Sparkasse Barnim hatte die VBZ auch gegen die Sparkasse Spree-Neiße geklagt. Der BGH bestätigte mit den Urteilen vom 9. Dezember 2025 die Entscheidungen des Brandenburgischen Oberlandesgerichts vom Mai 2024. Dieses war der Ansicht der Verbraucherzentrale gefolgt, daß die Sparkassen Barnim und Spree-Neiße keine wirksamen Zinsanpassungsklauseln vereinbart hatten und die Zinsen deshalb neu zu berechnen sind.

»Die Urteile sind ein Erfolg für den Verbraucherschutz, denn die beiden Sparkassen konnten nur durch die Musterklagen zur Aufarbeitung dieses Problems bewegt werden«, meint Erk Schaarschmidt, Finanzexperte bei der Verbraucherzentrale Brandenburg. Aber leider sei »der BGH unserer Auffassung nicht gefolgt, die Langfristigkeit der Sparverträge bei den Zinsen stärker zu berücksichtigen. Daher ergibt sich ein gemischtes Bild für die Abrechnung: Während

zahlreiche Klageteilnehmende mit Nachzahlungen rechnen können, wird es auch Sparer geben, die keine weiteren Ansprüche gegenüber den Sparkassen haben.«

Die Urteile allein führen zwar nicht automatisch zu neuen Abrechnungen oder Nachzahlungen, da es sich um Feststellungsurteile handelt. Nach Kenntnis der Verbraucherzentrale Brandenburg haben beide Sparkassen jedoch begonnen, ihre betroffene Kundschaft anzuschreiben, um die Urteile zeitnah umzusetzen. »Die Betroffenen erwarten hier eine nachvollziehbare Berechnung ihrer Ansprüche«, so Schaarschmidt.

Wer sich an der Klage beteiligt hat, dazu aber bis Ende Februar nicht von seiner Sparkasse kontaktiert wurde oder weiteren Klärungsbedarf bezüglich der Schreiben hat, könne sich an die Verbraucherzentrale Brandenburg wenden.

Hintergrund: In den 1990er- und 2000er-Jahren boten unter anderem die Sparkassen Barnim und Spree-Neiße Prämiensparverträge unter dem Namen »Prämiensparen flexibel« an. Neben den regulären Zinsen erhielten Sparer dort jährliche Prämien. Seit 20 Jahren bemängeln Gerichte allerdings fehlende oder intransparente Regelungen der Banken zu Zinsanpassungen in solchen variabel verzinsten Sparverträgen. Viele Institute verweigerten faire Anpassungsmechanismen, weshalb Verbraucherzentralen bundesweit mehr als ein Dutzend Musterprozesse führten oder führen, darunter die zwei Verfahren in Brandenburg. Rund 300 Verbraucher hatten sich der Klage gegen die Sparkasse Barnim angeschlossen. Das Brandenburgische Oberlandesgericht verpflichtete die Sparkassen am 3. Mai 2024 erstmals dazu, eine transparente Zinsberechnung vorzunehmen. Die Verbraucherzentrale kritisierte jedoch, daß die festgelegte Anpassung die langfristige Ausrichtung der Sparverträge nicht ausreichend berücksichtigte. Deshalb legte sie gegen die Urteile des Oberlandesgerichts Revision beim BGH ein, die jedoch in beiden Fällen erfolglos blieb.

Kooperative Unternehmensnachfolge

Warum Genossenschaften neue Wege eröffnen

Die Unternehmensnachfolge wird für viele kleine und mittlere Unternehmen zunehmend zur zentralen Zukunftsfrage. In ländlichen Regionen wie Barnim und Uckermark findet schon heute ein erheblicher Teil der Betriebe keine Nachfolgerinnen – mit drastischen Folgen für Arbeitsplätze und regionale Wertschöpfung. »Auf vier Unternehmerinnen oder Unternehmer kommt bundesweit nur eine Nachfolgeperson«, so Prof. Dr. HEIKE WALK von der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE).

Neben dem klassischen Modell der einzelverantwortlichen Unternehmensführung brauche es dringend zusätzliche Wege – insbesondere kooperative Nachfolgemodelle wie Genossenschaften. Denn viele potentielle Nachfolger sind bereit, Verantwortung zu übernehmen, möchten dies aber nicht allein tun. Im Forschungsprojekt »Inno4Ufo« – Innovative Instrumente zur Unternehmensfort-

führung in ländlichen Räumen – wurde ein solches Modell erfolgreich erprobt. Eine Kfz-Werkstatt aus Eberswalde, zunächst ohne Nachfolgeperspektive, entwickelte gemeinsam mit ihren Mitarbeitenden ein genossenschaftliches Übernahmekonzept. Begleitet durch das Projekt wuchs aus anfänglicher Skepsis ein tragfähiger Zukunftsweg.

Genossenschaften bieten klare Vorteile: gemeinsame Verantwortung, langfristige Stabilität und größere Krisenfestigkeit. Entscheidungen werden demokratisch getroffen, Gewinne häufig reinvestiert, und die Unternehmen agieren sozial und regional verankert.

Doch, »über Genossenschaften wird kaum gesprochen – weder in Handelskammern noch in der Ausbildung«. Hier seien Hochschulen gefragt, kooperative Gründungs- und Nachfolgemodelle stärker in Forschung, Lehre und Gründungsberatung zu verankern.

ULRICH WESSOLLEK

Kommunale Konzepte und kapitalistische Realitäten

Die Grundstückseigentümer Oesterling und Herzberg hatten erfolgreich ihren Wunsch umsetzen können, für das Areal an der Eberswalder Straße / Ecke Spechthausener Straße per Extra-Bebauungsplan das geltende Einzelhandelszentrenkonzept (EHZK) der Stadt auszuhebeln. Die Stadtverordneten zeigten mehrheitlich ihr Verständnis. Denn mit dem Mieter Teppich Frick konnten nur vergleichsweise bescheidene Mieten erwirtschaftet werden.

Die Lösung für das Eigentümerpaar – beide betreiben auch eigene Betriebe in dem kleinen Gewerbegebiet und vermieten daneben auch noch an das Dänische Bettenlager (JYSK) – war die Ansiedlung eines weiteren Ramschladens, der freilich für die Versorgung der Bevölkerung völlig überflüssig ist.

Die Investitionen ins Gebäude werden von dem »Investor« getragen, der dann mit den anderen schon vorhandenen Ramschläden konkurrieren wird. Vielleicht sogar mit Erfolg. Das betriebswirtschaftliche Ziel der Eigentümer, höhere Mieteinnahmen zu generieren, wird erreicht. Es stand nur das EHZK im Wege. Den Span im Auge haben jedoch nicht die Eigentümer, sondern jene Stadtverordneten, die der Aushebelung des gültigen EHZK ihre Zustimmung gaben. Was eventuell die Bearbeiter in den zuständigen Ämtern davon haben, wissen wir nicht.

Die Folgen der erneuten Aufweichung des EHZK sind indes noch nicht absehbar. Im Brandenburgischen Viertel könnten laut diesem EHZK solche »innenstadtrelevanten Sortimente« schon jetzt angeboten werden. Ob so eine Action-Filiale im Kiez eine Bereicherung darstellen würde, mag zurecht bezweifelt werden. Aber der künftige Ramschladen an der Hauptstraße wird möglicherweise auch den letzten Billiganbieter von Klamotten (KiK) aus dem EKZ Heidewald vertreiben und damit die Situation im Kiez weiter verschlechtern.

Auch dort hat ein Privateigentümer das Sagen, dessen betriebswirtschaftliche Profitinteressen sein Tun bestimmen. Einzelheiten bleiben Geschäftsgeheimnis. Sicher ist bloß, daß es am wenigsten um die Bedürfnisse und Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner geht. Selbige sind bestenfalls Mittel zum Zweck. Kaufkraftpotentiale nennt sich das dann im betriebswirtschaftlichen Jargon.

Die Gentrifizierung im Kiez wurde zuletzt insbesondere von der Genossenschaft betrieben. Ihre Mietpreispolitik zielt vorrangig auf ein Klientel, das bereit und in der Lage ist, auch höhere Nutzungsentgelte zu bezahlen. Das wirkt hier unterstützend. Der Heidewald-Eigentümer kann warten.

Zurück zu Teppich Frick: Kann man dem Eigentümerpaar vorwerfen, daß sie aus ihrer Immobilie mehr herausholen wollen? Infolge der Coronamaßnahmen brach der Umsatz von Teppich Frick abrupt ein. Der Standort konnte nur überleben, weil die Eigentümer nicht unerhebliche Mietabschläge gewährt hatten. Und sie hielten auch Nach-Corona daran fest, weil sich der Umsatz von Teppich Frick nur mäßig erholte.

Insofern gab es ein durchaus beträchtliches Entgegenkommen seitens der beiden Grundstückseigentümer – was allerdings wiederum darauf beruhte, daß sie sonst gar keine Mieteinnahmen mehr gehabt hätten und zudem eine leere Immobilie, dem Verfall preisgege-



Foto: Thomas Gädcke

ben, womit ein prekäres Umfeld für die verbleibenden Händler entstanden wäre. Die Mietabschläge, möglicherweise gar mit Verlust für die Eigentümer des Gewerbegebiets, machten somit auch betriebswirtschaftlich insgesamt durchaus Sinn.

Ohne den Bebauungsplan hätte dieser Zustand fortbestanden. Es war ein politischer Eingriff, der daran etwas änderte. Politik wird von Menschen gemacht. Das ist kein »Naturereignis«.

Wie sich zeigt, sind moralische Kategorien als ernsthafte Kapitalismuskritik eher ungeeignet. So wird eben auch im Heidewald erst die Post abgehen, wenn der Eigentümer ernsthaft davon ausgeht, »auskömmliche« Profite erzielen zu können.

GERD MARKMANN

Wohnungsspekulation in Eberswalde

Das Recht auf Wohnen galt für die Bürger der DDR. Es war in der Verfassung festgeschrieben. Mit dem Anschluß an den Rechtsstaat BRD verloren sie dieses Recht. In der BRD haben sie kein Recht auf Wohnen.

Wohnungen sind in der BRD Objekte des Marktes. Sie dienen als Handelsware bei regionalen Immobilienmaklern oder gar bei Großkonzernen, die im Deutschen Aktienindex gelistet sind. Solche Tätigkeiten verlocken zu Spekulationen. Die BRD Politiker haben deshalb ein Gesetz beschlossen, das Spekulationen vermeiden soll. Wird eine Immobilie innerhalb von 10 Jahren nach Erwerb mit Gewinn verkauft, so fällt für den Gewinn eine Spekulationssteuer an. Somit kann man sich aus geltendem Recht herauskaufen, eine Form der Freiheit. Genutzt hat dieses Gesetz wenig, man denke auch daran, daß beispielsweise Berliner CDU-Politiker in diesem Zusammenhang selber zu Tätern wurden, und die Bürger schädigten.

Nun haben die Immobilienspekulationen auch Eberswalde erreicht. In der Wohnanlage Saarstraße/Tornower Straße gibt es 55 Wohnungen. 31 davon gehören einer Wohnungsgesellschaft. Die Eigentümer haben diese Wohnungen in den vergangenen 30 Jahren mehrfach im Paket verkauft. Für die Mieter dieser Wohnungen änderte sich nichts am Rechtsstatus. Am 1.1.2026 wurden diese Wohnungen erneut verkauft. Die Mieter dieser Wohnungen wurden von der Firma Bobbe Hausverwaltung in Westberlin Anfang Januar darüber informiert. Schon sechs Wochen später teilte diese Firma den Mietern mit, daß es die Absicht gibt, diese Wohnungen einzeln an Kapitalanleger zu verkaufen. Den Mietern wurde weiterhin mitgeteilt, daß sich für sie nichts ändert. Das ist geschwindelt, schließlich hat ein einzelner Erwerber das Recht auf Eigenbedarfskündigung.

Im weiteren werden die Bewohner aufgefordert, Fotos von ihren Wohnungen anzuferti-

gen bzw. durch einen vom Verwalter bestellten Fotografen anfertigen zu lassen. Es heißt dann in dem vorliegenden Schreiben: »Die Bilder werden nicht veröffentlicht und alle persönlichen Gegenstände werden unkenntlich gemacht«. Welcher normale Mensch glaubt der Aussage einer Westberliner Hausverwaltung?

Nicht nur Mieter sind von dieser Immobilienspekulation betroffen. Neben der Bobbe Hausverwaltung gibt es noch die Hausverwaltung für die gesamte Wohnanlage. Diese Hausverwaltung muß jedem Verkauf einer Wohnung zustimmen. Speziell muß sie die Bonität des Erwerbers, d.h. die Herkunft des Geldes und den Verdacht auf Geldwäsche, überprüfen. Der Hausverwaltung der gesamten Wohnanlage entstehen nun durch den Verkaufsprozeß Kosten, die die übrigen Eigentümer tragen müssen. Ebenso ist fraglich, ob der Hausverwalter der Wohnanlage überhaupt ausländische Käufer überprüfen darf und kann. Hier kommt das BRD-Recht zum Nachteil der Bürger wieder in Schwierigkeiten.

ROSEMARIE CREUTZ

(Name von der Redaktion geändert) 41

BBP-Bücherkiste

Nach längerer Pause machen wir mal wieder die BBP-Bücherkiste auf. Die bisherigen elf Ausgaben finden sich in den BBP zwischen Sommer/2023 und Sommer/2024. Einiges von den Angeboten ist noch vorrätig. Diesmal geht es nicht um antiquarische Bücherspenden, die uns erreichten, sondern um neue oder zumindest neuere Ausgaben, die noch der Preisbindung unterliegen.

Autor ist **HARMUT LINDNER**, der seit vielen Jahren zu den Stammautoren der »Barnimer Bürgerpost« gehört. Seine Bücher und Hefte erscheinen in der »edition choriner ende« (ece). »In der edition choriner ende erscheinen nur Texte, deren Veröffentlichung von den zehn führenden deutschsprachigen Verlagen abgelehnt wurde. Das bürgt für die Qualität.« (Aus der Werbeabteilung der ece). Interessenten wenden sich bitte an die Redaktion (Kontakt siehe Impressum auf Seite 16).

• **Hartmut Lindner: Auf nach Kabul! Auf nach Bagdad!**

Neues vom braven Soldaten Schweyk, dem unermüdlich solidarischen Kämpfer an der Heimatfront im Krieg der internationalen Allianz gegen den Terrorismus nach dem 11.9.2001. 2. erweiterte Auflage, Chorin 2025, 250 Seiten, 20 Euro.

Die Informationen vom Amt für Gesprächsaufzeichnungen (AGA) reichen nunmehr bis ins Jahr 2025. Sie wurden dekodiert und verbürgt von Hartmut Lindner. Margrit Kattner steuerte Illustrationen bei.

• **Hartmut Lindner: Deutschland. Ein Herbststrauß.**

Stänker- und Zänkerreime. Ein Beitrag zum Heinejahr 2006 (aktualisierte Auflage 2016), 48 Seiten, 3,80 Euro.

• **Hartmut Lindner: Joachimsthaler Kaleidoskop.**

Angeregt von aktuellen Ablehnungsbescheiden des BAMF, Chorin 2020, 40 Seiten, 3,50 Euro.

• **Hartmut Lindner: Heillosen Optimismus und blindes Vertrauen in schnelllebiger Zeit.**

Texte für alle Besitzer der Goldenen Kundenkarte. Berlin und Senftenhütte 2004, 28 Seiten, 3 Euro.

Terrorismus hoher Intensität

Der »Friedensbringer« Trump hat nun zum zweitenmal im Zusammenwirken mit Israel den Iran angegriffen. In gewohnter Terroristenmanier mit einem »Enthauptungsschlag«, dem diesmal der sogenannte Revolutionsführer Chameini zum Opfer fiel.

Dieser Staatsterrorismus hoher Intensität und seiner zunehmenden Dynamik baut auf den US-amerikanischen Weltordnungskriegen seit den 1990er Jahren und besonders nach dem 11. September 2001 auf, dürfte aber dennoch als eine neue Phase der modernen Kriege in die Geschichte eingehen. Das gezielte Töten oder Kidnappen von Staatsoberhäuptern galt früher weitgehend als Tabu. Denn was ich anderen tu, trifft irgendwann auf

Innovationen in der Kommunalpolitik:

Verbrauchsgerechte Müllgebühren?

Anfang Dezember informierte die lokale Tageszeitung unter der Überschrift »Neues Verfahren wird geprüft« (Oberbarnimer Echo, 3.12.2025) über Pläne der Kreisverwaltung die Mülltarife künftig nach Verbrauch abzurechnen. Es war einigen Kreistagsabgeordneten doch tatsächlich aufgefallen, daß die Müllgebühren nur eine Richtung kennen – nach oben! Eigentlich ist das wenig überraschend, denn wenn alles teurer wird, dann natürlich auch der Müll. Muß man überhaupt darüber reden? MOZ scheint dieser Meinung zu sein, auch die CDU. Warum jetzt plötzlich? Das ist genau so klar. Der CDU-Kandidat will im Landrat werden und da macht es sich natürlich gut, wenn man dem SPD-Landrat »am Zeuge flicken« kann.

Die Abgeordneten haben auch festgestellt, daß aktuell die Gebühren größtenteils pauschal erhoben werden und daß die pauschale Umlage keine Anreize zur Reduktion (gemeint ist die Müllmenge) biete. Was sind das doch für schlaue Leute! Beeindruckend ist die Geschwindigkeit, welche die Abgeordneten für diese Feststellung vorgelegt haben! Waren es sechs, oder zehn oder gar zwanzig Jahre?

Daß das Fehlen von Anreizen zur Müllvermeidung gesetzwidrig ist, haben die Abgeordneten nicht festgestellt und der MOZ-Autor verschweigt es schamhaft. Weiß er es nicht? Statt dessen versucht er uns zu erklären, daß die Entsorgungskosten in den Pauschalgebühren enthalten sind, nicht nur für den Restmüll sondern auch für »verschiedene« Abfallarten. Das ist doch in Ordnung, oder etwa nicht? Ärgerlich sei jedoch die CO₂-Steuer für die »thermische Verwertung«, die nun die Gebühren hochtreibt und die noch weiter steigen wird.

Aber was sind das für verschiedene Abfallarten die so hohe Kosten verursachen?

Der Restmüll ist es nicht. Die schwarzen Tonnen werden ja kaum noch voll und der Inhalt ist auch nicht besonders energiereich, brennt nur schlecht. Die Leichtverpackungen werden hingegen gesondert in den gelben Tonnen gesammelt. Die brennen gut, sollen aber eigentlich – so wird es uns gern erzählt – recycelt, also stofflich verwertet werden. Es handelt sich dabei nicht wirklich um Abfall sondern wird von einem Sonderunternehmen als Wertstoff erfaßt.

Dieses Unternehmen heißt Duales System Deutschland (DSD). Einsammeln, transportieren und verwerten des DSD-Materials hat in der Kalkulation der Abfallgebühren nichts zu suchen, auch nicht, wenn die Wertstoffe gar nicht recycelt sondern nur verbrannt werden. Das bringt sehr viel CO₂! Die Verbrennung wird aber gar nicht gern so ge-

nannt, hier heißt sie »thermische Verwertung«, auch wenn die Wärme gar nicht genutzt wird. Die CO₂-Steuer dafür ist von DSD zu bezahlen, also von den Verbrauchern, die dafür schon im Supermarkt gezahlt haben. Aus den Abfallgebühren jedenfalls darf dafür kein Cent fließen.

Eine weitere Abfallart sind die organischen, sogenannten BIO-Abfälle. Einsammeln, transportieren und verwerten, das ist ein völlig neues Sammelsystem, das neben dem System Restmüll betrieben wird, betrieben werden muß und das schon seit dem Jahr 2014. Dieses System wird von allen Einwohnern pauschal finanziert, auch von denen, die das System gar nicht nutzen. Das treibt also die Gebühren für alle in die Höhe. Eigentlich soll das System BIO sich durch den Verkauf von Kompost und BIO-Gas selbst finanzieren. Aber was da erwirtschaftet wird, reicht nicht. Also muß der Bürger dazulöhnen.

Das pauschale Abkassieren von allen Einwohnern ist jedoch nicht verursachergerecht (Gebühren ohne Leistung) und erfüllt gar den Straftatbestand nach § 353 (1) Strafgesetzbuch (StGB). Darin heißt es sinngemäß, daß sich ein Amtsträger strafbar macht, der Gebühren fordert, die der Geforderte gar nicht schuldet. Weitere Abfallarten sind Sperrmüll, Altmetalle, Elektro- und Elektronikschrott und sogenannte gefährliche Abfälle, die derzeit auch pauschal in die Abfallgebühren eingehen, also auch nicht verursachergerecht erhoben werden, genausowenig wie die pauschalen Zuschüsse für den Betrieb der sogenannten Wertstoffhöfe.

Zusammenfassend bleibt festzustellen, daß die Müllgebühren pauschal große Anteile enthalten, die da einfach nicht reingehören und daß es Zeit wird, wie sogar gesetzlich vorgeschrieben, die Müllgebühren verursachergerecht kostendeckend zu erheben. In der Zeitung konnten wir lesen, daß hier ein »neues Verfahren« geprüft wird. Dieses Verfahren gibt es aber noch gar nicht, oder doch? Ich bin gespannt! In der Heimatzeitung steht jetzt schon der Satz: »Wer weniger Müll produziert zahlt auch weniger«. Wer noch eine vage Erinnerung hat an den Deutschunterricht in der Schule, der weiß: Dieser Satz beschreibt die Gegenwart, Präsens. Wenn ich jedoch in meine Abrechnung der Müllgebühren reinschaue, dann ist das im Präsens ganz anders. Ich zahle für Müll, den andere gemacht haben. Der Satz kann also nur Zukunftsmusik sein, also Futurum: Wer demnächst weniger Müll produziert, der soll dafür auch weniger zahlen müssen. Bin gespannt, ob das wirklich so sein wird. Das wäre nicht schlecht.

Es geschah vor 60 Jahren:

Die Flieger-Helden aus Finow

Vor zwanzig Jahren erinnerte nur noch eine unauffällige Marmortafel im Park des ehemaligen Friedhofs von Heegermühle daran. Am Fuße des Ehrenmals für die in Finow 1945 umgekommenen Sowjetsoldaten zeigte diese Marmorplatte die eingravierten Namen KAPUSTIN, B.W. und JANOW, J.N. sowie ein steil nach unten zeigendes Flugzeug. Den damaligen 40. Jahrestag nahm die BRANDENBURGISCHE FREUNDSCHAFTSGESELLSCHAFT zum Anlaß, an die beiden sowjetischen Flieger und ihre Heldentat zu erinnern. Fortan wurde es zur Tradition, in jedem Jahr am 6. April an der Marmortafel den beiden Helden zu gedenken. Nach Eingliederung des Finower Stadtparks in das Gelände der benachbarten Grundschule fand die Marmortafel ihren Platz auf dem sowjetischen Garnisionsfriedhof an der Heegermühler Straße in Westend. Nachfolgend können Sie den Artikel von Kurt Berus lesen, der vor zwanzig Jahren ausführlich über die Geschehnisse im Jahr 1966 berichtet hatte (BBP 4/2006):



An dem Trauermeeting im April 1966 nahmen auch zahlreiche Einwohner Finows teil.

Am 6. April 1966 startete auf dem Flugplatz Finow eine Jak-28, ein zweistrahliger leichter Bomber, zum Überflug nach Süden. An Bord der Maschine: Hauptmann Boris Wladimirowitsch Kapustin und Oberleutnant Juri Nikolajewitsch Janow, beide 34 Jahre, verheiratet.

Über den Wolken versagte plötzlich die Steuerung. Die Besatzung erhielt vom Boden den Befehl, abzuspringen. Da die Triebwerke noch funktionierten, durchstieß die Besatzung im Niedergehen die Wolken und sah mit Bestürzung, daß sie sich über dichtbesiedeltem Gebiet von Westberlin (Spandau) befanden. Kurz entschlossen entschieden die beiden Offiziere, eine Notlandung zu versuchen, um Opfer unter den Bewohnern beim unkontrollierten Absturz zu vermeiden. Diese in Sekunden getroffene Entscheidung ergibt sich aus den Funkaufzeichnungen zwischen Maschine und Bodenstation.

Die einzige Fläche, auf der eine Notlandung möglich schien, war die Oberfläche einiger Seen. Dieser Versuch scheiterte, wahrscheinlich aufgrund stärkerer Probleme mit der defekten Steuerung sowie der Form der Seen. Kurz vor der tatsächlichen Aufsetzstelle stoßen zwei Seen aneinander, an der engsten Stelle verbindet eine hohe Brücke die steil ansteigenden Ufer. Hinter dieser Brücke torkelte die JAK mit geringer Geschwindigkeit aufs Wasser, ging kurz nach 15.30 Uhr etwa 300 m vom Ufer entfernt sofort unter. Augenzeugen berichteten, daß die Maschine in »ca. 1000 m

Höhe um ihre Längsachse getrudelt« und dann »mit dumpfen Knall auf die Wasseroberfläche aufgeschlagen« sei. Einige hatten auch den Eindruck, »daß der Pilot noch an Bord war und die Maschine kurz über dem See abzufangen versuchte«. Die Wassertiefe betrug ungefähr fünf Meter.

Es war die Zeit des »kalten Krieges«. Bevor die Bergung der Maschine und der Toten begann, wurde das Ufergelände am Stössensee durch britische Militärpolizei hermetisch abgeriegelt. Das Interesse galt mehr dem Typ der Maschine und den vermuteten Spezialausrüstungen. Dafür wurden extra Spezialtaucher aus London eingeflogen. In der Presse wurden sogar Vermutungen geäußert, daß die Maschine Atomwaffen tragen könnte. Am Mittwoch war die Maschine in den See gestürzt, am Donnerstagabend wurde das Rumpfteil mit dem Cockpit, in dem die »eingeklemmten Leichen der beiden Besatzungsmitglieder zu sehen waren«, geborgen. Erst am 14. April wurden die Flugzeugtrümmer übergeben, nachdem man festgestellt hatte, daß es sich um einen Überschalljäger mit Allwettertauglichkeit handelt, der vor allem als Fernauflärer Verwendung findet.

Im Westberliner »Tagesspiegel« erschienen mehrere große Berichte dazu. Am 17.4.1966 wurde in einem kleinen Artikel mitgeteilt, daß die Bergungsarbeiten fortgesetzt worden seien und ein geheimer elektronischer Schaltplan gefunden wurde.

Die Machnowstschina

Gulaj-Pole (bbp). Anfang des Jahres eroberte die russische Armee in der Ukraine die Stadt Gulaj-Pole. Es ist die Geburtsstadt des anarchistischen Revolutionärs NESTOR MACHNO (1889-1935) und war das Zentrum einer Bewegung, die nach jenem benannt und als Machnowstschina in die Geschichte einging.

Die Machnowstschina, schrieb PETER ARSCHINOFF in seiner 1923 erschienen Geschichte der Machno-Bewegung*, zeigte sich in zwei grundlegenden Seiten.

Erstens sehen wir ihren volkstümlichen, den unteren Volksschichten entsprungenen, wahrhaft proletarischen Urquell: die Bewegung ist in den Massen entstanden und wird von Anfang an bis zu Ende von den Massen unterstützt, entwickelt und geleitet; zweitens handelt es sich nicht nur um eine elementare Bewegung, sondern sie stützt sich vollkommen bewußt gleich von den ersten Tagen ihres Entstehens an auf einige unstreitig anarchistische Prinzipien:

a) auf das Recht der vollen Initiative der Werktätigen, b) auf das Recht ihrer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Selbstverwaltung, c) auf das Prinzip der Staatslosigkeit im sozialen Aufbau.

Im Verlauf ihrer ganzen Entwicklung hält die Bewegung hartnäckig und folgerichtig an diesen Prinzipien fest. Um dieser Prinzipien willen hat sie zweihundert bis dreihunderttausend der beste Söhne des Volkes verloren, Bündnisse, gleichviel mit welchen staatlichen Gewalten abgelehnt und im Verlauf von drei Jahren unter unglaublich schwierigen Bedingungen mit in den Analen der Geschichte seltenem heroischem Mut das schwarze Banner der geknechteten Menschheit vorangetragen, auf welchem zu lesen ist: Wahre Freiheit der Werktätigen, wahre Gleichheit in der neuen Gesellschaft.

* Peter Arschinoff: Geschichte der Machno-Bewegung (1918-1921), Herausgeber: Union anarchistischer Vereine Berlin und Umgegend

In anderen Westberliner Zeitungen wurde in Leserbriefen gewürdigt, daß die beiden Sowjetpiloten ihr eigenes Leben geopfert haben, um keine Zivilisten zu gefährden.

Ich möchte das deshalb hervorheben, weil in dieser Zeit verzweifelt nach vier H-Bomben gesucht wurde, die eine US-B 52 acht Kilometer vor der spanischen Küste »verloren« hatte, wie in derselben Ausgabe berichtet wurde.

Vom Finower Flugplatz, auf dem die Maschine stationiert war, wurden die sterblichen Überreste in die Heimatstadt Rostow am Don überführt. Am Trauermeeting nahmen auch viele Finower Einwohner teil.

Die Gedenktafel im Park wurde im Herbst 1979 in Anwesenheit von Waleri Kapustin, der mit 8 Jahren seinen Vater verloren hatte, eingeweiht.

Die besondere Verbindung zwischen Costa Rica und Eberswalde

Botschafter Lehmann Gutierrez zu Besuch beim Diplomatischen Salon

Die Debatte um Klimawandel und Erderwärmung scheint momentan etwas abgekühlt zu sein, zu groß die mediale Präsenz internationaler Konflikte, anhaltender wirtschaftlicher Wachstumsschwäche vor dem Hintergrund von steigender Inflation und wütenden Zollkriegen. Demonstrationen gegen einen Rechtsruck im Land ziehen die Menschen auf die Straße. Das unaufschiebbare Thema Klimaschutz ist, so kommt es vor, in den Hintergrund gerückt. Und ohnehin: »Ja, aber was ist denn mit China und den USA?«. Wieviel können nationale Anstrengungen überhaupt bewirken?

Inspiration könnte sich in Zentralamerika finden. Etwas über 5 Millionen Menschen leben in Costa Rica, circa dreißig Prozent davon in der Metropolregion der Hauptstadt San José. Die Nationalparks Corcovado und Manuel Antonio ziehen jedes Jahr Millionen Touristen an.



Olof Wessberg, am 23. Juli 1975 unter bis heute ungeklärten Umständen in Costa Rica ermordet, wurde am 15. Juli 1919 in Eberswalde geboren.



Auf Einladung der Hoeck-Stiftung kam Costa Ricas Botschafter ANTONIO JOSE LEHMANN GUTIERREZ nach Eberswalde. 90 Gästen folgten der Einladung in die Eberswalder Stadtbibliothek.

Am 11. November 2025 lud die Hoeck-Stiftung zur 24. Ausgabe des »Diplomatischen Salon – Die Welt zu Gast in Eberswalde« ein. Zu Gast war der Botschafter von Costa Rica S.E. ANTONIO JOSE LEHMANN GUTIERREZ.

Das Leben in Einklang mit der Natur, als Teil des Ökosystem statt als Diktator seiner Regeln ist dabei für die Costa Ricaner von hoher Bedeutung. Der Botschafter beschreibt die Mentalität seiner Landsleute in der Eberswalder Stadtbibliothek mit den Worten »pura vida«, es ginge darum sein Glück zu erkennen und dieses wertzuschätzen. Gesegnet ist das Land, welches zwar nur 0,03 Prozent der Erdoberfläche bedeckt, mit rund sechs Prozent der globalen Biodiversität.

Ausgerechnet ein Eberswalder trug zur Schaffung dieser Schutzräume maßgeblich bei. NILS OLOF WESSBERG, Sohn schwedisch-deutscher Eltern, gründete 1963 das Naturreiservat Cabo Blanco, ein Gebiet welches heute im Corcovado Nationalpark integriert ist. Den Kampf für Naturschutz und Artenvielfalt bezahlte Wessberg 1975 mit dem Leben. »Unse-

ren tiefsten Dank und unsere Anerkennung«, so der Botschafter. Wessberg sei ein Visionär gewesen und trüge einen bedeutenden Anteil daran, daß heute 27 Prozent der Fläche Costa Ricas unter Naturschutz steht.

Auch dieser Diplomatische Salon erfreute sich wieder großer Beliebtheit. Bei über 90 Gästen blieb kein Stuhl in der Eberswalder Stadtbibliothek unbesetzt. Costa Rica steht für starken Naturschutz und hohe Investitionen in Bildung (dafür zum Beispiel keine Ausgaben für Militär). Zwei Themen, die auch im Barnim und besonders in Eberswalde von besonderer Bedeutung sind. Der Landkreis verschuldet sich sogar, um in Bildung zu investieren. Und mit dem Naturpark Barnim und dem Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin plus der Hochschule für nachhaltige Entwicklung schaffen wir die Verbindung zwischen Bildung und Natur- und Umweltschutz. Ich würde mich freuen, wenn wir die Verbindung zu Costa Rica nutzen und die Zusammenarbeit vertiefen könnten.

MARTIN HOECK

Das Buch beinhaltet 26 Beiträge auf 266 Seiten und kostet 16 Euro. Erhältlich ist das Jahrbuch in den Eberswalder Buchhandlungen Mahler und Mysak, in der Touristeninformation sowie über den Verein. Das Jahrbuch umfaßt zahlreiche Beiträge, die neue historische Erkenntnisse erschließen und bisher wenig beleuchtete Aspekte der Stadt- und Regionalgeschichte aufarbeiten. Dazu gehören:

- Baudenkmale im Fokus: Eine ikonographische Untersuchung des südlichen Portals der Maria-Magdalenen-Kirche sowie eine Analyse des zentralen Altarbildes der Stadtkirche geben neue Einblicke in die Religionskunst.
- Frühe Orts- und Siedlungsgeschichte: Die Erstnennungen von Orten im Raum Eberswalde im Landbuch der Mark Brandenburg und die Finowfurter Ortsgeschichten zum 650-jährigen Jubiläum verdeutlichen die historischen Entwicklungen im Barnim.

Heimatkunde-Jahrbuch 2025

Der Eberswalder Heimatkundeverein hat im Dezember sein neuestes heimatgeschichtliches Jahrbuch veröffentlicht. Der Sammelband beleuchtet vielfältige Aspekte der Stadt- und Regionalgeschichte. Von kirchlichen Baudenkmälern über frühe Ortschroniken bis hin zu Beiträgen zur Kriminal-, Sozial- und Umweltgeschichte.

- Kriminal- und Sozialgeschichte: Beiträge zu Wildddieberei und Förstermorden im »Tatort Wald« zeichnen ein eindrucksvolles Bild früher sozialer Konfliktlagen.
- Stadtentwicklung: Ein umfassender Artikel zur Modernisierung der städtischen Infrastruktur zwischen 1850 und 1914 beleuchtet die dynamische Transformation Eberswaldes in dieser Phase.
- Biographische Beiträge: Porträts bedeutender Persönlichkeiten wie Generalstabsarzt Otto von Schjerning, Rudolf Schmidt oder Friedrich Henkel zeigen die Lebenswege von Menschen, die die Region geprägt haben.

- Zeitgeschichte und Gedenkkultur: Die Sprengung des Aussichtsturms vor 80 Jahren, die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit der Hochschule in Eberswalde sowie Nachrufe auf prägende Persönlichkeiten schlagen eine Brücke zur jüngeren Geschichte.
- Natur- und Umweltgeschichte: Beiträge zur Finower Heide, zur Schorfheide sowie zur Rot-Eiche als Baum des Jahres 2025 machen deutlich, wie eng Naturraum und regionales Selbstverständnis verbunden sind.

SEBASTIAN HEIMANN, Vorsitzender
Verein für Heimatkunde zu Eberswalde e.V.
(kontakt@heimatkundeverein-eberswalde.de)

Konrad-Wolf-Filmreihe in Bernau wird 2026 fortgesetzt:

Wolfs Heimatfilm: »Einmal ist keinmal«

Im Rahmen der Konrad-Wolf-Filmreihe der Urania Barnim e.V. in Bernau wurde das Jahr 2026 am 5. Februar mit seinem Erstlingswerk »Einmal ist keinmal« eröffnet. Es handelt sich um eine flott inszenierte Musikkomödie, die in Klingenthal im Naturpark Erzgebirge/Vogtland spielt. Entstehungsjahr des Films ist 1955. Da war die deutsche Teilung noch nicht in allen Bereichen durchgezogen. Mit der Losung Deutsche an einen Tisch hatte der IV. SED-Parteitag 1954 zu Verhandlungen über die deutsche Einheit ohne Einbeziehung der Siegermächte aufgerufen. In dem Film konnten deshalb problemlos die männliche Hauptfigur aus Düsseldorf kommen und der Kölner Schauspieler Gustav Müller einen deftigen Schuhplattler hinlegen. Gustav Müller trat auch regelmäßig in der DDR Politshow-Sendung »Da lacht der Bär« neben Heinz Quermann (Sachsen) und Herbert Köfer (Ost-Berlin) auf.

»Einmal ist keinmal« zählt zu den wenigen Heimatfilmen, die die DEFA produzierte. Der Film gilt als Wolfs Hommage an den sowjetischen Musical-Regisseur Grigori Alexandrow, bei dem Wolf am Moskauer Gerassimow Institut für Kinematographie (WGIK) studiert hatte. Allein im Jahr 1955 hatten in der Bundesrepublik Deutschland und Österreich 13 Heimatfilme Premiere, zum Beispiel »An der schönen blauen Donau« mit Hardy Krüger, »Ja, Ja, die Liebe in Tirol« mit Hans Moser oder »Heimatland« (Regie: Franz Antel). Die meisten dieser Heimatfilme stehen unter Kitsch-Verdacht.

Heimatfilme, besonders jene der 1950er-Jahre im deutschsprachigen Raum, bedienen sich häufig einer stark idealisierten Darstellung von Landschaft, Gemeinschaft und zwischenmenschlichen Beziehungen. Die Filme zeigen eine Welt, die harmonisch, überschaubar und frei von tiefgreifenden Konflikten ist. Probleme werden zwar angedeutet, lösen sich jedoch meist schnell und eindeutig auf, sodaß am Ende Ordnung, Liebe und moralische Klarheit triumphieren. Genau diese Überzeichnung des Schönen, Guten und Vertrauten gilt als zentrales Merkmal von Kitsch.

Kitsch erfüllt im Heimatfilm jedoch nicht nur eine ästhetische, sondern auch eine emotionale Funktion. Nach den Erfahrungen von Krieg, Vertreibung und gesellschaftlichem Umbruch boten Heimatfilme vielen Menschen eine Form der Eskapismus-Kultur. Die kitschige Darstellung von Heimat – mit grünen Almen, klaren Gebirgsseen und traditionsbewußten Dorfgemeinschaften – vermittelte Sicherheit, Geborgenheit und Kontinuität. Heimat wird dabei weniger als realer Ort

gezeigt, sondern als Gefühl und Sehnsuchtsraum, der Stabilität versprach. Der Kitsch verstärkt diese Wirkung, indem er komplexe Realitäten vereinfacht und emotional auflädt. Gleichzeitig ist Kitsch im Heimatfilm ambivalent zu bewerten.

Einerseits kann er als oberflächlich und realitätsfern kritisiert werden, da soziale Konflikte, politische Spannungen oder individuelle Brüche ausgeblendet bleiben. Andererseits macht gerade diese Überhöhung den Heimatfilm als kulturelles Phänomen verständlich: Kitsch fungiert hier als Ausdruck kollektiver Wünsche und Ängste. In moderneren Heimatfilmen wird dieser Zusammenhang oft reflektiert oder ironisch gebrochen, indem traditionelle Motive bewußt hinterfragt werden, zum Beispiel im Film »Im tiefen Tal« (2014).

So zeigt sich, daß Kitsch nicht nur ein ästhetischer Makel ist, sondern ein Schlüssel zum Verständnis der emotionalen und gesellschaftlichen Bedeutung von Heimatfilmen. Es gibt eine Reihe von typischen Motiven in den klassischen Heimatfilmen, die sich auch in Konrad Wolfs Film »Einmal ist keinmal« beobachten lassen.

1. Idealisertes Landschaftsbild: Klingenthal: Die Natur im Zentrum – Wälder, Blumenwiesen, Seen oder Berge werden als unberührte, zeitlose Idylle gezeigt. Die Landschaft ist mehr als Kulisse – sie fungiert als moralische Instanz und Gegenpol zur »verdorbenen« Stadt.

2. Heimat als harmonischer Lebensraum: Heimat erscheint als überschaubare, geordnete Welt, in der jeder seinen Platz kennt (VEB Klingenthaler Harmonikwerke). Konflikte existieren zwar, bedrohen die Ordnung aber nur vorübergehend und werden am Ende versöhnt.

3. Stadt-Land-Gegensatz: Klingenthal versus Düsseldorf: Ein klassisches Motiv ist der Kontrast zwischen Stadt (modern, kalt) und Land (ehrlich, naturverbunden, sittlich). Figuren aus der Stadt (der junge Komponist Peter) müssen sich bewähren oder werden »geheilt«, indem sie zur Heimat zurückfinden.

4. Tradition und Brauchtum: Klingenthaler Musikfest: Trachten, Volksmusik, Feste oder Jagdrituale sind zentrale Elemente. Sie symbolisieren Kontinuität, kulturelle Identität und Stabilität – oft ohne historische oder soziale Brüche zu thematisieren.

5. Klare moralische Ordnung: Der junge Musiker versus Onkel Edeltanne: Gut und Böse sind eindeutig verteilt. Autoritätsfiguren wie der Direktor, Förster, Pfarrer oder Dorfälteste stehen für Recht und Ordnung. Am Ende siegt fast immer Gerechtigkeit und moralische Klarheit.



6. Liebesgeschichten als Handlungskern: Junger Musiker Peter und die launenhafte Anna. Die Handlung kreist häufig um eine romantische Liebesgeschichte, die durch Standesunterschiede, Mißverständnisse oder äußere Einflüsse gefährdet wird. Die endgültige Vereinigung bestätigt die soziale Ordnung.

7. Versöhnliches Happy End: Peter und Anna küssen sich zum zweiten Mal: Am Schluß steht fast immer die Wiederherstellung der Harmonie: Schuld wird vergeben, Liebende finden zusammen, die Gemeinschaft schließt sich. Dieses Ende ist ein zentraler kitschiger Zug des Genres.

Die Heimatfilme der 1950er-Jahre blenden systematisch die gesellschaftliche Realität aus. Die Filme bieten eine heile Welt, die als Fluchtort vor den Belastungen der Nachkriegszeit fungiert. Heimat wird zur Projektionsfläche für das, was verloren schien oder nie existierte. Themen wie Nationalsozialismus, Kriegsschuld, Vertreibung oder soziale Ungleichheit kommen kaum vor.

Diesen Themen hat sich Konrad Wolf dann in seinem weiteren filmischen Oeuvre intensiv gewidmet und dadurch auch internationalen Rang erreicht. Komödien hat er nicht mehr gedreht.

DIETER KORCZAK

Die nächsten Termine in der Konrad-Wolf-Reihe in Bernau. Anmeldungen jeweils über <https://urania-barnim.de/veranstaltungskalender/>

26. März 2026 »Genesung« (1956)

9. April 2026 »Lissy« (1957)

23. April 2026 »Busch singt«

(Teil 3: 1935 oder das Faß der Pandora)

21. Mai 2026 »Busch singt«

(Teil 5: Ein Toter auf Urlaub)

Frühjahrs müde

Einige Gründe, warum Du liegen bleiben solltest!

1. Wer schläft, sündigt nicht.
2. Wer nicht da ist, steht auch nicht im Weg.
3. So verschwendest und versaust Du wenigstens kein Material.
4. Du gerätst nicht in Streit mit dem Chef, sobald der Dich sieht. Laß Dich ja nicht sehen!
5. Das Firmen-WC ist weniger lange blockiert.
6. Die Putzfrau wird entlastet.
7. Du sparst Dir den Aufwachkaffee und kannst gleich mit vitaminreichem Bier den (Mit)tag beginnen.
8. Boß und Kollegen werden beim Liefern von Nachschub an Deinen Arbeitsplatz entlastet.
9. Das Wegbrechen internationaler Lieferketten hat null Wirkung auf Deine Produktivität.
10. Wenn Du doch da wärst und mit anfassen würdest, fühlt sich das für alle anderen ja so an, als ob zwei Leute loslassen würden! Also ...

Ein alter Mann ist kein D-Zug! Zwei davon sind auch keine Tempo-Garantie. Aber bald ist der Winter ja geschafft und dann kommt endlich die Frühjahrs müdigkeit!

Den Schlafbedarf kann ich Dir nicht nehmen, aber vielleicht kann ich Dir den Leistungsdruck senken, wenn ich all Deine täglichen Pflichten zum größten Teil als soziales Konstrukt bezeichne. Bevor ich jetzt zu sehr den Philosophen heraus hängen lasse, ziehe ich mir die Bettdecke wieder über beide Ohren, gemäß der ordentlichen Tagesplanung:

1. Liste machen
 2. ersten Punkt abhaken
 3. freuen, daß schon so viel geschafft wurde
 4. zur Belohnung erst mal ein Nickerchen!
- Schlaf gut!

P.S.

Preisskat und Romméturnier

Am Samstag, den 11. April, ab 14 Uhr, veranstaltet der SPD Ortsverein Finow sein 20. öffentliches Preisskat- und Romméturnier. Ort ist wie gewohnt der AWO-Speisesaal »Im Wolfswinkel« in der Frankfurter Allee 24.

Ab 13.30 Uhr ist Einlaß und Registrierung. Spielbeginn ist pünktlich um 14 Uhr, voraussichtliches Ende gegen 21 Uhr. Zur Finanzierung der Preise für alle Teilnehmer wird eine Startgebühr von 15 Euro pro Person erhoben. Eine baldige Zusage mit Zahlung der Startgebühr sichert auch einen Platz. Anmeldung mit Zahlung der Startgebühr bitte bis spätestens am 18. März an mich. Alternativ können Anmeldung und Startgebühr auch in der SPD Geschäftsstelle am Karl-Marx-Platz 4 in einem Briefumschlag hinterlegt werden.

Die Versorgung mit Speis & Trank übernimmt, zu kleinen Preisen, wieder die Küche der AWO. Mit sportlichem Gruß

RINGO WRASE (Vorsitzender

SPD Ortsverein Finow, www.spdfinow.de)

Zur Zukunft der »Barnimer Bürgerpost«¹:

»Radikal subjektiv, liberal und subversiv«

Schon seit vielen Jahren gehört das sogenannte »Zeitungssterben« zu den Themen, die nicht nur in den davon betroffenen Medien heiß diskutiert werden. Für die »Barnimer Bürgerpost« (BBP) war das nie ein Thema, weil die wichtigsten Ursachen für den Rückgang der Auflagen und die damit verbundenen betriebswirtschaftlichen Probleme für unsere unabhängige Leserzeitung wegen fehlender Profitorientierung schlicht nicht zutreffen.

Trotz der unvermeidbaren Kosten und deren Steigerungen sind wir bislang sogar völlig ohne Erhöhung der Abopreise ausgekommen – wenngleich nach dreißig Jahren wohl auch hier Entscheidungen anstehen, die aber noch nicht drängen, da die BBP noch auf eine kleine Rücklage zurückgreifen kann und es viele Leserinnen und Leser gibt, die mit ihren Förderabos bzw. Spenden dafür sorgen, daß diese Rücklage nicht so schnell schrumpft.

Allerdings gibt es andere Gründe, wegen denen wir nicht mehr so weiter machen können wie bisher. Gründe, die nicht zuletzt mit dem Alterwerden, nachlassender physischer Leistungsfähigkeit und neuen privaten Aufgaben des bisherigen Redakteurs zusammenhängen. Und die beabsichtigte Kollektivierung der Redaktion erwies sich schwieriger als von manchem gedacht.

Die allgemeine »Zeitungsdebatte« berührt insofern auch uns. In der Winterausgabe hatten wir erste Meinungsäußerungen von Lesern zur Zukunft der BBP wiedergegeben. Da gab es beispielsweise die Befürchtung, daß mit dem Übergang zum quartalsweisen Erscheinen der »Niedergang vorprogrammiert wäre«, nicht zuletzt, weil die Aktualität verloren geht und viele eine 48seitige Ausgabe nicht mehr lesen würden.

Bereits im Jahre 2013 beschäftigte sich die Professorin für Kommunikationsmanagement an der Universität St. Gallen (Schweiz) MIRIAM MECKEL in einem Spiegel-online-Artikel² damit, wie Zeitungen den neuen Anforderungen begegnen können. Ihr Vorschlag: Die »Strategie der anachronistischen Gegenakzente«. Der Begriff »Gegenakzente« paßt gut zur BBP. Vielleicht sind wir auch »aus der Zeit gefallen«, zuweilen waren wir auch der Zeit voraus, sprachen manches an, das dann später auch den Weg in die hiesigen Mainstream-Medien fand.

Miriam Meckel beschrieb diese Strategie so:

»1. Die Zeitung ist **radikal subjektiv**.« Mit der Schnelligkeit und Reichweite des Internets können selbst Tageszeitungen nicht mithalten. Aber das Internet sei »zu großen Teilen auch Mainstreammedium ... Die Zeitung kann demgegenüber Individualmedium sein, das den Einzelnen als autonomes Subjekt vor der analytischen Vereinnahmung der Mainstream-Medi-

atisierung schützt ... Zeitung heißt dann: Journalistische Individuen erzählen gute Geschichten, mit Haltung, Meinung, subjektivem Stil und experimentellem Mut.«

»2. Die Zeitung ist **radikal liberal**: nicht im politischen, sondern im bürgerrechtlichen Sinne. Wir lesen die Zeitung, nicht sie uns. Die Zeitung kommt zu uns, aber sie nimmt nichts von uns mit, schaut sich nicht in unseren Wohnzimmer um ... Die Zeitung ist das Medium der informationellen Selbstbestimmung, die Lücke, die der Teufel in der digitalen Datenüberwachung gelassen hat.«

Schließlich: »3. Die Zeitung ist **radikal subversiv**: Sie kann uns überraschen und ... sie kann auch alles anders machen, als wir es aus dem Netz kennen. Lange Stücke statt Infosnippets, erzählerisch statt berichtend, subjektiv, nicht objektiv, Hintergrund statt Faktenfetisch, ein Orientierungs-, nicht ein Nachrichtenmedium.« Die Zeitung könne gegenüber dem Abruf auf Knopfdruck einen Gegenakzent setzen, indem sie langsam in ihren Themenzyklen ist, bedacht und kontrovers Akzente setzt. Die Zeitung sei »dann subversiv, wenn sie zum subjektiv-individualistischen Autorenblatt mit Weltweitsicht wird«.

Die BBP kann solchen Ansprüchen selbstverständlich nur zum Teil gerecht werden. Bei uns gibt es keine professionellen Journalisten, die solchen Strategien gezielt folgen können. Aber die »Barnimer Bürgerpost« war als Leserzeitung schon immer per se ein »subjektiv-individualistisches Autorenblatt«. Das war dreißig Jahre lang unser Erfolgsmodell. Und das wird es bleiben, solange sich Menschen finden, die ihre »subjektiv-individualistische« Sicht auf die Welt als Autoren in Texte für unsere Leserzeitung formulieren – und somit auch das Bedürfnis an der BBP als Podium für ihre Meinungen haben werden.

GERD MARKMANN

1 – siehe im Text: »liberal nicht im politischen, sondern im bürgerrechtlichen Sinne«

2 – spiegel.de/netzwelt/web/miriam-meckel-zur-zeitungsdebatte-die-luecke-des-teufels-a-916134.html

Reaktionen auf die Winterausgabe 2025:

Das ist ja kein Heft, sondern ein Büchlein geworden.....!!!! DANK! M.W.

Sehr schön, aber mir sind 48 Seiten zu viel. Bisher habe ich immer ausnahmslos jeden einzelnen Artikel gelesen. Das werde ich wohl künftig nicht mehr schaffen. Ich wünsche mir die Monatsausgabe mit 16 Seiten zurück. J.M.

Wow, was für eine tolle und informative Zeitung ihr da auf die Beine gestellt habt! Sehr schön! Tausend Dank! Grüße in die Heimat. U.E.

»Achtung Eule!«

Wer durch Brandenburgs Wälder, Wiesen oder Moore spaziert, begegnet ihr fast zwangsläufig: der schwarzen Waldohreule auf gelbem Grund. Seit nunmehr 75 Jahren markiert dieses kleine Schild geschützte Natur – und erzählt zugleich eine Geschichte von Idealismus, Engagement und kreativer Naturschutzpraxis.

Das Naturkundemuseum Potsdam widmet der Naturschutz-Eule anlässlich ihres Jubiläums eine Sonderausstellung mit dem Titel »Achtung Eule! Ein Zeichen für den Naturschutz«. Die im Dezember eröffnete Ausstellung ist bis zum 13. September 2026 in der Breiten Straße 13 in Potsdam zu sehen.

Ende der 1940er Jahre entwarfen Erna und Kurt Kretschmann in Bad Freienwalde mit Gleichgesinnten eine stilisierte Waldohreule. Das Symbol sollte zeigen, daß Natur und Landschaft besondere Pflege verdienen. Ursprünglich war man davon ausgegangen, daß das Zeichen Anfang des Jahres 1950 verbreitet wurde. Neue Recherchen zeigen jedoch, daß es bereits im Oktober 1949 erstmals in gedruckter Form erschien – und bald darauf in der DDR bekannt wurde. Durch das Naturschutzgesetz der DDR von 1954 wurde die Eule zum offiziellen Zeichen geschützter Natur, sie erhielt jedoch erst ab den 80er Jahren ihr verbindliches, bis heute bekanntes Design mit gelbem Hintergrund. 1991 regte die Umweltministerkonferenz sogar an, die Eule bundesweit zu verwenden – ein Schild über Ost und West hinweg. Einige westdeutsche Bundesländer griffen die Idee auf, wobei dort weiterhin der 1954 eingeführte Seeadler im grünen Dreiecksschild das Naturschutzsymbol blieb.

»Erna und Kurt Kretschmann haben vor 75 Jahren ein Symbol geschaffen, das bis heute für den Schutz unserer Natur steht«, sagt Dr. Jobst Pfaender, Direktor des Naturkundemuseums Potsdam. »Mit der Ausstellung möchten wir nicht nur ihre Geschichte lebendig machen, sondern auch dazu einladen, selbst zu überlegen: Wie können wir heute Verantwortung für unsere Umwelt übernehmen?« erklärt der Direktor. Die Kuratorin Jeanette Toussaint und der Kurator Ralf Forster fügen hinzu: »Beeindruckt hat uns das heute aktuell anmutende minimalistische Leben des Paares inmitten der Fülle der Natur. Alltag und praktisches Handeln bildeten bei ihnen eine Einheit.«

Die Kretschmanns nahmen im Naturschutz eine echte Vorreiterrolle ein: Sie engagierten sich in Bildung und Praxis und schufen das »Haus der Naturpflege«, einen Lern- und Schaugarten, der bis heute als Ort der Naturvermittlung besteht. Dort wurden über 1.000 Gehölzarten gepflanzt, Themengärten angelegt und generationsübergreifend Wissen weitergegeben.

Die Ausstellung präsentiert historische Fotos, originale Eulen-Schilder aus verschiedenen Jahrzehnten, Dokumente, Radiobeiträge und Filmausschnitte. Sie erzählt von der Idee



Kurt Kretschmann wurde am 3. März vor 112 Jahren geboren. Gemeinsam mit seiner Frau Erna widmete er große Teile seines Lebens dem Naturschutz. 1949 entwarf er das DDR-Naturschutzsymbol mit der schwarzen Waldohreule.

der Kretschmanns, ihrem Alltag im DDR-Naturschutz und der Verbreitung der Eule. Kuratiert wurde sie von Jeanette Toussaint, Dr. Ralf Forster und Dr. Ina Pokorny in Kooperation mit dem Haus der Naturpflege Bad Freienwalde und der Hochschule Neubrandenburg. Weitere Leihgaben erfolgten von Institutionen wie dem Museum für Druckkunst Leipzig und der Unteren Naturschutzbehörde der Landeshauptstadt Potsdam. Große Unterstützung kam von Prof. Christian Mahler von der Hochschule für Angewandte Kunst und Wissenschaft Hildesheim, der 2025 für die brandenburgische Naturschutzzeile ein neues Design entworfen hat.

Ein besonderes Highlight: Besucher und Besucherinnen können sich aktiv einbringen. Über einen Fotoaufruf werden sie eingeladen, ihre Lieblingsorte mit der Naturschutzzeile per Post oder persönlich einzureichen und so die historische Symbolik mit heutigen Erfahrungen zu verknüpfen.

Die Sonderausstellung »Achtung Eule! Ein Zeichen für den Naturschutz« ist immer von Dienstag bis Sonntag, von 9 bis 17 Uhr sowie am 1. Montag im Monat mit um 50 Prozent ermäßigt zu sehen.

www.potsdam.de (gefunden von Karl Dietz)

Wandertips

von BERND MÜLLER

Blumberger Mühle

Sonntag, 15. März: Spezielle Führung durch die Naturlandschaft, 2 Stunden.

In der 14 Hektar großen abwechslungsreichen Naturerlebnislandschaft der Blumberger Mühle lernen Sie verschiedene Lebensräume und die Besonderheiten ihrer schützenswerten Bewohner bei einer speziellen Führung kennen. Das weitläufige Freigelände ist von Kleingewässern geprägt und bildet die Vielfalt der Biotope des Biosphärenreservates Schorfheide-Chorin in Miniaturformat ab. Wir zeigen Ihnen die für die Region typische Streuobstwiese und Sie erfahren, wieso sie nicht nur für uns Menschen, sondern auch für Tiere und Pflanzen wichtig ist. Vom Aussichtsturm haben Sie einen guten Blick auf das angrenzende Vogelschutzgebiet Blumberger Teiche. In unserer Schauanlage lebt die gefährdete Europäische Sumpfschildkröte. Außerdem tragen wir durch die Haltung von Leinegänsen, Skudden und Mangalica-Schwein zum Erhalt bedrohter Haustierrassen bei. Erfahren Sie mehr über seltene Tier- und Pflanzenarten wie Beutelmeise, Biber und Rotbauchunke. Wer im Anschluß im Objekt Kaffee trinken möchte, gebe dies bitte bei der Anmeldung mit an.

Treff: 13.30 Uhr Vor Eingang NABU Naturerlebniszentrum Blumberger Mühle, Blumberger Mühle 2, 16278 Angermünde. Kostenfrei (Spende erbeten). Rufbus vom Bahnhof Angermünde (mindestens 60 Minuten vor der gewünschten Fahrzeit anfordern unter 03332/442755.

Frühlingserwachen am Baa See

Sonabend, 28. März: Wanderung mit Klaus Schuchter, 10 km.

Durch düstere Gründe und dunkle Wälder geht es zum romantischen Baasee. Dort legen wir eine längere Rast ein bevor wir den Rückweg zur Köhlerei antreten wo Kaffee trinken möglich ist.

Treff: 10 Uhr Alte Köhlerei, Sonnenburger Straße 3c, 16259 Bad Freienwalde

Auf Walter Müllers Spuren

Sonntag, 29. März: Autotour durch den ehemaligen Landkreis Königsberg/Neumark (Polen).

Die Tour findet zu Ehren von NaturFreund Walter Müller statt, dessen Todestag sich am 27. März zum 10. Mal jährt.

Treff: 10.30 Uhr Hotel Zur Fährbühne, Fahrweg 17, 16259 Bad Freienwalde OT Hohenwutzen, Tour als Selbstfahrer oder Mitfahrer. Mindestteilnehmerzahl 10 Personen.

Anmeldung unter 033 44 / 300 28 81, oderland@naturfreunde.de oder WhatsApp 0160/7500540. Gebühr (wenn nicht anders angegeben): 5 Euro, ermäßigt 2,50 Euro. Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

Jazz für den guten Zweck

Am 18. März, gastiert um 19 Uhr die Jazz-Cellistin und Sängerin SAVANNAH HAUSKELLER in der Aula der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE, Stadtcampus, Schicklerstraße 5). Sie wird am Piano begleitet von ROBERT HERRMANN. Savannah Hauskeller begann mit fünf Jahren, Cello zu spielen. Im

Alter von acht Jahren schrieb sie ihren ersten eigenen Song. Der Jazz wurde für Savannah zu einem Ort der Freiheit – musikalisch wie persönlich. Sie begann, ihre Stimme mit dem Cello zu verbinden, und entwickelte einen intuitiven, eigenständigen Stil, geprägt von sogenannten Odd-Rhythmen, also ungeraden Taktarten. Savannahs Musik ist emotional und experimentell. Themen wie Herkunft, Privileg, Selbstakzeptanz und Verantwortung ziehen sich durch ihre Songs.

Zu Beginn diesen Jahres gewann sie den GESOBAU Jazz & Soul Award (Nachwuchswettbewerb) in Berlin. 2024 nahm Savannah an der TV-Show The Piano teil und wurde für den besten Auftritt ausgezeichnet.

Das Eberswalder Konzert am 18. März wird von der Bürgerstiftung Barnim Uckermark anlässlich der Internationalen Wochen gegen Rassismus veranstaltet und von den Koordinierungsstellen »Tolerantes Barnenburg« und »Bündnis für Brandenburg« gefördert. Die Veranstaltung begünstigt den Flüchtlingsfonds Barnim Uckermark, der seit vielen Jahren Geflüchtete in Not unterstützt und dort hilft, wo andere Hilfen versagen.

Das Ticket kostet in Normalversion 17,55 Euro, ermäßigt 9,27 Euro (Sozialpaß) oder 11,34 Euro (Studenten, Auszubildende). Mit einem Solidaritätsaufschlag wird das Ticket für 26,87 Euro angeboten.

KATJA SCHMIDT

»Gott sei Dank«

Die Mörder sind auf unserer Seite

Teheran
Jomhouri (Teheran)
Seyyed Khandan (Teheran)
Minab
Isfahan
Qom
Kermanshah
Karaj
Ilam
Tabriz
Lorestan-Provinz
Zanjan
Urmia
Bushehr
Damavand
Shiraz
Chabahar

Die Namen der Orte, die von den USA und Israel am 28. Februar 2026 überfallen wurden [Quelle chat-gpt AI-basiert 28.2.206, 19uhr]

Was ist die BBP?

Als sich 1995 der BARNIMER BÜRGERPOST e.V. gründete, formulierten wir als Satzungszweck, uns »aktiv an der Meinungs- und Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger des Kreises Barnim zu beteiligen und deren aktive und demokratische Mitwirkung am gesellschaftlichen Leben ... zu fördern«. Unsere Zeitung sollte und soll der Kommunikation dienen. Eine Zeitung der Leserinnen und Leser. Nicht von kommerziellen Interessen eines Verlages bestimmt oder abhängig vom Wohlwollen einzelner Anzeigenkunden oder Geldgeber.

Mit dem Verein konnten wir einige organisatorische Bedingungen schaffen. Er garantiert die redaktionelle und inhaltliche Unabhängigkeit der Redaktion und bildet den Organisationsrahmen. Die Inhalte der BARNIMER BÜRGERPOST werden entsprechend den Publizistischen Grundsätzen von unseren Lesern bestimmt. Die BARNIMER BÜRGERPOST stellt darüber hinaus eine Art soziales Experiment dar, das über die Warenproduktion als bestimmende Form menschlicher Tätigkeit hinausweist.

Die materielle Hülle trägt Warencharakter. Papier, Druck und Verteilung müssen bezahlt werden. Die BBP muß also wie jede andere Zeitung verkauft werden. Die Akzeptanz des Warencharakters der »materiellen Hülle« ist Möglichkeit und Bedingung für die inhaltliche Unabhängigkeit. Unsere Autorinnen und Autoren nutzen die angebotene Warenhülle, um sich mit ihren Texten selbst zu verwirklichen und den anderen ihre Information, ihr Wissen, ihre Meinungen zur Verfügung zu stellen. Ähnliches gilt für die ehrenamtliche Redaktions- und Verteiltätigkeit. Als Gratisleistung genießen sie wie alle anderen, die die BBP lediglich passiv nutzen, die Produkte der Selbstentfaltung der anderen.

Klar, manchmal reiben sie sich auch daran, was aber auch nicht schlecht ist.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- ☐ eine Ausgabe zur kostenlosen Probe
☐ Normalabonnement (1 Jahr: 9 Euro)
☐ ermäßigtes Abonnement (1 Jahr: 3 Euro)
☐ Förderabonnement (1 Jahr: 12 Euro = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
☐ Förderabonnement »Gold« (1 Jahr: 18 Euro = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Die mit Ende eines Probeabos versendete Rechnung gilt als Angebot.

Beim Vertrieb über einen Zustelldienst wird eine Versandkostenpauschale von 10 Euro pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle ☐ per Lastschrift ☐ per Rechnung

IBAN _____ BIC _____ Bank _____

Name, Vorname _____ Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____ Datum, 1. Unterschrift _____

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum, Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

☐ Die »Barnimer Bürgerpost« soll als Geschenkabon an folgende Adresse geliefert werden:

☐ Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung dieses Angebots)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde (oder per Telefon: 03334/356542 oder eMail an: abo@barnimer-buergerpost.de)

impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42 (AB)

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

internet: www.barnimer-buergerpost.de

redaktion: G. Markmann (viSdP), T. Tobler, S. Weller

druckerei: Grill @ Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 27. Februar 2026

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 3 vom 1. Januar 2023. Abopreise (12 Ausgaben): Normalabonnement 9 Euro, ermäßigt 3 Euro, Förderabo ab 12 Euro.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 8. Juni 2026.